Im Steinhagel, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 26 – 3. Juli 2010

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Übergeschnappte Antifa: Wenn das Herz zu stark für Deutschland schlägt, bekommen Zuwanderer in Berlin schnell Ärger. Der Deutscharaber Yussef Bassal hatte anlässlich der WM sein Haus mit einer großen deutschen Fahne geschmückt. Die wurde ihm von Unbekannten zunächst in Brand gesetzt und dann abgeschnitten, ein drittes Mal wurde er von 16 schwarzgekleideten Linksextremisten bedroht.

Foto: Sergej Glanze

Der Tabubruch

Brauchen wir IQ-Tests für Zuwanderer? – Spitzer Vorschlag, überzogene Replik

Mit reflexhafter Abwehr haben Medien und Politik auf den Vorstoß reagiert, Deutschland müsse über die Frage der Intelligenz von Einwanderungswilligen reden. Offenbar hat der Vorstoß einen empfindlichen Punkt getroffen.

Es war wieder einmal Bundesbank-Vorstand Thilo Sarazzin, der ohne Rücksicht auf alle Sprachregelungen dieser Republik das Tabu gebrochen hatte: „Wir werden auf natürlichem Wege durchschnittlich dümmer“, erklärte der SPD-Politiker, denn Zuwanderer „aus der Türkei, dem Nahen und Mittleren Osten und Afrika“ wiesen weniger Bildung auf als Migranten aus anderen Ländern. Zudem gebe es „eine unterschiedliche Vermehrung von Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Intelligenz“, wobei die Begabung zu „fast 80 Prozent“ vererbt werde.

Dieser Rundumschlag durch den Porzellanladen bundesdeutscher Rücksichtnahmen löste anders als frühere Vorstöße des ehemaligen Berliner Senators zunächst keine breite Debatte aus. Sarazzin scheint Narrenfreiheit zu genießen. Einige Tage später kam die Debatte dann doch noch auf. Peter Trapp, der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU, dachte laut über Intelligenztests für Zuwanderer nach: „Wir dürfen diese Frage nicht länger tabuisieren.“ So weit ging Markus Ferber, der Sprecher der CSU-Europagruppe, nicht. Allerdings erinnerte er an die erfolgreiche Zuwanderungspolitik Kanadas, die sehr wohl die Begabung der Einwanderungswilligen im Blick habe. Gegenüber der *Preußischen Allgemeinen* präzisierte er: „Kanada verfährt nach dem ‚ABC-Kriterium‘. Dabei steht ‚A‘ für ‚attractiveness‘, ‚B‘ für ‚brain‘ und ‚C‘ für ‚capital‘.“ Oder anders gesagt: Klassische Zuwanderungsländer bevorzugen ganz offen und erklärtermaßen junge und gesunde Menschen, die begabt und gut ausgebildet sind und möglichst auch noch Geld mitbringen.

> Warum lockt Europa so viele Unbegabte an?

In Deutschland und Europa, so Ferber, dominiere hingegen die Zuwanderung aus humanitären Gründen, die auch richtig und notwendig sei, die aber die so oft geforderte Entlastung der Sozialsysteme durch Zuwanderung oft gerade nicht bewirken könne. „Darüber sollten wir in Europa offen diskutieren.“

Genau diese Debatte wird aber politisch nicht gewollt, wie die überzogenen Repliken erkennen ließen. „Zuwanderern pauschal Dummheit zu unterstellen, ist eindeutig diskriminierend“, erklärte die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), als ob nicht der – gewiss provozierende – Vorschlag von Intelligenztests unterschiedlich hohe Begabungen voraussetzt und anerkennt. „Statt zu spalten, sollten wir gemeinsam für ein gutes Miteinander werben“, mahnte Böhmer weiter.

Kritiker könnten einwenden, dass eben diese Einstellung des „Seid doch einfach alle nett zueinander“ von dem Heer von Schulversagern mit Migrationshintergrund geführt hat, das heute in unseren Großstädten Lehrer und Bildungspolitiker ratlos macht.

Konrad Badenheuer

Konrad Badenheuer:

Rot-braun

Frage an Radio Eriwan: Wenn eine Rotte von 16 schwarzgekleideten Deutschen einen Elektrohändler namens Yussef Bassal bedroht, er möge eine große Fahne von seinem Haus entfernen, handelt es sich dann um Rechts- oder um Linksextremisten? Und welche Farbe hat die umstrittene Fahne?

Nein, die Fahne war und ist nicht grün, und die einheimischen Deutschen, die da meinten, sie müssten Zuwanderern erklären, was sich für Deutsche gehört, waren auch keine Neonazis, jedenfalls halten sie sich bestimmt nicht dafür. Man kann allerdings bezweifeln, ob bei diesem Mob die Unterschiede zwischen rechts- und linksextrem noch klar zu ziehen sind.

Der attackierte Fußballfreund, der stolz auf Deutschland sein möchte, beklagt jedenfalls, was ihm die ungebetenen Besucher erklärten: „Aus ihrer Sicht sind wir Miganten.“ Und das hätten sie auch zu bleiben und dürften jedenfalls – Einbürgerung hin oder her – keine Gefühle für Deutschland empfinden.

Zum lupenreinen Rechtsextremismus ist es von hier aus nur noch ein winziger Schritt: Auch die Neonazis meinen ja, mit der Einbürgerung werde ein Ausländer noch lange nicht zum Deutschen, und bei den Nazis hieß das selbe: Nur Volksgenossen können Staatsbürger sein. Die Antifa denkt ab dem Moment ähnlich, an dem ein Zuwanderer sich mit Deutschland identifiziert. Auch die Sanktion hat bedrückende Parallelen zum Verhalten der SA.

Das alles hat im Grunde mit Politik nichts mehr zu tun, sondern ist, frei nach Helmut Kohl, eher ein Fall für die Medizin. Im Zuge des „Kampfes gegen Rechts“ wurden aber auch solche rot-braunen Phänomene jahrelang staatlich gefördert.

Drohen mit Karlsruhe

Atomgegner wie -befürworter wollen vor Bundesverfassungsgericht

Wieder wird eine wichtige politische Frage in Deutschland nicht von den Parlamenten, sondern vor Gericht entschieden. Die Koalition ist der Meinung, dass sie eine „moderate“ Laufzeitverlängerung der verbliebenen Kernkraftwerke mit ihrer Bundestagsmehrheit ohne Zustimmung des Bundesrats beschließen kann. Die Opposition, die mit der rot-grünen Machtübernahme über die Mehrheit in der Länderkammer verfügt und strikt gegen Laufzeitverlängerung eintritt, sieht das anders.

Konkret geht es um einen Weiterbetrieb der Kraftwerke um zusätzliche acht Jahre. In den Augen von Schwarz-Gelb wäre dies eine nur moderate Verlängerung, etliche Unionspolitiker fordern mehr als das Doppelte. Sie verweisen darauf, dass die Kernkraft überall in der Welt eine Renaissance erlebe und für die Energiesicherheit Deutschlands noch auf lange Sicht unverzichtbar bleibe. Laut einem Gutachten der Bundesregierung sind „moderate“ Laufzeitverlängerungen grundsätzlich ohne Zustimmung des Bundesrats möglich. Die Frage ist auch, ob acht Jahre moderat zu nennen sind oder nicht.

> War der Beschluss von 2002 illegal?

Sollte Rot-Grün, wovon auszugehen ist, in Karlsruhe gegen diese Einschätzung klagen, will Bayern seinerseits Klage einreichen gegen den Ursprungsbeschluss von 2002. Damals habe die rot-grüne Bundesregierung den Ausstieg auch ohne Zustimmung des Bundesrats durchgezogen, argumentiert München. Wenn sich jetzt herausstelle, dass der Bundesrat zu konsultieren ist bei dieser Frage, dann sei der ganze Atomausstiegsbeschluss von 2002 hinfällig. Der frühere Umweltminister Jürgen Trittin kontert, Bayern und andere hätten damals auf Mitbestimmung der Länder bestehen können. Das hätten sie aber nicht, weshalb die nachträglichen Einsprüche chancenlos seien. *H.H.*

Machtvakuum genutzt

Brüssel: Van Rompuy und Asthon bauen ihre Ämter aus

Nach anfänglicher Kritik und Häme hinsichtlich ihrer Person zeichnet sich nun ab, dass EU-Ratspräsident Herman van Rompuy und die EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton die Gewinner der letzten Monate sind. Zu verdanken haben sie das auch der Wirtschaftskrise in Spanien, die dazu geführt hat, dass der spanische Premier José Luis Rodríguez Zapatero die zum 1. Januar auf sein Land gefallene rotierende EU-Ratspräsidentschaft nicht optimal wahrnehmen konnte. Und auch Belgien, das am 1. Juli die EU-Ratspräsidentschaft übernommen hat, wird den beiden durch den Lissabon-Vertrag installierten EU-Spitzen nicht gefährlich werden.

Belgien, das wegen ethnischer Konflikte ohne eine legitimierte Regierung ist, hat bereits angekündigt, vor allem mit Ashton eng zusammenarbeiten zu wollen und ein neues Kapitel in den EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei einzuläuten. Asthon selbst ist derzeit in Hochstimmung, denn EU-Parlament und EU-Kommission sind mit ihren Plänen für den neuen Europäischen Auswärtigen Dienst weitgehend einverstanden. Zwar bekommt sie mit 1100 Mitarbeitern nur ein Bruchteil der geforderten, doch hier soll dafür bis in die höchsten Positionen eine Geschlechterbalance gewährleistet werden.

> EU-Ratspräsidentschaft entwertet

Ein wenig überrascht ist derzeit nur EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, der nicht erwartet hatte, dass van Rompuy and Ashton die unklare Aufgabenverteilung zwischen ihren neuen Ämtern und der wechselnden Ratspräsidentschaft zu ihren Gunsten entscheiden würden. Doch gerade in der Euro-Krise hatte van Rompuy die Marschrichtung mit vorgegeben. Angesichts der unübersichtlichen EU-Struktur wiederum ist für die EU-Bürger schwer nachzuvollziehen, inwieweit das EU-Spitzenpersonal vom Volk legitimiert ist. *Bel*

Polizei im Steinhagel – alleingelassen

Gewalt gegen Polizisten: In Hamburg wieder eine brutale Krawallszene ohne erkennbaren Anlass

Während die Politik eher zaghaft gegen die zunehmende Gewalt gegen Polizisten vorgeht, werden die Täter immer hemmungsloser und brutaler – wie erst vor wenigen Tagen wieder in Hamburg.

Auf Gewalt waren die beiden Hamburger Streifenpolizisten nicht eingestellt. Im Rahmen eines Routineeinsatzes wollten sie einen Exhibitionisten festnehmen. Der wehrte sich, ein Beamter musste zum Schlagstock greifen. In den meisten Städten wäre der Einsatz wohl damit beendet gewesen. Nicht aber in Neuwiedenthal, einem sogenannten sozialen Brennpunkt am südwestlichen Rand der Hansestadt. Ein paar junge Männer beobachten die eher harmlose Szene, filmen sie mit dem Handy, um schnell ein paar „Freunde“ zu mobilisieren, beginnen dann, die Polizisten anzupöbeln. Schnell wächst die Gruppe auf 30 Mann an, auch auf Seiten der Polizei trifft später Verstärkung ein. Flaschen klirren, Steine und Betonbrocken fliegen, der Mob geht zum Angriff über, fünf Uniformierte werden krankenhausreif geprügelt. Am Ende sind 30 Streifenwagenbesatzungen aus dem ganzen Stadtgebiet vor Ort. Ein 46-jähriger Beamter wird von einem 31-Jährigen zusammengetreten, erleidet lebensgefährliche Kopfverletzungen und wird möglicherweise auf einem Auge blind bleiben.

Der „mutmaßliche“ Haupttäter, der sich inzwischen gestellt hat, ist seit langem polizeibekannt: drogensüchtig, gewaltbereit. 16 seiner Mittäter werden verhaftet. Laut Polizeibericht haben alle „unterschiedliche Migrationshintergründe“ (was allerdings viele Medien verschwiegen) und sind „überwiegend polizeibekannt“. Dennoch müssen sie nach der Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt werden, so will es unsere liberale Rechtsordnung.

Der „brutale und hinterhältige Angriff“, so Hamburgs Polizeipräsident Werner Jantosch, ist kein Einzelfall. Eine aktuelle Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen belegt: In den letzten zehn Jahren hat die Zahl der Angriffe auf Polizisten um 30 Prozent zugenommen. Besorgniserregend vor allem: Die Attacken werden immer brutaler, die Täter immer jünger. Sie rekrutieren sich teils aus der linksextremen Szene, zunehmend aber auch aus ideologiefernen Kreisen „gewalterlebnisorientierter Jugendlicher“.

Politikern auf Bundes- und Länderebene ist das Problem seit langem bewusst. So wurde im Zuge der schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen im Herbst 2009 angekündigt, die neue Bundesregierung wolle „Ernst machen im Kampf gegen die zunehmende Gewalt“. Seither fordert der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschussen, Wolfgang Bosbach (CDU), unverdrossen schärfere Strafen. Unterstützt wird er von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und dessen Länderkollegen. Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP) hingegen will „kein Zweiklassenstrafrecht“, lehnt daher „martialische Verschärfungen“ ab, hält die ganze Debatte für „überhitzt und völlig überdreht“ und ließ sich schließlich nur zu einem Kompromiss-Gesetzentwurf herab, der lediglich die Strafandrohung von zwei auf maximal drei Jahre anhebt. Gleichzeitig geht sie ihrerseits zur Attacke über: Mit ihren Forderungen wollten die Unions-Innenminister nur davon ablenken, dass sie die Polizei durch massiven Personalabbau schwächen, so die streitbare Liberale.

Dass zumindest dieses Argument nicht völlig aus der Luft gegriffen ist, bestätigt der Hamburger Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Joachim Lenders. Der jüngste Vorfall in Neuwiedenthal zeige, dass „mittlerweile ein gewaltbereiter Mob die Straße regieren kann, wenn sich abzeichnet, dass die Polizei zahlenmäßig unterlegen ist“. Seine massive Kritik richtet sich vor allem gegen die schwarz-grüne Koalition im Hamburger Rathaus: „Dass verantwortungsvolle Innenpolitik vom grünen Koalitionspartner nicht zu erwarten ist, war uns schon klar. Dass aber mittlerweile die CDU so grün ist, dass sie sich kaum noch von ihrem Koalitionspartner unterscheidet, ist ein Armutszeugnis.“

Lenders, der auch Stellvertretender Bundesvorsitzender seiner Organisation ist, lastet die „eklatanten Personalprobleme“ der Polizei dem schwarz-grünen Senat und seinem ausgeprägten Hang zu spektakulären „Leuchtturmprojekten“ an: „Ständig neue Sonderkommissionen lindern vielleicht die Not der Politik, die dann nicht mehr ganz so dumm dasteht und Tatkraft demonstriert. Dem Problem aber werden sie nicht gerecht, und den Tätern wird die Polizei so nicht Einhalt gebieten“.

Viele Hamburger erinnern sich noch, dass vor neun Jahren die Schill-Partei allein mit dem Thema Innere Sicherheit einen sensationellen Wahlerfolg verbuchen und damit entscheidend zum Ende der 44-jährigen SPD-Vorherrschaft beitragen konnte. Heute ist das Thema noch brisanter, und Bürgermeister Ole von Beust (CDU) kann sich darauf einstellen, dass sein Koalitionsexperiment mit den Grün-Alternativen schon nach zwei Jahren scheitert – auch wenn ein neuer, etwas besserer Ronald Barnabas Schill zur Zeit noch nicht in Sicht ist.

Hans-Jürgen Mahlitz



Gefesselt: Einer der 30 Radalierer, die die fünf Polizisten angegriffen haben. Bild: André Zand-Vakili

MELDUNGEN

Glückwunsch den Gewinnern!

Hamburg – Das Gewinnspiel „Die *PAZ* am Kiosk“ ist abgeschlossen, die Sieger wurden ausgelost. Der Hauptgewinn von 500 Euro geht an Leser Axel Schütt in Berlin. Den zweiten Preis von 350 Euro gewann Astrid Gerby in Ludwigshafen, den mit 100 Euro dotierten dritten Preis gewann Dr. Michael Tunger in Aachen. Weitere 17 Einsender haben das Buch „50 Thesen zur Vertreibung“ des US-amerikanischen Historikers und Völkerrechtlers Alfred-M. de Zayas gewonnen. Verlag und Redaktion danken allen Teilnehmern und gratulieren den Gewinnern. Das Preisausschreiben hat dazu geführt, dass mehrere Kioske die *PAZ* neu in ihr Sortiment aufgenommen haben. Neue Gewinnspiele für die Leser und Freunde der *Preußischen Allgemeinen* sind geplant. *PAZ*

Litauen verbietet Leugnung

Wilna – Das litauische Parlament hat die Leugnung stalinistischer Verbrechen verboten und diese damit NS-Untaten rechtlich gleichgesetzt. Das Gesetz bezieht sich auch auf Verbrechen der Jahre 1990 und 1991, in denen Litauen faktisch noch zur UdSSR gehörte. Gemeint sind hier vor allem die sogenannte „Blutnacht von Wilna“, als beim Angriff sowjetischer Truppen auf den Fernsehturm der Hauptstadt 14 Zivilisten getötet wurden sowie das sogenannte „Massaker von Medininkai“, bei dem sieben litauische Grenzbeamte vermutlich von einem sowjetischen Kommando ermordet wurden. Teilweise schon seit Jahren stellen die drei baltischen Staaten die sowjetischen Verbrechen den nationalsozialistischen strafrechtlich gleich. Dies missfällt neben Moskau auch Israel und dem Europarat in Straßburg. Zwischen Juni 1940 und Juni 1941 und dann erneut zwischen 1944 und 1990/91 war Litauen sowjetisch besetzt. Die Zahl der deportierten und inhaftierten Litauer wird auf 300000 geschätzt. *Bel*

Die Schulden-Uhr: Statistikamt bestätigt Schuldenstand

Nach ersten vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes waren die öffentlichen Haushalte in Deutschland am 31. März mit insgesamt 1711,3 Milliarden Euro verschuldet. Gegenüber dem nun vorliegenden endgültigen Schuldenstand am 31. Dezember 2009 von 1691,9 Milliarden Euro entsprach dies einem Anstieg von 19,4 Milliarden Euro oder 1,1 Prozent. Die Ergebnisse umfassen die Kreditmarktschulden und Kassenkredite und beziehen sich auf die Kernhaushalte des Bundes und der Länder plus ihrer jeweiligen Nebenhaushalte sowie die Kernhaushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände.

1.724.333.417.539 €

Vorwoche: 1.721.612.525.011 €
Verschuldung pro Kopf: 21093 €
Vorwoche: 21059 €

(Dienstag, 29. Juni 2010, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Sorge vor »Kaczynski 2.0«

Am Sonntag wählt Polen einen neuen Präsidenten. Noch vor wenigen Wochen galt Jaroslaw Kaczynski als Außenseiter gegen Parlamentspräsident Bronislaw Komorowski. Doch seit seinem respektablen Abschneiden im ersten Wahlgang werden ihm nun Chancen eingeräumt. In Brüssel und Berlin fürchtet man indes den Erfolg von „Kaczynksi 2.0“, wobei das „Spiegel“-Interview seines außenpolitischen Beraters Pawel Kowal das Stirnrunzeln vergrößert hat. „Frau Pieper sollte sich nicht in die inneren Angelegenheiten Polens einmischen“, reagierte er mit einer Formulierung aus der Zeit des Kalten Krieges auf die Einschätzung der Koordinatorin der Bundesregierung für die polnisch-deutsche Zusammenarbeit, Cornelia Pieper (FDP), mit einer Wahl Kaczynskis könne sich Polen von der EU entfernen. Es sei nun „eine Entscheidung von Bundeskanzlerin Angela Merkel“, ob Pieper im Amt bleiben könne. Kowal kritisierte erneut die längst beschlossene Ostsee-Pipeline und erklärte: „Sie finden in ganz Polen niemanden, der zum Beispiel das Vertriebenen-Zentrum in Berlin für eine Idee der Völkerversöhnung hält.“ In Polen leben aber noch an die 400000 Deutschstämmige (siehe Seite 14). *K.B.*

Hoffen auf Stabilität

Auch neue Regierung in Prag muss sparen

Am Montag hat der tschechische Präsident Václav Klaus den Vorsitzenden der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Petr Necas, als neuen Ministerpräsidenten vereidigt. Klaus sprach bei der Amtsübergabe des 45-jährigen Physikers aus Mähren an, dass dieser nun schon der sechste Ministerpräsident sei, den er in seinen sieben Amtsjahren vereidigte. Dies sei „kein Zeichen besonderer Stabilität“, so Klaus. Doch Necas' Regierung verfügt offenbar über eine solide Mehrheit von 118 der 200 Stimmen im Parlament, so denn die VV-Partei des früheren TV-Moderatoren Radek John nicht noch vor Abschluss der Koalitionsverhandlungen Anfang Juli abspringt. Mit der erst vor wenigen Monaten neu gegründeten Partei TOP 09 des Fürsten Karl zu Schwarzenberg ist sich die ODS hingegen weitgehend einig. Der charismatische Schwarzenberg wird vermutlich wie bereits von 2007 bis 2009 das Außenministerium übernehmen.

Schwarzenberg macht Regierung erst möglich

Im Grunde verdankt Necas auch der TOP 09, deren Kürzel für Tradition, Verantwortung, Wohlstand und das Gründungsjahr 2009 steht, sein neues Amt. Denn die ODS erreichte mit ihm als Spitzenkandidaten ein historisch schlechtes Ergebnis, doch das liegt nicht allein an Necas, der unter Ministerpräsident Mirek Topolánek von 2006 bis 2009 Minister für Arbeit und Soziales war. Der Sturz der Regierung durch ein von Sozialdemokraten initiiertes Misstrauensvotum 2009 und Topolaneks unsouveränen Reaktionen hierauf ließen die ODS nicht im besten Licht erscheinen. Das machte es dem ehemaligen Grünen-Politiker Schwarzenberg leicht, mit seiner neuen Partei dank der zu ihm übergewechselten, unzufriedenen ODS-Wähler aus dem Stand 16,9 Prozent zu erzielen.

Zusammen mit der VV wollen und müssen ODS und TOP 09 sich nun der Sanierung der öffentlichen Haushalte annehmen. Dies wird Einschnitte im Sozialbereich, die Einführung von Studiengebühren und Lohnkürzungen im Öffentlichen Dienst zur Folge haben und nur mit einer soliden Mehrheit im Parlament durchsetzbar sein. *Bel*

Nur Geld motiviert

Alliierte müssen Stammesfürsten kaufen

Heerführer nahmen bereits in der Antike ihre Geschichtsschreiber mit ins Feld. Doch spätestens seit dem Irakkrieg 2003 ist bekannt, dass in die Truppe „eingebettete“ Journalisten dazu dienen, von Presseoffizieren „betreut“ für die richtige Stimmung an der Heimatfront zu sorgen. Einen anderen Weg ging der Vier-Sterne-General Stanley McChrystal, der bisherige Oberkommandierende in Afghanistan: Er nahm gegenüber Journalisten kein Blatt vor den Mund und wurde deswegen trotz aller Verdienste von US-Präsident Barack Obama abgelöst.

Zum Nachfolger bestellte er McChrystals bisherigen Vorgesetzten General David Petraeus, dem der Ruf vorauseilt, im Irak durch eine Kombination von militärischen und zivilen Maßnahmen eine relative Beruhigung der Lage erreicht zu haben, und von dem erwartet wird, mit ähnlichem Rezept auch in Afghanistan Erfolg zu haben. Allerdings sind dort die Gelände-, Volkstums- und Stammesverhältnisse unübersichtlicher.

Milliarden Dollar außer Landes gebracht

Wer die Stammesführer „motivieren“ will, wird wohl oder übel hinnehmen müssen, dass sie auch weiterhin in illegale Machenschaften verstrickt sind, vom überbordenden Drogengeschäft bis hin zur Erpressung: Der Nato-Nachschub zu Lande ist heute teilweise darauf angewiesen, Stammesführern Schutzgeld zu zahlen, von dem ein Teil an lokale Taliban-Führer weitergeht, um deren Stillhalten zu erkaufen.

Doch es sind nicht nur die Stammesfürsten, die sich ihre „Loyalität“ gegenüber den Alliierten bezahlen lassen, selbst die afghanische Regierung ist daran interessiert, die westlichen Partner um ihr Geld zu erleichtern. So berichtet das „Wall Street Journal“, dass in den letzten Jahren über 2,4 Milliarden Euro vor allem aus Hilfs- und Wiederaufbauprojekten, die der Bevölkerung zugute kommen sollten, von der eigenen Regierung in Kisten außer Landes gebracht wurden.

Wie unter solchen Umständen der von Präsident Obama für Mitte 2011 versprochene Beginn des Truppenabzugs vonstatten gehen soll, bleibt ein Rätsel. *RGK*

Im Kriechgang zur Wahlniederlage

Von Harald Fourier

Am Wochenende habe ich mit meiner Frau ein Experiment gemacht. Ich bin mit exakt 30 Kilometern pro Stunde durch Berlin gefahren – und kam mir dabei ziemlich blöd vor. Der Grund: Am Frühstückstisch gab es einen Disput wegen der Verkehrspolitik. Die SPD will die ganze Stadt in eine Tempo-30-Zone verwandeln – und Natascha findet das richtig. „Dann passieren weniger Unfälle, und Kinder könnten gefahrlos spielen", meint sie. Ich dachte, ich höre nicht richtig.

Aber so oder so ähnlich denken wohl auch die SPD-Delegierten, welche die folgenschwere Entscheidung für den Kriechgang getroffen haben. Folgendes hat sich in der Regierungspartei abgespielt: Berlin hat eine Stadtautobahn, die als Ring angelegt ist, aber noch immer auf ihre Vollendung wartet: Im Osten der Stadt klafft eine riesige Lücke im Ring. Endlich hat sich nun der Senat – allen voran Bürgermeister Klaus Wowereit – dieses Großprojekts angenommen, vielleicht auch, um von einem anderen peinlichen Megadebakel abzulenken: der verzögerten Fertigstellung des neuen Großflughafens in Schönefeld. Die kommt viel später als versprochen, und wird dann 138 Millionen Euro teurer als geplant. Und das, nachdem Wowereit Schönefeld ungezählte Male zur Chefsache erklärt hat.

Statt dankbar zu sein, dass der Bund die 420 Millionen Euro für die Autobahnerweiterung schenkt, kochen die Genossen bei SPD und Linkspartei vor Wut. Die Basis der Regierungsparteien lehnt aus ideologischen Gründen jeden Autobahnbau ab. Die SPD-Spitze musste massive Zugeständnisse machen. Dazu gehören: Tempo 30 auf weiteren Hauptstraßen, Parkplatzrückbau, Ausweitung der Tempokontrollen. Schon jetzt gilt auf vielen Hauptstraßen Tempo 30, zum Beispiel am Potsdamer Platz. Und ab 22 Uhr gilt das Schneckentempo fast überall.

Bislang ist es so, dass sich auf den Hauptstraßen kaum jemand daran hält. Ich habe jetzt mit meiner Frau den Test gemacht und bin genauso schnell gefahren wie erlaubt. Ich musste gar nichts sagen, nach drei Minuten – inzwischen hatten uns mehrere Radfahrer überholt – da prustete sie los: „Jetzt fahr schon richtig. Noch gilt dieses Tempolimit ja nicht." Ich vermute, sie hat ihre Meinung geändert, auch wenn sie es nicht zugeben mag.

Auch bei der rot-roten Regierungskoalition hoffe ich auf ein stilles Umdenken. Ansonsten sage ich beiden Parteien nächstes Jahr eine Wahlniederlage voraus, die sich gewaschen hat. Wegen solcher Wahnsinnstaten sind schon Wahlen verlorengegangen. So ist der erste rot-grüne Senat 1989/90 nicht zuletzt an seiner autofahrerfeindlichen Verkehrspolitik gescheitert.

Schulpolitiker unbelehrbar

Erneut scheitern Berlin und Brandenburg bei einem Pisa-Vergleich – doch Kritik prallt ab



„Zöllners Planwirtschaft hat fertig": Berlins Schulsenator Jürgen Zöllner (SPD), hier in einer Grundschulklasse, glaubt sich trotz mieser Resultate auf dem richtigen Weg

Bild: imago

Berlin und Brandenburg schneiden beim Pisa-Nachfolgetest erneut miserabel ab. Der Senat der Hauptstadt sieht darin aber keinen Grund, seine Marschrichtung in der Bildungspolitik zu überdenken. CDU und FDP üben harte Kritik.

Das Ergebnis der jüngsten Nachfolgeuntersuchung zum „Pisa"-Test ist für Berlin und Brandenburg niederschmetternd. Wie bei vergangenen Studien landete die deutsche Hauptstadt wie ihr Umland abermals auf den hinteren Plätzen. Ganz vorne lagen erneut Bayern und Baden-Württemberg. Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle (CSU) hat eine simple Erklärung für den Erfolg: Das liege am „differenzierte Bildungswesen" und „Systemkonstanz", soll heißen: Das Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem und der Verzicht auf ständiges Experimentieren.

Besonders schlecht schnitten wieder die Kinder bestimmter Einwanderunationen ab. Unlängst hatte sich auch der frühere Berliner Finanzsenator Thilo Sarrazin in die Bildungsdebatte eingemischt und eine Niveauabsenkung durch Zuwanderung beklagt. Fast 18 Prozent aller Neuntklässler in Deutschland haben ausländische Wurzeln – in den Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen werden Spitzenwerte um 30 Prozent erreicht. Das sind gleichzeitig die Bundesländer mit den schlechtesten Testergebnissen. Allerdings hat die Erhebung nationale Unterschiede festgestellt. Jugendliche türkischer Herkunft erzielten beim Lesen / Textverständnis die schlechtesten Werte, während Schüler aus Polen und der Ex-UdSSR deutlich besser abschnitten. Auch Schüler aus Fernost fallen durch großen Lerneifer auf.

Berlins Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) sieht sich trotz dem desaströsen Abschneiden seiner Stadt auf dem Pfad des Erfolges: „Was Berlin bildungspolitisch in den letzten Jahren vorangebracht hat, sucht seinesgleichen in anderen Bundesländern. Berlin hat nicht nur ein modernes Schulgesetz, sondern befindet sich mit dessen Umsetzung in der Praxis inmitten eines tiefgreifenden Reformprozesses. Die Kritiker widersprechen sich, aber sie zeigen eines klar: Alle halten die Reformen für richtig und notwendig."

> Gymnasien: Bald werden 30 Prozent der Plätze verlost

Das sieht die bürgerliche Opposition in Berlin grundlegend anders. Mieke Senftleben, Sprecherin der FDP-Fraktion für Bildung: „In der aktuellen Diskussion über offensichtliche mangelhafte Ausstattung und Perspektive der Berliner Gymnasien muss man feststellen: Zöllners Planwirtschaft hat fertig. Die rot-rote Senatsbildungsverwaltung und Senator Zöllner machen Ernst bei der systematischen Benachteiligung von Gymnasien in Berlin, und das ist ein Skandal. Das Ergebnis der rot-roten bildungspolitischen Planwirtschaftler ist dagegen eindeutig: Akuter Lehrermangel, viel zu späte Lehrereinstellungen im Vergleich zu anderen Bundesländern und zu wenig Gymnasialplätze. Dazu eine ideologische Gymnasienfeindlichkeit, die zum Beispiel durch das Verbot eines nachfragegerechten Ausbaus der grundständigen Gymnasien ab Klasse 5 und das Verbot der Kooperation zwischen Sekundarschulen und gymnasialer Oberstufe deutlich wird. Ab 2011 kommt die schulprofilfeindliche Losquote für 30 Prozent aller Gymnasialplätze verschärfend hinzu." Von 2011 an sollen 30 Prozent der Gymnasialplätze nicht mehr nach Leistung vergeben, sondern verlost werden.

Senftleben unterstützt daher auch die Volksinitiative „Schule in Freiheit" und will mithelfen die erforderlichen 20000 Unterschriften bis zum 31. Oktober zusammen zu bringen. Die Initiative kämpft für die gleichberechtigte Finanzierung freier Schulen, die bislang schlechter gestellt würden als staatliche. Zudem ringen die Initiatoren für mehr Eigenverantwortung der Schulen. FDP-Frau Senftleben sieht in den Testergebnissen das „bildungspolitische Dilemma und Versagen von Bildungssenator Zöllner und seiner Verwaltung". CDU-Bildungspolitiker Sascha Steuer empfiehlt, der Senat solle endlich aufhören, „ständig unausgereifte Reformmaßnahmen" zu beschließen, ohne die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen. Steuer fordert den Senat auf, die Vorbereitung auf die Gemeinschaftsschule und das „Aushungern der Gymnasien" zu beenden. Ganz im Sinne des bayerischen Kultusministers rät Steuer: „Schulen brauchen dringend Verlässlichkeit."

Selbst ein Lieblingsprojekt Zöllners zeitigt wenig Erfolg: Das Jahrgangsübergreifenden Lernen, im Fachchinesisch „JüL" genannt, wo Schüler mehrerer Altersklassen zusammen unterrichtet werden. Dadurch sollen „altersgemischte Gruppenerfahrungen" ermöglicht werden. Ergebnis: An manchen Schulen muss fast die Hälfte der Kinder die zweite Klasse wiederholen. Sascha Steuer lehnt dieses neue Experiment ab: „Schulen, die JüL machen wollen, können es ja machen. Anderen sollte es freigestellt sein, sich dagegen zu entscheiden."

Die Senatsbildungsverwaltung kann indes keinen Zusammenhang von „JüL" und dem dramatischen Anstieg der Sitzenbleiber-Quote erkennen und schiebt die Schuld den Schülern zu: „Die zentralen Elemente der Schulanfangsphase begründen eine individuelle Verweildauer der Kinder." Besserung scheint in Berlin nicht in Sicht. Dieser Tage erst hat die Koalition von SPD und Linkspartei einen weiteren Schritt in Richtung Nivellierung der Bildung auf den Weg gebracht. Im Mittelpunkt steht die Schaffung eines zweigliedrigen Schulsystems aus Gymnasien und Sekundarschulen. Die Bewertung der bürgerlichen Opposition reicht von: „absurde Idee" (CDU) bis „lächerlich" (FDP). *Theo Maass*

Attacke auf »Lange Kerls«

Linksextreme griffen in Potsdam renommierte Traditionsgarde an

Linksextremisten haben in Potsdam den Traditionsverein „Lange Kerls e. V" attakkiert. Der Verein ist national und international sehr geschätzt. Auf 100 Auftritte pro Jahr kommt die Traditionstruppe, die in preußischen Uniformen das Regiment der Langen Kerls des „Soldatenkönigs" darstellt. Derzeit hat die Garde der Riesen 31 Mitglieder. Der erste öffentliche Auftritt des Vereins in Potsdam nach über zehn Jahren wurde nun durch gewalttätige Übergriffe getrübt.

15 Linksextreme, angeführt von Lutz Boede und propagandistisch von der örtlichen Antifa unterstützt, versuchten mit Sitzblockaden, Auskippen von Buttersäure und Vuvuzela-Krach den Auftritt der Grade zu stören und Zuschauer zu belästigen. Vorstandsmitglied Johannes Strauss erklärte gegenüber der *PAZ*, dass man bewusst aus preußischer Toleranz darauf verzichtet habe, Anzeigen zu erstatten; aber eine Diskussion mit den betrunkenen Punkern sei auch nicht möglich gewesen. Sie hätten erfahren, dass „Soldatenkönig" Friedrich Wilhelm, der Erfinder der Langen Kerls, gar keine Kriege geführt habe. Nachdem der Verein seine Vorführung im Innenhof des Kutschstallensembles fortsetzen wollte, drängten die Punker nach. „Sie versuchten, die Tür einzutreten", so Roman Tummerer, der Vorsitzende der Garde. Dagegen schritt die Polizei ein. Bei Rangeleien biss ein Punker eine Polizistin.

> Diskussion mit den betrunkenen Punks unmöglich

Die Potsdamer Antifa als Mitorganisator der Pöbeleien bezeichnete den Vereinsauftritt als „Geschichtsklitterung auf Höchststand" und warf der Polizei vor, mit Schlagstöcken auf die Arme der Sitzenden geschlagen und „Würgegriffe" versucht zu haben.

Boede, ein in die Jahre gekommener Anführer der Kampagne „gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär", ist der Polizei kein Unbekannter. 1997 „besetzte" er in Babelsberg mit Gleichgesinnten die frühere Villa der 1988 verstorbenen Schauspielerin Brigitte Horney und war 2001 dabei, als es am Rande des Fußballspiels Hertha BSC gegen Babelsberg 03 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam.

Verbale Attacken brachten Boede damals mehrere Anzeigen wegen Verleumdung und übler Nachrede ein. Der jetzt 45-Jährige unterstützt als Geschäftsführer die linksradikale Gruppierung „Die Andere" im Potsdamer Stadtparlament. Diesen Juni musste er von der Polizei aus dem Saal entfernt werden. Boede hatte dem Saalverweis des Stadtpräsidenten Peter Schüler ignoriert. *H.L.*

Nur 'nen wönzigen Schlock

Alkohol vom Lehrer: Umstrittenes Projekt startet auch in Berlin

In Berlin läuft seit vergangener Woche ein ungewöhnliches Experiment: Am Zehlendorfer Droste-Hülshoff-Gymnasium steht Alkoholtrinken auf dem Stundenplan – „Grenzerfahrungen" ausdrücklich erwünscht. Verantwortlich für das umstrittene Projekt ist der Psychologe Johannes Lindenmeyer von der Salus Kliniken GmbH bei Potsdam.

Die Kampagne unter dem Titel „Lieber schlau als blau" startete Ende 2008 in Brandenburg, gefördert vom dortigen Gesundheitsministerium. Als Ziel geben die Initiatoren an, Jugendlichen das eigenständige „Grenzensetzen" zu vermitteln. Ein Erfolg ist nicht messbar: In Brandenburg hat sich die Zahl von Jugendlichen, die wegen Alkohols im Krankenhaus landeten, in den letzten Jahren nicht verringert. Bundesweit sind es jährlich etwa 25000

Nun werden auch in Berlin, dessen Senat anders als Brandenburgs Regierung das Projekt ablehnt, Lehrer geschult und Eltern um Einverständnis gebeten. Das Trinken ist ein Teil davon: Bis zu 0,8 Liter Wein oder 1,33 Liter Bier pro Schüler kommen in dem Experiment zum Einsatz.

Beim Vorbild Brandenburg läuft es so ab: Erst sollen die Jugendlichen generell schätzen, wie Alkohol auf sie wirkt. Der Lehrer reicht neben einem kleinen Bier oder einem Glas Sekt ein Pusterohr zum Alkoholtest. Nach dem Trinken, das der Lehrer hinsichtlich Menge und Zeit protokolliert, wird der Promillegrad gemessen. Eine Kamera filmt das Geschehen, um später den Schülern ihr verändertes Verhalten zu zeigen. Konzentrationstests folgen. Ein Computer soll die Daten auswerten. Dann werden den Probanden Schlussfragen gestellt: „Hast Du das so erwartet? Was heißt das für Dich?"

> Senat lehnt das Konzept strikt ab

Angesichts wöchentlicher Fälle lebensbedrohlicher Alkoholvergiftungen in Berlin sieht der Senat zwar Handlungsbedarf, aber nicht so: „Von einer Durchführung wird abgeraten", fasst Erhard Laube von der Bildungsverwaltung das Ergebnis einer vom Senat bestellten Arbeitsgruppe zusammen. Berlin setze auf Prävention statt Konsum, auch könnten sich Schüler muslimischer Herkunft ausgeschlossen fühlen.

Lindenmeyer hält dem entgegen, gerade durch die Aufnahmen und deren Besprechung in der Klasse entstehe soziale Kontrolle. Mitmachen müsse niemand: „Wir wollen die Jugendlichen erreichen, die ohnehin schon Alkohol trinken", sagt der Psychologe, der auch zur Suchtvorbeugung forscht. *SV*

Zeitzeugen



Ludwig Erhard – Der Vater der Sozialen Marktwirtschaft, den die CDU zu ihren großen Vordenkern zählt, fühlte sich der Partei offenbar nicht sonderlich verbunden. Denn bis heute gibt es keinen Hinweis darauf, dass der zweite Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, der auch 1966/67 CDU-Bundesvorsitzender war, Mitglied der Partei war. So gebe es keinen Mitgliedsantrag Erhards, auch habe er nie Mitgliedsbeiträge entrichtet. Zwar sei „ihm wohl mal ein Mitgliedsbuch zugeschickt worden, das er aber nie unterschrieben habe“, so Horst Friedrich Wünsche, Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung.



Guido Westerwelle – Seine Liberalen waren zum Sammelbecken frustrierter, bürgerlicher Wähler geworden, nur ihretwegen konnte die FDP bei der letzten Bundestagswahl 14,6 Prozent erzielen. Doch Westerwelles Führungsstil als Regierungsmitglied hat schnell enttäuscht, so dass die Partei derzeit je nach Umfrage zwischen vier und fünf Prozent liegt. Laut Experteneinschätzung sind diese Wähler jedoch nicht zu den großen Parteien zurückgewechselt, sondern ins immer größer werdende Lager der Nichtwähler übergegangen.

Dagmar Schipanski – „Für mich ist es unverständlich und einer Demokratie nicht würdig“, so die Thüringerin, die eigentlich für die CDU als Wahlfrau bei der Präsidentenwahl angedacht war. Doch dann hatte die ehemalige CDU-Bundespräsidentschaftskandidatin ihre Sympathie für Joachim Gauck öffentlich gemacht und wurde nicht benannt. „Ich habe 40 Jahre lang in einem Land gelebt, in dem ich nie frei meine Meinung sagen konnte. Dieses Recht nehme ich mir jetzt heraus – unabhängig davon, wie es manch einem gefällt. Aber ich finde, dass eine Volkspartei unbequeme Geister verkraften muss.“



Joachim Gauck – Völlig überrascht stellten die Medien fest, dass die als „Generation Facebook“ bezeichnete Jugend sich im Internet für den 70-jährigen Theologen und DDR-Bürgerrechtler stark machte. „Der parteilose Gauck ist ein Symbol des Protests gegen die Parteiendemokratie, die sich in den Augen der Netzgemeinde die Bundespräsidentenwahl unter den Nagel gerissen hat“, so der Politikwissenschaftler Christoph Bieber im „Stern“.

Verschmähte Volksparteien

Patzelt: »Verfallsgeschichte« der Großparteien ist eine Normalisierung

Professor Werner Patzelt, Politikwissenschaftler an der TU Dresden, erklärt im Gespräch mit Rebecca Bellano, warum die Volksparteien immer weniger Menschen an sich binden können.

PAZ: *In den letzten Tagen wurden die aktuellen Mitgliederzahlen der Parteien veröffentlicht. Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Gründe für den Schwund bei CDU und SPD?*

Patzelt: Wir messen die Mitgliederzahlen der Parteien immer an deren Maximalpegel, der am Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre erreicht war. Das war die hohe Zeit bundesdeutscher Politisierung nach der Studentenrevolution, in der es einfach sexy war, sich politisch zu betätigen. Darin war diese Zeit freilich ein Ausnahmezustand unserer politischen Kultur. Hinter der „Verfallsgeschichte“ der letzten 35 Jahre steckt also eine Normalisierungsgeschichte. Die erklärt aber nicht alles. Vor allem nahm überhaupt der Reiz des aktiven Politikmachens drastisch ab, seit man akzeptierte, dass sich für lange Zeit nicht mehr großartige Gestaltungsprogramme durch Erhöhung der Staatsausgaben verfolgen lassen, sondern unpopuläres Sparen angesagt ist. Obendrein sorgte der Wertewandel dafür, dass viele vom politischen Engagement schon kurzfristig vorzeigbare Ergebnisse erwarten, sich aber nicht langjährig in einer vielleicht beim Kampf um die Regierungsmacht chancenlosen Mannschaft engagieren wollen. Das zieht politisch Interessierte in Bürgerinitiativen, lässt sie aber um die politischen Parteien einen Bogen machen.

PAZ: *Bei Kommunalwahlen liegt die Wahlbeteiligung immer öfter unter 50 Prozent. Warum nehmen immer mehr Bürger ihr urdemokratisches Recht, dieses Land mit ihrer Stimme politisch mit zu gestalten, nicht mehr wahr?*

> »Politik ist heute nicht mehr sexy wie in den 70er Jahren«

Patzelt: Fragt man die Deutschen, ob oder wie sehr sie sich für Politik interessieren, dann schwankt der Wert der halbwegs politisch Interessierten seit Jahrzehnten um die 50 Prozent. Jede Wahlbeteiligung oberhalb von 50 Prozent verdankt sich offenbar dem Mobilisierungseffekt von Wahlkämpfen. Der ist um so größer, je mehr das überregionale Fernsehen und weithin bekannte Spitzenkandidaten im Wahlkampf eine Rolle spielen. Doch beides ist bei Kommunalwahlen nicht gegeben; also entfällt dort die auf Landes- und Bundesebene durchaus beobachtbare Mobilisierungswirkung von Wahlkämpfen. Obendrein halten viele die Kommunalpolitik für viel weniger wichtig als die Landes- oder Bundespolitik, so dass es auch weniger Anreize gibt, sich mit ihr näher zu befassen. Das aber führt angesichts des geringen Stellenwerts der Kommunalpolitik im Fernsehen leicht zum Gefühl, eigentlich gar keine begründete Entscheidung treffen zu können. Und wenn das Kommunalwahlrecht, wie in Deutschland durch Kumulieren und Panaschieren üblich, in einer solchen Lage sogar besonders differenzierte Entscheidungen erlaubt, dann schreckt die Verbindung aller Effekte leicht vom Lottospielen in der Wahlkabine ab.

PAZ: *75 Prozent der Bürgermeister in Thüringen gehören den Freien Wählern an oder sind Parteilose. In anderen Bundesländern sieht es ähnlich aus. Was können die Freien Wähler besser?*

Patzelt: An sich können die Freien Wähler oder Parteilosen nichts besser als die politischen Parteien und die Parteimitglieder. Es ist einfach so, dass inzwischen viele Bürger zwar einen Bogen um die Parteien machen, doch sehr wohl am politischen Leben auf Gemeindeebene teilhaben wollen. Im Einzelfall mag hinzukommen, dass die örtlichen Parteien mitmachwillige Leute vergnatzt oder sich um eigentlich politisch tüchtige Mitbürger gar nicht bemüht haben – vielleicht auch deshalb, weil man keine Konkurrenz auf der eigenen Hofmark haben wollte. Das kann man einesteils als „Krise der Parteien“ deuten: Der Nachwuchs läuft an ihnen vorbei. Anderenteils kann man das als Normalisierung ansehen, denn die Parteipolitisierung der kommunalen Ebene ist – in den alten Bundesländern – ja eine Erscheinung erst der letzten 30, 40 Jahre. Mir selbst scheint, dass wir es vor allem mit Veränderungen im Rekrutierungssystem der Politik zu tun haben. Wenn nämlich der Königsweg in die Politik nicht mehr die Mitgliedschaft in einer Partei ist, zugleich aber die Parteien unverzichtbare Trägerorganisationen der Demokratie bleiben, dann muss man es wohl möglich machen, einen außerhalb von Parteien unternommenen Einstieg in die Politik mit einer anschließenden Parteikarriere zu verbinden. Und nach dafür geeigneten Formen müssen wir eben suchen.



„Lottospiel“ in der Wahlkabine: Vor allem in den Kommunen können Volksparteien immer weniger überzeugen. Bild: pa

Halbe Million ist bald unterschritten

Wegen technischer Schwierigkeiten könne die Partei derzeit keine monatlichen Mitgliederzahlen erheben, teilte man aus der SPD-Zentrale der Tageszeitung „Die Welt“ mit, als diese kürzlich nach aktuellen Mitgliederzahlen fragte. Ende 2009, so die Sozialdemokraten, habe man 512 520 gemeldete Parteianhänger gehabt. Da die Union tapfer bekannt hat, dass sie im Frühjahr weitere Mitglieder verloren hat und somit nur noch 517 098 Christdemokraten in den eigenen Reihen zählt, ihren Tiefpunkt der letzten 37 Jahre also erreicht hat, ist davon auszugehen, dass auch die SPD dem Trend der letzten Jahre folgend weitere Abgänge zu vermelden hat. Und so spricht einiges dafür, dass die „technischen Probleme“ nur eine Ausrede dafür sind, dass die Partei die „magische“ Grenze der halben Million Mitglieder unterschritten hat, dies aber nicht öffentlich machen will, um ihren neuen Vorsitzenden Sigmar Gabriel zu schonen.

> Volksparteien bricht die Basis weg

Doch diese Bekanntmachung werden weder CDU noch SPD noch lange vermeiden können. Aus Expertensicht sind die sinkenden Mitgliederzahlen nämlich nur der Anfang. Da die Altmitglieder wegsterben, jüngere Anhänger aber nur sehr vereinzelt anzuwerben sind, wird den beiden großen Parteien eine Halbierung ihrer jetzigen Mitgliederzahl für die nächsten zehn Jahre prognostiziert.

Doch es ist nicht nur der Tod, der die Basis der beiden einstigen Volksparteien wegbrechen lässt. Die Mitglieder beider Parteien mussten in den letzten Jahren oft feststellen, dass es der Führung egal ist, was sie wollen. Neben Kommunikationsproblemen gab es auch Identifikationsprobleme der Basis mit dem, was ihre Partei darstellt, und so wenden sich Jahr für Jahr mehr Mitglieder frustriert von ihren Parteien ab. *Bel*

Von CDU und SPD enttäuscht

Freie Wähler werden zum Sammelbecken frustrierter Bürger

Ganze 77,5 Prozent der von der *PAZ* im Internet befragten 320 Bürger hätten, so sie denn gekonnt hätten, Joachim Gauck zu ihrem Bundespräsidenten gewählt. Damit bestätigen die *PAZ*-Leser einen bundesweiten Trend, denn Gauck kommt bei den Bürgern besser an als sein Gegenkandidat, der niedersächsische Ministerpräsident Christian Wulff. Gauck wirkt authentisch, unangepasst und vor allem seinen Überzeugungen folgend, während Wulff vor allem als Geschöpf seiner Partei, der CDU, wahrgenommen wird.

Doch da die Deutschen ihren Bundespräsidenten nicht selber wählen dürfen, haben bei der Wahl des deutschen Staatsoberhauptes am Mittwoch andere Motive eine Rolle gespielt. Allerdings hat das steigende Bedürfnis vieler Deutschen nach mehr Authentizität und Unabhängigkeit in einem anderen Bereich längst Fakten geschaffen. Sortiert man die Bürgermeister dieser Republik nach ihrer Parteienzugehörigkeit, so kommt man zu dem Ergebnis, dass Deutschlands Dörfer, Gemeinden und Städte mehrheitlich nicht mehr von Angehörigen der Volksparteien regiert werden. So sind in Thüringen 75 Prozent der Bürgermeisterposten in Hand von Parteilosen oder Mitgliedern der Freien Wähler. In Schleswig-Holstein werden bereits 52 Prozent der Kommunen von Mitgliedern der Freien Wähler gelenkt. Auch im Süden Deutschlands, in Bayern und Baden-Württemberg, sehen sich die etablierten

> Freie Wähler stellen immer mehr Bürgermeister

Parteien einer massiven Konkurrenz von dieser Seite ausgesetzt.

„Es gibt keine sozialdemokratische Abwasserpolitik und keine christdemokratische Müllentsorgung“, erklärt Politikwissenschaftler Werner Patzelt ein Stück weit die Entwicklung. „Die Leute haben die Schnauze voll vom Parteienstaat, und sie haben eine Sehnsucht, davon endlich befreit zu sein“, mischte sich Hans-Olaf Henkel, Ex-Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, ebenfalls in die Debatte.

Wer mit Cordula Breitenfellner spricht, bekommt gleich mehrere Erklärungen für die Entwicklung. Die Geschäftsführerin der Bundesvereinigung der Freien Wähler sprudelt nur so vor Begeisterung darüber, dass sich plötzlich alle für ihre Freien Wähler interessieren. Sogar die „FAZ“ habe um einen Termin gebeten, verkündet die 40-jährige Architektin im breitem Fränkisch stolz. „Wir wissen halt, wo es hakt und haben Politik von Grund auf als Praktiker gelernt“, erläutert sie den rasanten Erfolg der Freien Wähler, die nicht links, nicht rechts, sondern vor allem bürgerlich-rational seien. Man habe zwar politische Ziele, aber keine ideologisch festgelegten Parteiprogramme, ist der Internetseite zu entnehmen. Parteiprogramme würden die politisch Agierenden nur zu Parteidisziplin zwingen, doch diese sei häufig der größte Feind sachpolitischer Erwägungen.

„Es gibt ein riesen Loch in der bürgerlichen Mitte, dieses muss gefüllt werden“, erklärt Breitenfellner, warum ständig neue Ortsverbände entstehen. Wenn die Mitglieder es wünschten, dann träten die Freien Wähler auch bei der nächsten Bundestagswahl an.

Rebecca Bellano

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **5194**

Fahrt in den Schuldensumpf

Krafts Wahlversprechen und die Maßlosigkeit der Linkspartei: Rot-Grün wird teuer für NRW

120 Milliarden Euro Schulden lasten bereits auf Nordrhein-Westfalen. Kurz vor der „Schuldenbremse" droht das Defizit noch einmal kräftig zu wachsen.

Das hat es in der Geschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben: Eine Minderheitsregierung in einem Bundesland, die nicht einmal über ein „Tolerierungsabkommen" verfügt. Wenn bislang keine Koalitionsmehrheit zu erreichen war, einigte sich das Regierungslager mit einer der Oppositionsparteien wenigstens darauf, dass die Partei die Regierung „tolerieren" werde. Soll bedeuten: Die Partei bleibt zwar formal Opposition, ist der Regierung aber trotzdem gewogen und wird von dieser daher bevorzugt behandelt.

Genau diese Vorzugsbehandlung jedoch wagt die SPD-Kandidatin für das Amt des NRW-Ministerpräsidenten, Hannelore Kraft, nicht, der Linkspartei anzubieten. Zu tief sitzt die furchtbare Erinnerung an die Folgen des Wortbruchs ihrer Parteifreundin Andrea Ypsilanti in Hessen, die vor der Wahl eine Koalition mit der Linken ausgeschlossen hatte, um danach eine anzustreben. Daher vermeidet Kraft alles, was zu sehr nach Kooperation mit den SED-Erben aussehen könnte.

Verzichten kann sie auf die Dunkelroten indes nicht angesichts der Sitzverteilung im Düsseldorfer Landtag: Dort bringen es CDU und FDP auf 80, SPD und Grüne auf 90 Sitze bei elf Mandaten für die Linkspartei. Somit fehlt Rot-Grün genau ein Sitz zur absoluten Mehrheit.

Ohne die Linke geht also nichts. Und das dürfte Folgen haben für die Politik im bevölkerungsreichsten Bundesland. Verheerende Folgen, wie Kritiker orakeln. Sie blicken dabei vor allem auf den Haushalt, der um die Jahreswende aufgestellt werden muss. Die Linke hat hierzu bereits ihre gewohnt verschwenderischen Forderungen eingereicht. Dazu zählt der Verzicht auf jegliche Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst. Indes machen die Personalausgaben fast die Hälfte des Landesetats aus. Wenn hier nichts eingespart werden darf, bleibt den rot-grünen Haushältern kaum noch Spielraum.

Den aber benötigten sie allein schon, um die kostenträchtigen Versprechen ihrer eigenen Parteien einzulösen, allen voran die Abschaffung der Studiengebühren, die allein eine Viertelmilliarde Euro ausmacht. Da Hannelore Kraft den Hochschulen versprochen hat, dass die Abschaffung der Gebühr nicht zulasten der Universitäten gehen werde, muss sie dieses Geld aus dem Haushalt nehmen. Überdies ist anzunehmen, dass mit dem Argument der Gerechtigkeit auch die Kostenfreiheit für Kitas zu beschließen wäre.

> Rüttgers' Rückzug offenbart die tiefe Enttäuschung der CDU

Mit 120 Milliarden Euro ist Nordrhein-Westfalen schon verschuldet, 4,7 Milliarden muss Düsseldorf jedes Jahr an Zinsen bezahlen. Ein Posten, der weiter wachsen dürfte, denn die Versprechen von Rot-Grün führen letzten Endes unweigerlich zu noch höherer Verschuldung. Und dies nur wenige Jahre, bevor die ersten Maßnahmen zur Einhaltung der Schuldenbremse greifen müssen.

In der Schulpolitik, eines der zentralen Felder der deutschen Landespolitik, sind sich Rot-Grün und Postkommunisten weitgehend einig: Sie streben beide die Gemeinschaftsschule an, die das gegliederte Schulsystem ersetzen soll. Allerdings fordert die Landesverfassung ein gegliedertes System, weshalb es noch zu Klagen kommen dürfte.

Bei der CDU konnte die Enttäuschung über den Machtverlust kaum größer sein. Sie manifestiert sich in der Ankündigung des erst 59 Jahre alt gewordenen Jürgen Rüttgers, dass er sich vollständig aus der aktiven Politik zurückziehen wolle. Lange war Rüttgers, der als ausgesprochen machtbewusst gilt, als Rivale von CDU-Chefin Angela Merkel gehandelt worden.

Der Schlag traf die Union deshalb so hart, weil die Rhein-Unionisten mit der festen Überzeugung in den Wahlkampf gestartet waren, dass sie eigentlich alles richtig gemacht hatten. 8000 neue Lehrerstellen schuf Schwarz-Gelb seit 2005, neue Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen wurden gegründet, um den Strukturwandel im größten deutschen Industrierevier weiter voranzutreiben. Zudem hält sich die CDU zugute, trotz Weltwirtschaftskrise die Finanzen recht gut unter Kontrolle gehalten zu haben.

Rüttgers Rückzug hinterlässt bei der NRW-CDU eine riesige Lücke, um welche sich nun das Personalkarussell dreht. Für den Landesvorsitz ist CDU-Generalsekretär Andreas Krautscheid im Gespräch, der bereits öffentlich sein Desinteresse am Vorsitz der Landtagsfraktion geäußert hatte, weil er seine Rolle in der Führung der Partei sehe. Als weiterer möglicher Anwärter für den Parteivorsitz wird Bundesumweltminister Norbert Röttgen gehandelt. Auf den Fraktionsvorsitz spekulieren der Bundesvorsitzende des CDU-Arbeitnehmerflügels CDA, Karl-Josef Laumann, und der scheidende NRW-Integrationsminister Armin Laschet.



Die neue CDU in Nordrhein-Westfalen: Karl-Josef Laumann und Armin Laschet (v. l.) spekulieren beide auf den Fraktionsvorsitz. Andreas Krautscheid und Norbert Röttgen werden für den Parteivorsitz gehandelt. Bild: ddp

Laschet gilt wie Laumann und Röttgen über die Grenzen von NRW hinaus als ausgeprägter Vertreter des linken CDU-Flügels. Wenn die Stimmen recht haben, welche die Niederlage der NRW-CDU auch darauf zurückführen, dass viele nationalkonservative Stammwähler zu Hause geblieben sind, weil sie dem selbsternannten „Arbeiterführer" Jürgen Rüttgers misstrauen, dann könnte dieses Personaltableau der CDU an Rhein und Ruhr noch weitere Probleme bereiten. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Guantánamo bleibt vorerst

Berlin – Deutschland scheint sich nach zähen Verhandlungen mit Washington bereit erklärt zu haben, immerhin drei Gefangene aus dem US-Gefangenenlager Guantánamo zu übernehmen. Allerdings steht noch nicht fest, in welche Bundesländer sie kommen. Alle unionsgeführten Länder außer Hamburg erteilten Berlin hier eine klare Absage. Nun führt das Bundesinnenministerium Gespräche mit Hamburg, Brandenburg und Rheinland-Pfalz über eine Aufnahme. Derweil wurde bekannt, dass sich US-Präsident Obama von seinem Wahlversprechen, Guantánamo noch 2010 zu schließen, verabschiedet hat. Da nur wenige Staaten bereit sind, Häftlinge aufzunehmen und für das geplante Hochsicherheitsgefängnis in Illinois das Geld fehle, wisse man nicht, wohin mit den derzeit dort noch inhaftierten 200 Häftlingen. Die Slowakei, die bereits drei aufgenommen hat, streitet sich mit diesen über Bewegungsfreiheit, Mobiltelefone und rechtlichen Status. *Bel*

120 »schwere Jungs« bald frei

Straßburg – Während in der Bevölkerung die Europamüdigkeit grassiert, haben notorische Schwerkriminelle neuerdings Grund zur Europabegeisterung. Nachdem der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg die deutsche Praxis der Sicherungsverwahrung für unzulässig erklärt hat, müssen nach einer dpa-Umfrage nach und nach rund 120 besonders gefährliche Straftäter auf freien Fuß gesetzt werden. Die Justizminister der Länder haben unterdessen darüber beraten, ob mit verstärktem Einsatz der sogenannten „elektronischen Fußfessel" die absehbaren Risiken für die Bevölkerung gemildert werden können. Ein Allheilmittel sei sie jedenfalls nicht. *K.B.*

Wille oder Willkür

Sterbehilfe-Urteil lässt heikle Fragen offen

Das Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs (BGH) zur Sterbehilfe stellt klar, dass die Behandlung eines unheilbar kranken Patienten abgebrochen werden darf, wenn dieser sich zuvor in diesem Sinne geäußert hat. Der BGH stützte sich in seinem Urteil auf das neue Gesetz zu Patientenverfügungen, das seit September 2009 wirksam ist. Demnach soll verbindlich sein, was der Betroffene in einer Willenserklärung festgelegt hat. Bei der Umsetzung dieser Richtlinie herrschte bislang große Unsicherheit, die nicht selten dazu führte, dass Patienten ohne Bewusstsein auch gegen ihren Willen auf Jahre weiter behandelt wurden.

Verändert hat sich mit dem neuen BGH-Urteil die Bewertung von aktiver und passiver Sterbehilfe. Galt bisher das Durchschneiden des Ernährungsschlauchs als aktive Sterbehilfe und somit als strafbare Handlung, ist jetzt die Grenze zur Tötung nicht mehr überschritten. Genau darum ging es bei dem BGH-Verfahren. Der zweite Strafsenat in Karlsruhe sprach einen Anwalt frei, der der Tochter einer seit fünf Jahren im Wachkoma liegenden Frau geraten hatte, den Schlauch der Ernährungssonde durchzuschneiden, weil Ärzte sich weigerten, die künstliche Ernährung einzustellen.

Das Gericht unterscheidet deutlich zwischen aktiver „Tötung" und Verhaltensweisen, „die dem krankheitsbedingten Sterbenlassen mit Einwilligung des Betroffenen seinen Lauf lassen". Grundsätzlich begrüßten die Bundesärztekammer und die meisten Politiker das Urteil, weil es den Patientenwillen stärkt und Ärzten und Angehörigen mehr Rechtssicherheit gäbe. Der Marburger Bund warnt allerdings vor Willkür. Wenn keine schriftliche Verfügung vorliege, sei dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet.

> Klare Kriterien gefordert

Problematisch wird es, wenn seit der Patientenverfügung und dem Krankheitsfall bereits mehrere Jahre vergangen sind, in der eine bis dahin unheilbare Krankheit aufgrund des medizinischen Fortschritts inzwischen heilbar wäre, oder aber nur eine mündliche, und damit schwer überprüfbare, Willensäußerung vorliegt. Die Deutsche Hospiz-Stiftung fordert, möglichst bald ganz klare Kriterien dafür festzulegen, auf welche Weise der Wille des Patienten ermittelt werden soll. *M. Rosenthal-Kappi*

Nur Verlierer im Fall Mixa

Pulverdampf nach »Kirchenkampf« hat sich verzogen – Ein Blick auf das Schlachtfeld

Nachdem sich der Pulverdampf im Streit um Bischof Mixa gelegt hat, sind offenbar alle Beteiligten erschrocken über das Bild, das sie wochenlang öffentlich abgegeben haben. Etwas bemüht wirkte denn auch eine Fünf-Punkte-Vereinbarung zwischen Mixa und der derzeitigen Leitung des Bistums, die offenbar in Abstimmung mit der Bischofskonferenz und dem Nuntius gefunden wurde. Die Absprache wurde bezeichnenderweise im Beisein der Anwälte beider Seiten abgeschlossen – christliche Versöhnung kommt normalerweise ohne solche weltliche Unterstützung aus.

In der Sache wird Mixa seinen Amtsverlust „endgültig" nicht mehr in Frage stellen und bald aus dem Augsburger Bischofshaus ausziehen, das Bistum sucht ihm eine Übergangswohnung; über den endgültigen Wohnsitz soll Mixas Nachfolger entscheiden. Diese engmaschig geratene Absprache deutet allerdings auf anhaltende Spannungen hin.

In einem Brief an die Gläubigen der Diözese bat Mixa zudem um Verzeihung für alles, „was ich nicht recht gemacht habe". Die Gretchenfrage, ob das denn mehr war als ein paar (zu spät zugegebene) „Watschn" und erhebliche Peinlichkeiten in den Wochen vor und nach dem Amtsverlust, bleibt für die Öffentlichkeit unbeantwortet, obwohl die ohne Beleg vor einem Millionenpublikum verbreiteten, erheblich weitergehenden Vorwürfe es waren, die Mixa das Amt kosteten.

Zu der Fünf-Punkte-Vereinbarung gehört auch, dass beim bevorstehenden Gespräch mit Papst Benedikt XVI. nicht nur der Rücktritt selbst, sondern auch „dessen Umstände nicht in Frage gestellt" werden sollen. Im Klartext heißt das, dass eine Aufklärung darüber, inwieweit Mixa durch eigene Fehler und inwieweit er durch intrigante Aktivitäten seiner Gegner zu Fall gekommen ist, nicht vorgesehen ist. Beides scheint es in erheblichem Umfang gegeben zu haben, was die Einigung auf das Deckmäntelchen erleichtert haben dürfte.

> Deckmäntelchen über Verfehlungen auf allen Seiten

Übrig bleiben „vor Gott und der Welt" nur Verlierer: Walter Mixa hat sein Amt verloren, sein Ruf hat erheblich gelitten, denn eine definitive Ausräumung der Vorwürfe findet nicht statt. Dass Mixa bei ein und der selben Gelegenheit erklärt hat, er könne sich an die ihm vorgeworfenen Handgreiflichkeiten gegen Heimkinder beim besten Willen nicht erinnern und dann doch erklärt, es sei ein Fehler gewesen, sie nicht früh genug eingeräumt zu haben, wirft allerdings Fragen auf.

> Viele Medien waren mit dem heiklen Fall überfordert

Die anderen Akteure stehen indessen auch nicht glücklicher da. Erzbischof Robert Zollitsch hat die Eskalation – bestenfalls – nicht zu verhindern vermocht. Der weitergehende Eindruck, sein Umfeld habe „mitgezündelt", ist indes keineswegs ausgeräumt. Ausgerechnet der „Spiegel" erinnerte nun daran, dass Zollitsch selbst unter Druck steht, weil gegen ihn – im Unterschied übrigens zu Mixa – tatsächlich ein förmliches Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft anhängig ist.

Auch der Münchner Erzbischof Reinhard Marx kam nicht ohne Blessuren aus dem Getümmel. Wie um alles in der Welt konnte es geschehen, dass sein Pressesprecher Bernhard Kellner über den bereits Gestürzten noch erklären konnte, man wünsche Mixa eine „gute Genesung", und: „Sein Aufenthalt in der psychiatrischen Klinik war ein wichtiger erster Schritt"? Diese hässlichen Worte fallen ein Stück weit auf Marx und Zollitsch zurück, nachdem seitens der Bischofskonferenz Zustimmung signalisiert wurde und Marx jedes korrigierende Wort über die rabiate Äußerung seines Sprechers unterließ.

Betrachtet man allerdings beim Gang über das Schlachtfeld das gesamte Areal und nicht nur die katholischen Verwundeten, dann fallen auch mehrere Zeitungen ins Auge, die in diesem Konflikt alles andere als eine gute Figur gemacht haben. Die „Süddeutsche", die früh in offener Gegnerschaft zu Mixa berichtete, fing sich mit einer Falschmeldung eine Gegendarstellung ein, und selbst die „FAZ", sonst in solchen heiklen Fällen ein Hort des unangreifbar souveränen Journalismus, hat in mehreren Beiträgen ihres Autors Daniel Deckers die Rolle des objektiven Beobachters verlassen und sich (keineswegs nur in Kommentaren) als Akteur ins Getümmel gestürzt. *K.B.*

MELDUNGEN

Israel unter Druck

Ankara – Die Tötung von neun Türken Ende Mai durch die israelische Marine während der Enterung eines Schiffes mit Umweltaktivisten mit Kurs auf Gaza kommt Tel Aviv teuer zu stehen. Die türkische Regierung kippte ein Projekt, mit dem Israel seine Wassernot zu beheben hoffte. Nach diesem Plan wollte die Türkei Israel Wasser aus dem anatolischen Fluss Mavganat verkaufen. Der Transport nach Israel war mit Supertankern geplant. Energieminister Taner Yildiz gab in Ankara bekannt, dass seine Regierung kein einziges Joint-Venture-Projekt mit Israel mehr abschließen werde, solange sich Tel Aviv nicht „entschuldige und seinem Bedauern Ausdruck verleihe“. Zudem hat die Türkei für israelische Flugzeuge auch ihren Luftraum gesperrt und den Plan, Israel über eine Pipeline durch die Türkei mit Erdgas aus Russland zu versorgen, gestoppt. Dieser Stopp wiegt allerdings nicht schwer, da Israel eigene Gasfelder entdeckt hat. *J.F.*

Störendes Kreuz

Wien – Für die Feldmesse mit Papst Johannes Paul II. am 12. September 1983 – genau 300 Jahre nachdem Truppen des Reiches und Polens die Zweite Türkenbelagerung Wiens abwehren konnten – war im Wiener Donaupark ein 40 Meter hohes Stahlkreuz errichtet worden. Nachdem die SPÖ-Stadtverwaltung 2008 in der Nähe eine Bronze-Büste „Ché“-Guevaras aufstellen ließ, wollte sie nun auch noch das Papstkreuz entfernen – angeblich „aus Sicherheitsgründen“. Nach Protesten erinnerte sich Bürgermeister Michael Häupl aber offenbar daran, dass es bei den Gemeinderatswahlen im Herbst doch auch noch um ein paar christliche Stimmen gehen könnte, und jetzt soll das Kreuz saniert werden. *RGK*

Bittere Pille für schwindsüchtigen Westen

Toronto-Gipfel: Ehrgeizige Schwellenländer weisen alte Industriestaaten in die Schranken

Ob Bankenabgabe, Finanztransaktionssteuer, Finanzmarktregulierung oder Schuldenabbau; in Toronto konnten sich G 8 und G 20 auf nichts einigen. Trotzdem markiert der Gipfel einen historischen Wendepunkt.

Es ist peinlich, wenn Lehrer plötzlich von ihren Schülern vorgeführt werden. Doch genau das ist die große Erkenntnis nach dem Gipfeltreffen im kanadischen Toronto. Angesichts der Schuldenmisere vieler Industrieländer waren die Kosten für das kurze Treffen der Mächtigen in Höhe von 840 Millionen Dollar ein hoher Preis dafür, dass sich die Staats- und Regierungschefs trotz hohem wirtschaftlichen Druck nicht einigen konnten.

Der legendäre G 8-Gipfel erwies sich, wie bereits vorhergesagt, als eine überholte Einrichtung. Die sieben großen Industrienationen und das nachträglich in die Runde aufgenommene Russland mussten im Schatten der Weltwirtschaftskrise längst den Kreis der Wirtschaftsmächte auf G 20 erweitern und sehen sich unversehens sogar einer Art „G 3“ innerhalb der G 20 gegenüber: einer Fortschrittsunion der drei mächtigsten Schwellenländer China, Indien und Brasilien.

Die Unterteilung der Welt in drei Klassen wie früher bei der Eisenbahn in 1. Klasse beziehungsweise die Erste Welt, die 2. Klasse der Schwellenländer und die Holzklasse der sogenannten Entwicklungsländer funktioniert angesichts der weltweiten Finanz- und Wirtschaftsprobleme inzwischen nicht mehr so richtig. Die arroganten Passagiere der 1. Klasse müssen sich unversehens die Sitze mit Emporkömmlingen teilen.

Fast ohne Blessuren ist die aufstrebende Wirtschaftsmacht China aus dem Desaster hervorgegangen, legt an Wachstum zu und funktioniert gegenwärtig zudem als Motor der Weltwirtschaft. Ähnliches gilt auch für Indien und Brasilien. Vor diesem Hintergrund war bereits eine der Forderungen für den teuersten Gipfel aller Zeiten schon im Vorfeld Makulatur: Das Begehren der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, die Bankenwelt global stärker an die Leine zu legen, war deshalb Utopie. Die Geldhäuser in Asien und Südamerika lassen sich eine solche Gängelung nicht bieten. Chinas Währung, der Yuan, ist sogar auf dem Weg, als Leitwährung eines Tages offiziell jene Rolle einzunehmen, die er hinter den Kulissen bereits spielt und die für Wohl und Wehe im Dollarraum sorgen kann. Denn US-Präsident Barack Obama steht mit Stichtag 2009 bei Peking mit 534 Milliarden Euro in der Kreide. Letztlich hat die Volksrepublik indirekt sogar schon den Irakkrieg von George W. Bush mitfinanziert. Eine bedenkliche Arbeitslosigkeit, eine immense Staatsverschuldung und nun die Ölkrise im Golf von Mexiko machen Obama ebenso zu schaffen, wie ähnliche Probleme den Europäern. Sie haben zusätzlich mit der Schwindsucht des Euros zu kämpfen. Gegen die neue wirtschaftliche Dominanz Chinas kommen die westlichen Führer – zudem in zahlreichen Kernfragen gespalten – nicht an. Und so, untereinander zerstritten, wird fast an ihnen vorbei ein neues Kapitel der Weltgeschichte eingeleitet.

Asiaten wollen sich nicht mehr gängeln lassen

Chinas Chefmilitärstratege, Brigadegeneral Liu Mingfu, bringt es in seinem Buch „Chinas Traum“ bereits auf den Punkt: „Die Welt braucht eine neue Führung, und das können nur wir Chinesen sein.“ Selbstbewusster geht es kaum. Und so müssen die westlichen Lehrmeister mühsam begreifen, dass sich das militärisch erstarkte Reich der Mitte den erhobenen Zeigefinger westlicher Politiker nicht mehr gefallen lässt. Das gilt nicht nur für Fragen der Ökonomie, sondern auch für die angemahnten Menschenrechtsverletzungen und die Ablehnung der Ziele des geistigen und weltlichen Oberhauptes der Tibeter, des Dalai Lamas.

„Gipfel der Ohnmacht“ titelten einige Gazetten über den Toronto-Marathon schon vorab und beschrieben hiermit vornehm, was von Merkel schöngeredet wird: „Wir haben Fortschritte erzielt.“ Und auch Obama fasst die bitteren Erkenntnisse in das hoffnungsfrohe Wort, man sei sich „näher gekommen“.

Demnach sollen die Haushaltsdefizite der westlichen Welt bis 2013 halbiert werden, dann mit dem Abbau der Staatsschulden Ernst gemacht werden – ein oberflächlicher und gleichwohl eher unverbindlicher Erfolg Merkels. Bei allen Maßnahmen gelten ohnehin zahlreiche Sonderregelungen für einzelne Länder, geschlossenes Handeln bleibt ein Traum. In Wahrheit geht erst einmal alles so weiter wie gehabt: Die USA machen weiter Schulden und müssten eigentlich sparen, die Europäer sparen plötzlich „auf Teufel komm raus“, als ob die Überschuldung neuesten Datums wäre und sich nicht schon über Jahrzehnte aufgeschaukelt hätte. Und China, Indien und Brasilien fahren weiter hohe, aus westlicher Sicht absolut traumhafte Wachstumsraten ein, und das ohne Inflation oder konjunkturelle Überhitzung. Jede Sekunde geht von China aus ein voll beladener Container in See – ein Zeichen dafür, dass der asiatisch-pazifische Raum, der drei Viertel der Weltbevölkerung auf sich vereinigt, auf dem besten Weg ist, das neue Zentrum der Weltwirtschaft zu werden. Das dürfte die bittere Pille sein, die der Westen zu schlucken hat.

Joachim Feyerabend



Angezählt: Die Regierungschefs der einst dominierenden G 8-Staaten (Großbritannien, Kanada, Russland, Japan, Italien, USA, Deutschland und Frankreich) konnten in Toronto wenig durchsetzen. Bild: imago

Minsk lässt Muskeln spielen

Lukaschenko will 2011 Wahl gewinnen und stichelt gegen Moskau

Tragen Moskau und Minsk einen „Gas-Konflikt“ aus, oder führen sie einen „Gas-Krieg“? Russland besitzt Öl und Gas, die das rohstoffarme Weißrussland von ihm bezieht. Über weißrussisches Territorium laufen für Russland wichtige Öl- und Gasleitungen gen Westen. Beides gibt es nicht zum Nulltarif, aber weil russische Ölpreise und weißrussische Transittarife nie bilateral abgestimmt waren, herrscht zwischen den Nachbarn ein Dauerkonflikt, der mitunter zum „vojna“ (Krieg) ausartet. Die Folgen der Wirtschaftskrise zwingen Russland nun, auch um kleine Summen zu kämpfen.

Wie es der Gaspoker mit Weißrussland zeigt: 1996 war das Land mit einer Milliarde Dollar bei „Gazprom“ verschuldet, was mit Minsker Konzessionen für russische Militärbasen verrechnet wurde. 2007 erhöhte Moskau den Gaspreis pro 1000 Kubikmeter auf 100 Dollar, was Minsk ignorierte und auf alte Tarife pochte. Derzeit tobt der „dritte Gaskrieg“, in dem jedwede russisch-weißrussische „Freundschaft“ endet. Der seit elf Jahren (auf dem Papier) bestehende „Bundesstaat Russland und Weißrussland“ ist tot, ohne je gelebt zu haben. Russlands Öl- und Gasexporte sind so rückläufig, dass Weißrussland auf keine Konzessionen hoffen kann. Die geplante Zollunion Russland–Weißrussland–Kasachstan, die am 1. Juli 2010 anlaufen sollte, wird versanden, da Moskau und Minsk sich nicht über Exportsteuern für Öl und Gas einigen können und der weißrussische Präsident Aleksander Lukaschenko 600 „prinzipielle Einwände“ gegen die Union hat. Schließlich stehen 2011 in Weißrussland Präsidentenwahlen an, vor denen sich Lukaschenko als „batjka“ zeigen will, als strenges und patriotisches „Väterchen“.

Es geht um Gaspreise und um Macht

Der aktuelle Gaskrieg ähnelt dem von 2007: Moskau hat den Gaspreis erhöht, Minsk will aber den Preis von 2008 bezahlen. Damit wird es bis Ende des Jahres 600 Millionen Dollar Schulden ansammeln. Lukaschenko bestreitet die Schulden nicht, will aber von Moskau Hunderte Millionen Dollar für Leitungstransit kassieren, was seine Verbindlichkeiten mehr als ausgleichen würde. Da die eigentlichen „Kriegsherren“, die russische „Gazprom“ und die weißrussische „Beltransgaz“, keine Fristen für Schuldenbegleichung vereinbarten, bleibt viel Raum für gegenseitige Schienbeintritte.

Das ganze Hickhack empfand EU-Energiekommissar Günter Öttinger als „Angriff auf die EU“. Das war übertrieben, denn bislang fließen Öl und Gas nach Westen, notfalls über ukrainische Leitungen. Wahre Opfer des Gaskriegs sind Litauen und die Region Königsberg, die am 23. Juni 40 Prozent weniger Gas bekamen. „Kriegs“gewinnler ist die Ukraine, die Moskauer Preisnachlässe von 30 Prozent und andere Wohltaten gern annimmt, obwohl sie diese als ölproduzierendes Land nicht benötigt und sich durch sie auch nicht von Moskau politisch gängeln lässt. Auch Weißrussland ist nicht so wehrlos, wie es scheint – Lukaschenko warnte den Westen vor dem „korrupten Moskau“ und bändelte mit all jenen an, denen Moskau nicht grün ist: China, Moldau und dem Kirgisen Kurmanbek Bakiew (der in Weißrussland Asyl genießt). „Batjka“ weiß, dass er auf Dauer am längeren Hebel sitzt: Moskau ist auf seine Gasröhren mehr angewiesen als er auf russische Lieferungen. Für die hat er schon im fernen Venezuela Ersatz besorgt: Seit Mai 2010 ersetzt das Joint Venture Petrolera Belo-Venesolana immer mehr russisches Rohöl und -gas. *Wolf Oschlies*

Schmerzhafte Einschnitte

Großbritannien: Neue Regierung setzt massiv den Rotstift an

Großbritanniens Regierungschef David Cameron scherzte beim Wirtschaftsgipfel der Mächtigen im kanadischen Toronto, er könne es sich leider nicht leisten, die Kosten für den Hubschrauberrundflug der hohen Gäste zu berappen. Hier sei er leider ein Opfer seines eigenen Sparpakets.

Ganz abwegig ist der Spaß des Premiers nicht: Während Europas Regierungen mit ihren Sparversuchen in erster Linie auf die breite Masse losgehen, hat Großbritannien auch bei seinen Repräsentanten und Beamten den Rotstift angesetzt. „Alle müssen anpacken, um die Lage wieder in den Griff zu bekommen“, las Königin Elizabeth II. aus der Regierungserklärung der Koalition. In ihr schwor sie die Abgeordneten auf den neuen, abrupten Kurs der Regierung ein. Rund sechs Milliarden Pfund sollen alleine bei Ministerien, Kommunen und anderen öffentlichen Institutionen dem Sparwillen der in Koalition mit den Liberaldemokraten regierenden Tories zum Opfer fallen und der früheren Ausgabenfreudigkeit der Labour-Partei ein Ende bereiten.

Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, verordnete sich das neue Kabinett zu allererst selbst eine Kürzung der Gehälter. Der neokonservative George Osborne, ein ausgeprägter Euroskeptiker, soll das neue Sparschwein hegen. Ein sofort von ihm vorgelegter sogenannter Notetat schont weder die Queen selbst, noch nimmt er Rücksicht auf schwangere Frauen, Beamte und Banken. Die Budgets der Ministerien werden dabei um ein Viertel reduziert.

Zudem steigt die Mehrwertsteuer von derzeit 17,5 Prozent auf 20 Prozent – eine Einnahmequelle, die immer wieder auch für die Bundesrepublik im Gespräch war. Die Kapitalertragssteuer steigt von 18 auf 28 Prozent, eine Bankenabgabe soll zwei Milliarden einspielen. Insgesamt werden die öffentlichen Ausgaben um 30 Milliarden Pfund (36,5 Milliarden Euro) beschnitten. Für den öffentlichen Dienst heißt das ein Einfrieren der Gehälter auf zwei Jahre. Allerdings bleiben die untersten Gruppen verschont. Sie ebenfalls zur Kasse zu bitten, würde den für den Aufschwung der Volkswirtschaft bitter nötigen Konsum zu sehr abwürgen.

»Alle müssen anpacken«, las die Queen

Angesichts eines Haushaltsloches von 156 Milliarden Pfund (182 Milliarden Euro) und einem Schuldenberg von 900 Milliarden Pfund (1095 Milliarden Euro) sehen sich die Finanzstrategen der Insel zu diesem heftigen Einschnitt gedrängt. Es signalisiert die größte Finanzschwäche des Empire seit Urzeiten. Die Einschnitte für die Bürger sollen eine drohende Herabstufung der Bonität des Vereinigten Königreiches durch die umstrittenen Ratingagenturen (wie etwa für Griechenland und Spanien) verhindern. Der neue Sparkurs schlägt umso härter zu Buche, da das Bruttoinlandsprodukt mit einem Plus von gerade 0,3 Prozent nahezu stagniert und die britische Konjunktur nur schwerfällig in Gang kommt.

Der Sparzwang der Tories zeigt bereits Wirkungen bis in den Sport hinein. Die englische Premier League drosselte drastisch ihre Ausgaben für die sonst üblichen Spielertransfers. Waren in den beiden Vorjahren noch 172 und 201 Millionen Euro für den Einkauf der Kickerstars ausgegeben worden, so rückte die stärkste europäische Liga zu Beginn der Saison 2010 nur magere acht Millionen raus.

Joachim Feyerabend

Armer Staat mit reichen Bürgern

Das Privatvermögen der Deutschen ist unbeeindruckt von der weltweiten Krise weiter gewachsen

Stärker als erwartet präsentiert sich die deutsche Konjunktur. Inzwischen erwartet die Deutsche Bundesbank fast zwei Prozent reales Wachstum im laufenden Jahr. Erstaunliche 71 Prozent der Deutschen fühlen sich vom globalen Abschwung persönlich nicht betroffen. Das Geldvermögen der Deutschen wuchs sogar im Krisenjahr 2009 um stolze 239 Milliarden Euro.

Es gibt Zahlen, die muss man zweimal lesen. Eine davon lautet: Um 239 Milliarden Euro hat das Geldvermögen der Deutschen im vergangenen Jahr zugenommen, das ist ein Zuwachs um fast 3000 Euro pro Kopf. Dabei war 2009 mit einem Einbruch der Wirtschaftsleistung um satte fünf Prozent das vermutlich schlechteste Jahr seit 1932 – für die Notjahre 1945 bis 1947 gibt es keine brauchbaren Zahlen.

Das Rätsel dieser auf den ersten Blick „unmöglichen“ Zahl hat mehrere Erklärungen: Zum einen sparen die Deutschen Jahr für Jahr erhebliche Summen – anders als etwa die US-Amerikaner oder zuletzt auch die Spanier, die hohe private Schulden angehäuft haben. Der konjunkturelle Einbruch im Jahr 2009 wurde dadurch verstärkt, dass die besorgten Bundesbürger noch etwas mehr gespart haben als sonst. Was Handel und Industrie das Leben schwer gemacht hat, ließ naturgemäß das Geldvermögen wieder anschwellen.

Hinzu kommt, dass die Masse der Kursverluste an den Börsen schon 2008 aufgelaufen war, in diesem Jahr sank denn auch das Geldvermögen der Deutschen um 127 Milliarden Euro. Zwar lag der Börsen-Tiefpunkt erst im März 2009, doch im Gesamtjahr stieg der Dax um 24 Prozent. Dadurch sind nicht nur Aktien, sondern auch viele andere Wertpapiere, insbesondere Fonds und Kapitallebensversicherungen, wieder im Wert gestiegen.

Allerdings ist das Vermögen der Deutschen weiterhin sehr ungleichmäßig verteilt: Die ärmsten zehn Prozent haben netto Schulden, den wohlhabendsten zehn Prozent gehören dagegen 54 Prozent des Geldvermögens (zu dem die Statistiker auch Aktien rechnen), dem reichsten einen Prozent immer noch 27 Prozent. Diese Schieflage, die in anderen Industrieländern in ähnlicher Weise existiert, hat sich in der Krise sogar noch etwas akzentuiert. Deutschland bleibt zwar ein sehr soziales Land, was die Einkommensteuer angeht (die zehn Prozent besten Verdiener zahlen hier 55 Prozent, und die unteren fast 30 Prozent hingegen zahlen nichts, die gesamte untere Hälfte nur fünf Prozent), doch die Verteilung des Vermögens bleibt alles andere als gleichmäßig.

Kurz und gut: Obwohl wachsende Teile der Mittelschicht begründete Abstiegsängste plagen, leben die Deutschen insgesamt als wohlhabende Bürger in einem ärmer werdenden Staat. Trotz hoher Steuerquoten ist die finanzielle Leistungsfähigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden schwach. Grund ist der hohe Schuldendienst, der aber oft wieder in die Taschen der eigenen Bürger zurückfließt.

> Die Deutschen kamen vergleichsweise gut durch die Krise

Vor diesem Hintergrund ist auch eine neue Studie der Unternehmensberatung Boston Consulting Group (BCG) zu sehen, wonach satte 71 Prozent der Bürger von der Weltwirtschaftskrise nach eigenen Angaben bislang persönlich nicht betroffen sind. Hier macht sich auch der robuste Arbeitsmarkt bemerkbar: Mit Kurzarbeit von bis zu zwei Jahren Dauer hat der Bund viele Entlassungen verhindert. Diese Politik ist für den Staat kostspielig, doch die jüngsten Konjunkturdaten deuten darauf hin, dass der Aufschwung rechtzeitig kommen könnte, um größere Einbrüche am Arbeitsmarkt zu verhindern. „Der Optimismus der Deutschen kehrt zurück“, erläutert BCG-Konsumexperte Ivan Bascle die Zahlen. „Er hat aber das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht.“ Immerhin sei der Anteil der Deutschen, die ihre Ausgaben verringern wollen, deutlich kleiner geworden: Von 64 Prozent im Dezember auf aktuell 44 Prozent.





Sparsam wie eh und je: Im Krisenjahr 2009 hat sich das Geldvermögen der Deutschen weiter erhöht. Bild: pa

Bemerkenswert ist auch der internationale Vergleich, den diese Studie enthält. Nur 25 Prozent der Chinesen fühlen sich von der Weltwirtschaftskrise persönlich betroffen, aber 35 Prozent der Franzosen, 49 Prozent der US-Amerikaner und 71 Prozent der Russen. Diese Zahlen spiegeln doch recht genau das Ausmaß, in dem die unterschiedlichen Nationen von der Krise getroffen wurden: China musste „nur“ zeitweilig mit einem Nachfrageeinbruch, insbesondere aus den USA zurechtkommen. Peking hatte aber genug eigene Ressourcen, um die ausgefallene Nachfrage zu ersetzen und rasch aus der Krise zu kommen. Russland dagegen war zunächst massiv betroffen, weil die Preise für Öl, Gas und Metalle zusammenbrachen. Mit der Erholung der Preise ist für Russland rasche Besserung absehbar.

Die Konjunkturerholung in Deutschland hat sich unterdessen stabilisiert. Das zweite Quartal hat in vielen Branchen eine zum Teil deutliche Belebung gebracht, mit 1,9 Prozent Wachstum für das Gesamtjahr rechnet die Bundesbank in ihrem neuesten Monatsbericht. Wie bei vielen anderen Aufschwüngen in der Vergangenheit erweist sich einmal mehr der Export als Konjunkturlokomotive. Automobile, Chemie, Maschinen – die deutsche Industrie verkauft in alle Himmelsrichtungen, vor allem die wohl auf Dauer kaufkräftigen Länder in Fernost sorgen für volle Auftragsbücher. Der relativ schwache Euro führt zu satten Gewinnmargen bei Exporten in den Dollarraum. In dieser Lage, da sind sich die Experten einig, ist Haushaltskonsolidierung ohne Risiken für die Konjunktur möglich, und auch besonders notwendig. *Konrad Badenheuer*

KURZ NOTIERT

Noch wettbewerbsfähiger: Der Deutschlandchef der Unternehmensberatung McKinsey, Frank Mattern, lobt deutsche Unternehmen. „Seit der Jahrtausendwende haben wir gewaltig an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen. Das haben Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik ziemlich gut gemacht.“ Bilanzanalysen von 136 relevanten Unternehmen haben gezeigt, dass wichtige Kennzahlen positiv ausfallen und auch die Unternehmensfinanzierungen erstaunlich stabil sind. *Bel*

Finanzmärkte weiter fragil: Die Europäische Zentralbank warnt davor, dass die Lage an den europäischen Finanzmärkten noch zahlreiche „systemische Risiken“ aufweise. Die Lage an den Anleihemärkten sei weiter angespannt. Auch misstrauten sich die Banken weiterhin untereinander. *Bel*

Peking wertet auf: Mit der zweiten Aufwertung des Yuan in kurzer Zeit kommt China wiederholten Forderungen, insbesondere der USA entgegen, die Unterbewertung seiner Währung zu beenden. Allerdings bedeutet die Aufwertung um 0,3 Prozent nach 0,43 Prozent kurz zuvor nur einen eher kleinen Schritt, Währungsexperten halten einen deutlich höheren Kurs gegenüber dem Dollar für angemessen. Die Hoffnung der USA, ein teurerer Yuan würde das Handelsbilanzdefizit schnell verkleinern, ist ohnehin wenig begründet: Kurzfristig bewirken Aufwertungen die Zunahme von Handelsüberschüssen. *K.B.*

Energie aus dem Meer: Voller Unmut blicken deutsche Stromversorger derzeit vor die Küste Borkums. Der dortige neue Offshore-Großwindpark sollte die Banken ermutigen, weitere Projekte dieser Art zu finanzieren. Nachdem Kernkraft und Kohle in Deutschland als verpönt gelten, sollten Windparks die Stromversorgung sichern. Doch sechs der zwölf Windräder vor Borkum sind bereits defekt, da der französische Hersteller schadhaftes Material geliefert hat. Derweil freut man sich in Schottland, wo vor der Küste ein Ölfeld entdeckt wurde, dessen Wert auf neun Milliarden Euro geschätzt wird. *Bel*

Gemeinden in Not

Bund will Gewerbesteuer abschaffen

Während der Bund sich über ein geringeres Haushaltsdefizit freuen kann, als befürchtet, stehen die Kommunen noch größeren Einnahmeausfällen gegenüber als sowieso schon angenommen. Hinzu kommt, dass die von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) einberufene Kommission, die über die Zukunft der Gemeindefinanzierung berät, so manchem Kämmerer den Schlaf raubt. Grund hierfür ist die Tatsache, dass die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Gewerbesteuer abschaffen will. Diese Steuerart gibt es so nur in Deutschland und verteuere laut Unternehmen den Standort Deutschland, wenn diese nicht den Finanztrick nutzten, über Auslandstöchter Gewinne zu verlagern.

Schäuble sieht die Gewerbesteuer auch nicht als zuverlässiges Finanzierungsinstrument, da sie extrem konjunkturabhängig ist. Gerade bei schlechter Konjunktur würden die Sozialausgaben der Kommunen steigen, doch genau dann bräche ihre wichtigste Einnahmequelle überproportional ein, wie es die letzten beiden Jahre gezeigt hätten.

„Mitten in der schwersten kommunalen Finanzkrise, in der viele Kommunen vor dem Kollaps stehen, verbieten sich Experimente mit ungewissem Ausgang“, wehren sich jedoch der Deutsche Städtetag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gegen die Pläne aus Berlin. Neben der Grundsteuer ist die Gewerbesteuer ihre einzige größere Einnahmequelle, auf deren Steuersätze sie selber Einfluss nehmen können.

> Kommunen wollen keine Experimente

Zwar berät Schäubles Kommission über Alternativen wie einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer und einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer mit eigenem Hebesatz, doch nicht jedem schmeckt diese Idee. Vor allem jene Kommunen, die in guten Zeiten von der Gewerbesteuer überproportional profitiert haben, hoffen bei Besserung der Wirtschaftslage auf eine erneut sprudelnde Geldquelle. Und um diese noch zu vergrößern, möchten sie, dass künftig auch freie Berufe wie Anwälte und Ärzte Gewerbesteuer zahlen müssen. *Bel*

Gemeinschaftswährung ohne Glanz

Außer Estland verschieben alle Ostmitteleuropäer die einst ersehnte Euro-Einführung

Estland tritt 2011 allein dem Euro-Raum bei. Andere Beitrittskandidaten sind nach der Griechenland-Krise zurückhaltend und verschieben die Euro-Einführung in unbestimmte Ferne. Sogar potenzielle Nutznießer wie Bulgarien und Ungarn haben es nicht mehr eilig. Eine eigene Währung und flexible Wechselkurse erscheinen nach den Schuldenproblemen der Griechen als wichtige Optionen staatlicher Finanzpolitik: Geht mit der eigenen Währung die Chance zu deren Abwertung verloren, fehlt der Politik etwas. Obendrein vermeiden Noch-Kandidaten mit der Verzögerungstaktik Debatten um den Grenzwert ihrer Staatsschulden – denn ohne Euro keine Maastricht-Kriterien. Die kommen krisengeschüttelten wie aufstrebenden Ostmitteleuropäern ungelegen.

Offiziell hat Bulgarien den Beitritt zur Euro-Zone verschoben, weil das Haushaltsdefizit 2009 erstmals über die Höhe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) stieg. Bulgariens Lew war im Herbst bereits an den Euro gekoppelt, Kursschwankungen ausgeschlossen, der Beitrittsantrag zum Vorzimmer des Euro, dem Wechselkursmechanismus II (WKM II), für den Januar beschlossene Sache. Im April kam der Rückzug: „Wir verabschieden uns offiziell von dem Plan, dem Wechselkursmechanismus beizutreten, weil es angesichts unseres Defizits anstößig wäre. Tatsächlich haben wir unsere EU-Kollegen angelogen, was unsere Bereitschaft für den Beitritt zur Eurozone angeht“, so der konservative Ministerpräsident Bojko Borissow. Anlass ist das Eingeständnis, mehr Schulden gemacht zu haben, als EU-tolerabel ist, auch dank eines Waffenkauf-Skandals. Kritiker glauben, Sofia habe keine Lust aufs europaverordnete Sparen, dessen Folgen im benachbarten Rumänien starke Proteste wecken.

Neue Münzen: Estland bekommt 2011 den Euro.

Das hochverschuldete Ungarn will nach dem Wahlsieg der konservativen Regierung Viktor Orbán ebenfalls nicht mehr über den Euro sprechen. Einen Großteil der Schulden hat das Land nicht in Euro, könnte also von dessen Einführung profitieren. Doch die eurokritische Regierung sieht keinen Grund, diese zu planen. Sie will sich nicht festlegen, die Staatsverschuldung von gut 80 Prozent des Bruttoinlandsproduktes auf die von der EU geforderte 60-Prozent-Grenze zurückzuführen. Ängste, Ungarn könne wie Griechenland enden, hält Budapest für unbegründet – Griechenland steckt in einer Rezession, Ungarn und Tschechien meldeten im Juni Wirtschaftswachstum. Das will Orbán nicht kaputtsparen, sondern „harte Verhandlungen“ mit EU und Weltwährungsfonds (IWF) führen, die Ungarn über die bisher gewährten 25 Milliarden Euro Krisenhilfe hinaus stützen sollen. Geschieht das, bietet eine Euro-Verzögerung Kandidaten im Dauerwartestand die Chance, sich Wachstum auch auf Kosten des Euro-Raums zu sichern.

Alte EU-Skepsis findet auch in Polen neue Nahrung. Mit teuren Konjunkturprogrammen und aktiver Wechselkurssteuerung hat die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk der Wirtschaftskrise erfolgreich getrotzt, um jetzt den Zielkonflikt mit der Euro-Einführung zu erleben: Die Neuverschuldung liegt, auch wegen der Krisenpolitik, bei sieben Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Nicht 2012, sondern erst 2017 visiert Tusk nun den Euro an. Sein Finanzminister Jacek Rostowski sieht den Euro-Raum als Haus im Umbau: „Vielleicht sollten wir erst einmal in unserem eigenen kleinen Haus bleiben – und die Renovierung abwarten.“ Nicht beitreten zu können ist nicht das Hindernis, wie auch der Chefökonom der BRE-Bank, Ryszard Petru, glaubt: „Wenn wir das Haushaltsdefizit niedrig halten können, dann, da bin ich sehr sicher, werden wir auch alle anderen Maastricht-Kriterien erfüllen.“

In Tschechien sehen die Euro-Gegner: „Die mittel- und osteuropäischen Länder, die nicht Mitglieder der Euro-Zone geworden sind, entwickelten ein höheres Wachstumstempo“ – als Länder, die ihr angehören, so Staatspräsident Václav Klaus. Laut Umfragen sind 55 Prozent der Tschechen gegen den Euro. Klaus formuliert, was Amtskollegen nicht offen aussprechen: „Die Europäische Währungsunion hat versagt.“ *SV*

»Väter der Gewalt«

Von Hans-Jürgen Mahlitz

Immer brutaler, immer jünger, immer hemmungsloser – die zunehmende Gewaltbereitschaft insbesondere in der jüngeren Generation ist ein garstig' Kind, das viele Väter hat. Einer ist die Aufkündigung des alten demokratischen Konsenses, Radikalismus und Extremismus auf allen Seiten zu bekämpfen. Daraus wurde ein „Kampf gegen Rechts", in Wahrheit ein Kampf gegen alles, was nicht stramm genug links ist. Im Schatten des erblindeten linken Auges konnte sich ein neues Gewaltpotential etablieren, das fast schon RAF-Format erreicht.

Ein weiterer „Vater der Gewalt" ist die systematische geistige Verrohung durch Massenmedien, vor allem TV und Computerspiele. Wenn ein in Deutschland Heranwachsender bis zum Erreichen der Volljährigkeit durchschnittlich mehr als 3000 Bildschirmmorde zu sehen kriegt, kann das nicht ohne Folgen bleiben.

Ein dritter „Vater der Gewalt" ist die gezielte Zerstörung der traditionellen gesellschaftlichen Strukturen. Immer mehr Kinder wachsen in kaputten Teil-Familien oder in der Obhut staatlicher Betreuungseinrichtungen auf. Bewährte Werte, die vor den zunehmenden Gefährdungen schützen könnten, werden ihnen da kaum noch vermittelt.

Endlich Klarheit

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Lieber Gott, bitte, bitte, lass mich sterben", betete meine Oma immer wieder laut und deutlich. Es war mehr ein verzweifeltes Schreien. Die Altersdemenz war bereits weit fortgeschritten, doch nach einem Sturz hatte man ihr – ohne bei den Angehörigen rückzufragen – im Krankenhaus einen Herzschrittmacher eingesetzt. Dieser verhinderte, dass ihr Herz zu schlagen aufhörte. – Das ist nun schon viele Jahre her, und damals gab es weder Patientenverfügung noch Vorsorgevollmacht. Das flehentliche Bitten um Erlösung und die Hilflosigkeit sind den pflegenden Angehörigen bis heute gegenwärtig. Der Tod gehört zum Leben dazu wie die Geburt. Wer im christlichen Glauben verankert ist, wird ihn nicht fürchten. Im Zuge der allgemeinen Technisierung unseres Alltags und dem Machbarkeitswahn gehen diese Werte leider allzu oft verloren. Gut, dass mit dem jüngsten Grundsatzurteil des BGH das Selbstbestimmungsrecht des Menschen endlich gestärkt wird. Ärzte, Pflegepersonal und Angehörige haben nun mehr Rechtssicherheit, wenn sie den Willen eines Sterbenden erfüllen.

Was ist aber, wenn keine schriftliche Patientenverfügung niedergelegt wurde und Angehörige unterschiedliche Angaben zum mündlich geäußerten Willen ihres Verwandten machen? Oder wenn versäumt wurde, eine vor Jahren verfasste Verfügung den verbesserten medizinischen Möglichkeiten anzupassen? Einheitliche Regeln für Art und Inhalt sowie eine exakte Abgrenzung zwischen Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht könnten hier Klarheit schaffen.

Habt Ihr heute schon gedschendert?

Oder: Warum Deckhengste heutzutage »Deckpferde«

Staatsverschuldung, Bildungskrise,
Pleiten, Arbeitslosigkeit
oder Themen so wie diese
sind nicht Hauptproblem der Zeit.

Nein, vor allem muss man dschendern,
was auf Deutsch man „gendern" schreibt,
und Europa so verändern,
dass nichts Altes übrig bleibt.

Selbst wenn anderswo auf Erden
drüber wer vielleicht noch lacht,
muss das Dschendern „Mainstream" werden,
kurz zu dem, was jeder macht!

Aber seht, schon ging's daneben,
denn statt „jeder" ganz allein
muss es stets auch „jede" geben –
und zuvorderst obendrein.

Jeder / jedem heutzutage
steht das Ihre / Seine zu,
stellt es also nicht in Frage –
wetten, ihr erlernt's im Nu!

Hängt ans Hauptwort „-In" und „-Innen,
falls es um Personen geht –
müsst euch stets darauf besinnen,
weil man sonst euch nicht versteht.

Habt ihr Stellen anzubieten,
schreibt geschlechtsneutral sie aus,
denn verletzt ihr Dschender-Riten,
flattert ein Prozess ins Haus.

Und zum Decken, einem schnellen,
ist ein „Deckpferd" nur erlaubt,
weil 'nen Deckhengst zu bestellen,
Stuten ihre Chancen raubt.

Hält das jemand für verbogen,
wär's pervers und ungerecht,
denn alleine anerzogen
ist den Wesen ihr Geschlecht!

Umerziehung kriegt indessen
bloß in eine Richtung Lob:
Rückerziehung – nicht vergessen –
wird bestraft als homophob!

Öde nämlich wär' das Leben,
grau wie alle Theorie,
tät's nicht längst schon lesbisch geben,
schwul und selbstverständlich bi.

Und als weitre Segensquelle,
respektive Stimulans,
stützt man nun das Sexuelle
auch als inter und als trans!

Androgyne Dialektik
war nur Anfang, wie ihr seht,
müht euch jetzt mit ganzer Hektik,
dass es praktisch weitergeht.

Lasst euch in den neuen Zeiten,
die man für uns alle schafft,
nicht von Vorurteilen leiten,
sondern fragt gewissenhaft:

Haben heut' wir schon gedschendert,
mit der Menge maingestriemt
und das Dasein so verändert,
wie es sich für uns geziemt?

Folgt den Regeln, meine Lieben,
und bedankt euch jeden Tag,
denn für ewig festgeschrieben
steht es im Reformvertrag!

Pannonicus



Menschen darf man niemals züchten, Pflanzen und Tiere sehr wohl: Der seit gut zwei Jahrzehnten währende Grundsatz-Protest gegen genveränderte Agrarprodukte wird oft sachlich kaum begründet
Bild: pa

Moment mal!



Frankenstein auf Krankenschein

Von Klaus Rainer Röhl

Letzte Woche hat das Bundesverfassungsgericht über die deutsche Umsetzung der EU-Regeln zum Gentechnik-Recht verhandelt. Das Land Sachsen-Anhalt hält das noch von der rot-grünen Regierung verabschiedete Gesetz für nicht mit dem Grundgesetz vereinbar. Der Ausgang des Verfahrens ist noch offen, eine Entscheidung ist erst in zwei Monaten zu erwarten. Aber eins ist heute schon klar: Das grüne Gesetz zielte darauf ab, die Genforschung nachhaltig zu schädigen und den Anbau verbesserter Pflanzensorten wenn möglich ganz zu verhindern. Seltsamerweise hat die schwarz-gelbe Koalition das Gesetz bisher nicht abgeschafft. Im Gegenteil: Ein Teil der Bundesregierung möchte an der rot-grünen Vorlage festhalten. Man glaubt es nicht, aber es gibt in der Union genauso „Gen-Gegner" wie es auch „Atom-Töter" gibt.

Die Angst vor der „Gen-Manipulation" ist einer der ältesten Hüte aus der Mottenkiste grüner Maschinenstürmer-Agitation. Die Dauerberieselung mit dieser Agitation, die außerhalb Deutschlands kaum jemand ernster nimmt als Straßenreden der Zeugen Jehovas, findet in allen Medien des Mainstreams statt, der bekanntlich links tickt. Das hat dazu geführt, dass man in Deutschland sogar passende Umfrageergebnisse erzielen kann. Wenn man nur geschickt fragt: „Wollen Sie Lebensmittel kaufen, die ‚genmanipuliert' sind?" oder „Wollen Sie, dass Ihre Kinder ‚genverseuchte' Babynahrung essen?" Das ist da fast so, als fragte man die Eltern: „Wollen Sie Ihre Kinder vergiften – ja oder nein?" „Nein", sagen natürlich alle. Und schon haben wir das Ergebnis: Die Mehrheit lehnt genveränderte Produkte ab. Die giftiggrüne Abneigung gegen Gentechnik fand Eingang in das EU-Gesetz. Ein Standortregister, jederzeit für jeden Bürger einsehbar, weist alle Anbauflächen exakt aus. Mit dem Erfolg, dass nun auch Gewalttäter, gewissermaßen der schwarze Block im grünen Spektrum, tätig werden. Und bereit sind, regelmäßig loszuziehen und die genmanipulierten Versuchsfelder mit „genverseuchten" Pflanzen „abzufackeln" oder sonst wie zu vernichten.

> Auch Unionspolitiker finden diese »Volkserziehung« gut

Was steckt eigentlich hinter dem Schlagwort „Gen-Manipulation"? Gen-Manipulation ist nichts weiter als eine Wort-Manipulation. Dahinter verbirgt sich die Bekehrungsabsicht von Öko-Fanatikern, die es aber beim Predigen keineswegs belassen, sondern uns, solange sie regierten, mit der „Ökosteuer" das Benzin, den Strom, das Heizöl und alle Konsumgüter Jahr für Jahr verteuerten. Diese Volkserziehung wird von einigen Politikern der Union einfach weiter betrieben. Wie begründen die „Umweltpolitiker", zu denen Angela Merkel auch gern gezählt werden möchte, ihre Maßnahmen? Die Umwelt, die einst sauber war, soll sauber bleiben. Die Schöpfung achten. Was von Gott ist, soll der Mensch nicht genetisch verändern. Ehrfurcht vor der Schöpfung. Hört sich gut an, stimmt bloß nicht. Zu Gottes Schöpfung gehören auch die Mücken, die Tsetse-Fliege, die Bakterien, der Krebs, die Pest und die Dürren. Gott hat schon immer geklont und Gen-Veränderung angewandt und seit Anbeginn durch Mutationen Millionen von Genen „manipuliert", ohne die es die so hartnäckig verteidigte Artenvielfalt gar nicht gäbe. Seit dem Beginn der Ackerbau- und Viehwirtschaft hat der Mensch durch Züchtung neuer Arten, beispielsweise von Kühen, die immer mehr Milch gaben, und von Getreide, das immer mehr Körner trug, neue Arten und Rassen mit veränderten Genen herangezüchtet. Das dauerte manchmal Jahre, manchmal viele Jahrtausende. Wie der Mensch. Ihn hat Gott bekanntlich am Ende geschaffen. Ganz am Ende aber auch, wer wollte das leugnen, auch noch die Gen-Forscher. Die mischen nun kräftig mit an der Gen-Bank, computergestützt. Zum Wohl der Menschen. Bei uns in Deutschland nennt man das verächtlich „Gen-Manipulation". In anderen Ländern heißt es Gen-Technik.

Die Grünen standen und stehen vor einem Interessenkonflikt, nicht zu verwechseln mit einem Gewissenskonflikt. Die aus den kommunistischen Splitterparteien (K-Parteien), also vom Marxismus her kommenden Berufspolitiker legten den Amtseid nie auf die Bibel ab und glauben an nichts, nicht einmal mehr an ihre früheren Götzen Mao und Lenin. Sie glauben bestenfalls an die Veränderbarkeit der Materie, also auch des Menschen, den die Alt-Marxisten ja mit zur Materie zählen. Ändere die Materie, und du änderst den Menschen! Das steckt noch tief in den Köpfen.

Der Kern der ganzen Öko-Bewegung ist nicht die Ehrfurcht vor der Schöpfung, sondern Antikapitalismus und Maschinen-Stürmer-Gesinnung wie einst bei der Einführung des mechanischen Webstuhls. Die Pharmafirmen wollen mit der Gen-Industrie nur Geschäfte machen, heißt es. Klar wollen sie das, sonst wären sie auch keine guten Geschäftsleute. Aber unbestritten ist auch der Nutzen der neuen Pflanzensorten für die Armen und Hungrigen in der Dritten Welt, heute schon fast die Hälfte der Erdbevölkerung, mit steigender Tendenz. Die Anzahl der Hungertoten droht ganze Landstriche zu entvölkern. Der Mais aber ist, neben Reis, die Hauptnahrung der Weltbevölkerung. Er ist bedroht durch Dürren und Schädlinge aller Art. Gen-veränderter Mais ist weniger anfällig gegen Pilze und Bakterien und braucht nicht so viel Wasser. Der Ernteertrag ist höher und der Mais – und das damit ernährte Vieh – billiger. Der Hunger in der Welt könnte durch gen-veränderte Pflanzen – vielleicht – gestoppt werden. Sonst vermutlich nie.

> Erst mutierte Gene haben die Zivilisation möglich gemacht

Aber, Moment mal! Das alles spräche ja für Gen-Technik! Hunger, Elend und Krankheiten ließen sich so ein für allemal beseitigen. Wo also bleibt die Solidarität mit den Hungernden der Welt? Die grüne Basis und die grünen Fundis ticken anders, träumen von der Unberührtheit der Natur, der Wiederkehr des Goldenen Zeitalters. Milch, direkt vom Bauernhof, Brot aus Dinkel, handgemahlen, selbstgebacken. Mein Freund, der Baum. Aber eins ist sicher: Wenn sie selbst an Aids erkrankt sind, würden sie auch ein wirksames Medikament gegen Aids nehmen und wenn es zehnmal gen-manipuliert ist. Und wenn sie Krebs haben oder das Herz kaspert und es ist gerade ein wirksames, gen-manipuliertes Mittel auf den Markt gekommen, das die Selbstzerstörung der Zellen aufhält? Oder eine neue Herzklappe aus Stammzellen? Hand aufs Herz! Da hat nun einer sein Leben lang jedes kleinste Gummibärchen auf gen-manipulierte Zusätze untersuchen lassen und alle Verpackungen mit Warnhinweisen überzogen, und am Ende kriegt er ein Herz eingepflanzt, das gentechnisch aus Stammzellen von Mäusen gezüchtet worden ist. Vergesst es und lebt, Revolutionäre!

Und mehr Kinder in Deutschland? Mehr Kinder und gesunde Kinder durch Gen-Veränderung? Technisch durchaus machbar. Ernährbar auch. Doch klingeln da sofort alle Alarmglocken. Keine behinderten Embryos mehr, nur noch gesunde Babys? Das wäre ja – Züchtung, Rassismus, Menschenfeindlichkeit. Doch wenn die Sorge um ein gesundes Baby so ganz überflüssig wäre, warum machen denn heute fast alle Mütter schon ab dem zweiten Monat der Schwangerschaft den Ultraschall-Test und strahlen vor Freude, wenn der Embryo gesund ist? Man sieht, die grünen Gen-Kritiker und ihre Freunde in der Union haben Schwierigkeiten mit ihrem eigenen Weltbild. Es ist genau wie mit den von der Wissenschaft gezüchteten Ersatzteilen und den Monstern. Einige fürchten die Zukunftsgesellschaft à la Frankenstein. Am nächsten Tag fordern sie Frankenstein auf Krankenschein.

Bitte beachten Sie auch Röhls Internetseite www.klausrainerroehl.de.

Die Muskeln spielen lassen

Anatomie und Kunst: Eine Ausstellung in Gotha geht unter die Haut

Bilder und Skulpturen illustrieren die Geschichte der medizinischen Anatomie und den Einfluss der Medizin auf die künstlerische Darstellung des Menschen. Zu sehen ist das nun in einer Ausstellung in Gotha.

Reichlich makaber lässt eine von Jean-Antoine Houdon 1767 geschaffene Skulptur die Muskeln spielen. Damit diese gut studiert werden können, ist dem lebensgroßen Muskelmann nämlich die Haut abgezogen. Um dieses Meisterwerk zu formen, hatte der Bildhauer Anatomieunterricht bei einem berühmten Chirurgen und Leichenöffner genommen. Alles überragend, steht der Enthäutete hoch aufgesockelt in der Mittelachse des Wechselausstellungssaals von Schloss Friedenstein in Gotha. Mit vorgestreckter Hand scheint Houdins berühmtes Glanzstück der Anatomie und Kunst gewidmeten Schau seinen Segen zu erteilen. Rund 150 Bilder und Skulpturen, wissenschaftliche Instrumente und anatomische Präparate des 16. bis 19. Jahrhunderts sind aufgeboten.

Das Sezieren von Leichen war im Mittelalter verboten

Im Mittelalter hatte der Klerus das Sezieren von Leichen verboten, da es die unversehrte Auferstehung des Fleisches gefährde. Im 15. Jahrhundert jedoch erteilten die Päpste Sixtus IV. und Clemens VII. deratigen anatomischen Studien ihre Erlaubnis. Bedeutendster Pionier der wissenschaftlichen Sektion war Andreas Vesalius, der in Padua einen Lehrstuhl für Chirurgie besaß. Sein 1543 erschienenes anatomisches Lehrbuch ist mit Holzschnitten illustriert, die Mitarbeitern von Tizian zugeschrieben werden. Dazu erklärt Ausstellungskuratorin Uta Wallenstein: „In der Frühzeit der modernen Anatomie gab es eine sehr enge Zusam-menarbeit von Anatomen und Künstlern, die oftmals selbst intensive anatomische Forschungen betrieben.“

Rund um das Lehrbuch von Vesalius wartet die Schau zum Auftakt mit anatomischen Modellen und Präparaten auf. Äußerst kunstvoll nehmen sich die drei von Stephan Zick geschaffenen Elfenbeinstatuetten einer liegenden schwangeren Frau (um 1875) aus, deren Brustkorb und Bauch zur Betrachtung des Innenlebens abnehmbar sind. Das lebensgroße Wachsmodell eines Rumpfes (18. Jh.), im Auftrag von Kaiser Joseph II. in Florenz hergestellt, lädt zum Studium der Schlagadern ein. Eindrucksvoller noch – und eine große Rarität obendrein – ist das in Paris angefertigte und 1723 für die Herzogliche Sammlung von Gotha erworbene anatomische Trockenpräparat der Muskulatur eines Mädchens. Dass das Öffnen von Leichen zeitweise ein öffentliches Ereignis war, veranschaulicht uns die Abteilung „Anatomisches Theater“. Diese auch „Zergliederungshaus“ genannten Einrichtungen wiesen nach dem Vorbild des Amphitheaters ansteigende Zuschauerränge auf. In der Mitte stand auf der Schaubühne der Seziertisch. Dem Kupferstich (um 1590) nach zu urteilen, der das Anatomische Theater von Leiden zeigt, müssen die Sektionen eine ziemlich gruselige Veranstaltung gewesen sein. Zur dargestellten Ausstattung gehören Knochenmänner, die auf Pferdeskeletten reiten. Und zwischen den Besuchern stehen auf Podesten menschliche Skelette, die Fahnenstangen halten. Die Aufschriften der Fahnen mahnen zur Demut eingedenk der Endlichkeit des Lebens. Auf einer steht „Homo Bulla – der Mensch ist wie eine Seifenblase“. Auf einer anderen heißt es „Memento Mori – Gedenke des Sterbens“.


Jean-Antoine Houdon: Sein Muskelmann posiert wie eine antike Statue, allerdings ohne Haut (1767). Bild: Schloss Friedenstein

Die umfangreiche abschließende Sektion ist dem Verhältnis von Anatomie und Kunst gewidmet. Pietro Francesco Albertis Radierung „Malerakademie“ (Anfang 17. Jh.) zeigt, dass das Studium des menschlichen Körpers zu den Grundlagen der künstlerischen Ausbildung gehörte. Albertis Malerakademie ist mit Gipsabgüssen als vorbildlich erachteter antiker Statuen, aber auch mit einem Skelett ausgestattet – und rechts im Hintergrund wird unter den Augen der Kunstschüler eine Leichenöffnung vorgenommen. Ein beliebtes Studienmodell waren auch Gliederpuppen. Zwei kleine Prachtexemplare sind ausgestellt. Der im Umkreis des Meisters IP aus Lindenholz geschaffene Gliedermann und seine Frau (um 1525) können dank Kugelgelenken und einem Mechanismus aus Darmsaiten so ziemlich alles an sich, ja selbst die Fingerspitzen und Zehen bewegen.

Die künstlerischen Früchte der gründlichen anatomischen Studien sind rund um Houdons Muskelmann aus Gips zu bewundern, der wie eine antike Statue posiert – aber eben ohne Haut. So hält es auch Gabriel Grupello, der in Bronze das Martyrium des heiligen Bartholomäus anatomisch exakt wiedergibt: Wehklagend präsentiert die Skulptur (um 1710) des Heiligen in der rechten Faust die ihm abgezogene Haut.

Darstellung des Menschen – anmutig oder gruselig

Andere Darstellungen zeigen den unversehrten Menschen. So wartet Albrecht Dürer mit seinem berühmten Kupferstich von „Adam und Eva“ (1504) auf. Auch Conrat Meit hat sich des ersten Menschenpaares angenommen: An seinen beiden anmutigen Holzstatuetten (um 1510) fasziniert die mit sinnlicher Note versehene detailliert Wiedergabe der Körperoberfläche.

Veit-Mario Thiede

Die Ausstellung „Anatomie“ ist bis 24. Oktober dienstags bis sonntags von 10 bis 17 Uhr in Schloss Friedenstein, Gotha, zu sehen. Der Katalog aus dem Deutschen Kunstverlag kostet in der Ausstellung 19,80 Euro, im Buchhandel 24,90 Euro.

In Kürze

Mensch begegnet Figur

Vier zeitgenössische Bildhauer zeigen im Bremer Gerhard-Marcks-Haus, wie figürliche Bildhauerei ihr Publikum direkt berührt. Unter dem Titel „Es geht ans Eingemachte: Mensch begegnet Figur“ erwarten den Besucher überdimensionale Menschendarstellungen, direkte Abbildungen von Körperlichkeit. Die monumentalen sowie lebensgroßen Figuren von Christina Doll, Iris Kettner, Jan Ketelaar und Markus Keuler rufen Mitgefühl, Irritation, aber auch Ablehnung hervor. Sie erinnern an reale Menschen – mit all ihren Schwächen und Stärken sind sie jenseits von gängigen Schönheitsidealen. Sie sind aus Holz, Beton, Stoff oder Eisen, tragen vom wirklichen Menschen abgelegte Kleidung oder nur angedeutete. *PAZ*

Die Ausstellung im Gerhard-Marks-Haus, Am Wall 208, Bremen, ist bis 5. September dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 3,50 /2,50 Euro.

Benefizgala für Kammeroper

Zum zehnten Mal findet am 5. Juli in der Berliner Mercedes-Benz-Niederlassung am Salzufer eine Benefiz-Operngala zugunsten der Kammeroper Schloss Rheinsberg statt (Einlass nur für geladene Gäste). Preisträger aus zwei Jahrzehnten Kammeroper werden ihr Können noch einmal unter Beweis stellen. Mit Arien aus Opern von Mozart, Rossini und Weber danken die mittlerweile renommierten Sänger und Sängerinnen dem Festival, das am Anfang ihrer Karriere stand. Es spielt das Deutsche Filmorchester Babelsberg unter der Leitung von Ken-David Masur. *PAZ*

Schinkels Akten

Inventar zeigt nicht nur den Baubeamten

Vor 200 Jahren legte Karl Friedrich Schinkel (1781–1841) seinen Amtseid als preußischer Baubeamter ab. Aus diesem Anlass veröffentlichte das Geheime Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz ein Inventar zu Schinkels Akten. Seine mehr als 30-jährige Tätigkeit als preußischer Baubeamter ist nun erstmals zusammenhängend erschlossen.

Mehr als 900 Akten werden darin analysiert und auf Schinkelrelevante Vorgänge hin erschlossen. Sie spiegeln nicht nur Schinkels Einfluss in Kunst und Architektur, sondern zeigen zudem, wie gezielt er die damals in der preußischen Bauverwaltung neu eingeführten administrativen Instrumentarien als Technik für Informationsgewinnung und -vermittlung einzusetzen verstand. Bauästhetische und bautechnische Probleme beschäftigten Schinkel ebenso wie Überlegungen zur Architektenausbildung, zur Denkmalpflege oder zum Straßenbau. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, der findet auch den Menschen Schinkel in diesem Inventar. Seine Handschrift war im Alter und bedingt durch Krankheit immer schlechter zu entziffern, so dass er „um Verzeihung wegen der Krizelei meiner schwachen Hand“ bat. Dennoch war er immer zur Stelle und erfüllte als Preuße seine Pflichten, obwohl ihm das bereits früher Schwierigkeiten bereitete und er König Friedrich Wilhelm III. wiederholt um Entlassung aus dem verantwortungsvollen Amt bat. Als dieser völlig entnervt eines Tages auf die Bitte seines obersten Baubeamten einging und Schinkel ein wenig entlasten wollte, zog dieser seine Bitte schnellstens zurück. – Zum Wohl von Preußens Baukunst. *os*


Karl Friedrich Schinkel: Festdekoration für die Bauten an der Berliner Opernbrücke (Feder, 1814) Foto: Geheimes Staatsarchiv

***Schinkels Akten. Ein Inventar**, bearbeitet von Reinhart Strecke unter Mitarbeit von Hans-Joachim Nossol, Angelika Sell und Rainer Trommer, Berlin 2010, XXXIX und 416 Seiten, gebunden, 23 Euro*

Ein Geschenk zum Geburtstag

Jan Kollwitz stellt im Kölner Käthe-Kollwitz-Museum japanische Keramik aus

Der Keramiker Jan Kollwitz – Urenkel der Grafikerin und Bildhauerin Käthe Kollwitz, der in Köln ein eigenes Museum gewidmet ist – präsentiert zum 25-jährigen Bestehen des Museums und zu seinem eigenen 50. Geburtstag in traditioneller japanischer Technik hergestellte Arbeiten aus seiner Werkstatt. Belastet ihn der Name? Steht er unter Erfolgsdruck? fragte ihn die *PAZ*. Der Künstler

Tagebücher der Urgroßmutter gelesen

lächelt bescheiden. „Ach nein, mit 15 hatte ich kein rechtes Verhältnis zu ihr. Dann aber habe ich ihre Tagebücher gelesen und jetzt bin ich stolz, ihren Namen zu tragen.“ 1960 wurde Jan in Berlin als Sohn von Arne Kollwitz geboren. Einer Ausbildung als Schauspieler folgte ein Aufenthalt in Kanada, wo er ein halbes Jahr lang bei einem Kunsttischler arbeitete. Anschließend nahm er eine Ausbildung als Keramiker auf.

Das Arbeiten mit Ton lag ihm mehr als das Hantieren mit Sägen und Holz. In Kandern, im südlichen Schwarzwald gelegen, fand er in Horst Kerstan seinen Meister. Von japanischer Keramik fasziniert, übertrug dieser seine Begeisterung auf Jan Kollwitz. Es war ein weiter Weg bis zu den heute in Köln ausgestellten Werken. Zwei Jahre lebte, lernte und arbeitete Jan Kollwitz in Japan, eine Zeit, die ihn zweifellos geprägt hat und die er nicht missen möchte. Es war die traditionelle japanische Keramik, die Kollwitz für sein eigenes künstlerisches Schaffen schließlich als Ausgangspunkt nahm. So findet man in seiner Keramik die traditionellen Formen der japanischen Keramik – Schalen, Vorratsgefäße und Vasen mit engem Hals zum Beispiel, gezeichnet vom Feuer und Holzascheflug.


Foto: Götz Wrage, Kollwitz-Museum
Jan Kollwitz: Von japanischer Keramik beeinflusst

In Köln werden zarte Schalen für Ikebana zu sehen sein, aber auch kraftvolle, asymmetrische Gefäße und Bodenvasen der Echizen-Tradition. Farben und Glanz auf den Keramiken entstanden während des vier Tage dauernden Brandes in seinem originalen Anagama-Holzbrennofen. Der traditionelle Holzbrand, eine Technik, die seit Jahrhunderten in Japan professionell ausgeübt wird, hatte es Kollwitz angetan.

Ihm gelang es, den damals 71-jährigen Ofenbaumeister Tatsuo Watanabe zu bewegen, einen Anagama-Ofen zu bauen – nicht irgendwo in Japan, sondern im schleswig-holsteinischen Klosterdorf Cismar, wo Jan Kollwitz seit 1988 im ehemaligen Pastorat lebt und arbeitet. Der Ofen, ein etwa drei mal vier Meter großes Ziegel-Schamottstein-Gewölbe, wird zweimal im Jahr in Betrieb gesetzt und mit trockenen Kiefernscheiten beheizt, die sich hoch um den Ofen unter einem nach allen Seiten offenen Dach türmen. Vorher hat der Künstler rund vier Monate lange seine Gefäße geformt; fünf Tage lang dauert es, um etwa 200 Gefäße im Ofen zu platzieren. Dabei weiß Kollwitz genau, an

Spezielle Technik bewirkt Färbungen

welcher Stelle des Ofens welche Farben und Glasuren entstehen können. Die Flugasche verschmilzt bei dieser Technik auf den Gefäßen zu einer natürlichen Glasur. Rauch, Flammen und Glutkohle hinterlassen graue, rote und tiefblaue Färbungen. Je nachdem, wo die Keramiken im Ofen platziert sind, variieren die Farben von einem tiefen, klaren Grün bis zu einem hellen Beige.

Silke Osman

Die Ausstellung im Käthe Kollwitz-Museum Köln, Neumarkt 18-24, ist vom 8. bis 18. Juli dienstags bis freitags von 10 bis 18 Uhr, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 3/1,50 Euro.

Der Mann mit den Radzähnen

Jeder kennt die Marke Citroën und ihr „zackiges“ Logo, zwei Zähne eines winkelverzahnten Zahnrades. Letzteres verdankt die Welt einer Polenreise André Citroëns. 1900 besuchte der am 5. Februar 1878 in Paris geborene Sohn eines gutsituierten jüdisch-niederländischen Juweliers im Heimatland seiner Mutter seine Schwester Jeanne und ihren Ehemann. Dank seines Schwagers lernte er bei der Gelegenheit im zirka 100 Kilometer südwestlich von Warschau gelegenen Glowno einen kleinen Industriebetrieb kennen, der Winkelzahnräder aus Metall herstellte, welche üblicherweise aus Holz gefertigt wurden. Kurzerhand erwarb er dieses Patent.

Nach der Ableistung des Militärdienstes nutzte er das Patent und gründete 1905 mit drei Partnern ein Unternehmen zur Herstellung von Zahnrädern für die Textilindustrie. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges erkannte André Citroën als Soldat schnell den bis dahin unbekannten Munitionsbedarf des modernen Abnutzungskrieges und wurde freigestellt, um in Paris eine Fabrik für Granaten zu errichten und zu betreiben.

Nach dem Krieg stellte er die Produktion auf eine Ware um, die er bereits vor dem Kriege näher kennengelernt hatte. Auf Vermittlung seines Verwandten Paul Haarbleicher hatte er von 1908 bis 1913 als Sanierer beim französischen Automobilhersteller Mors gearbeitet. Dabei hatte er 1912 auch Ford mit seiner Fließbandfertigung in den USA besucht. Nun baute er ab 1919 selber Autos. Schnell wurden Halbkettenfahrzeuge eine ganz besondere Spezialität Citroëns. Werbeträchtig schickte er sie auf ausgiebige, exotische Expeditionen. Mit seinen modernen Modellen entwickelte sich Citroën zum erfolgreichsten Autohersteller des Kontinents. Bis 1929 kletterte die Jahresproduktion auf 102 891 Fahrzeuge. Dieser Erfolg ließ André Citroën die Bedeutung und Folgen der Weltwirtschaftskrise unterschätzen und zu spät reagieren. Aber nicht nur das bewirkte sein späteres Scheitern.



André Citroën Bild: Archiv

Wie so viele Ingenieure, die Unternehmer wurden, überforderte er seinen Betrieb mit der Entwicklung eines für die eigenen finanziellen Kapazitäten technisch zu anspruchsvollen Produktes. In diesem Falle war es der ebenso legendäre wie innovative „Traction Avant“. Dieses erste Automobil mit Frontantrieb erreichte als „Gangsterlimousine“ schließlich Kultstatus. Aber da hatten die hohen Entwicklungskosten Citroën bereits ruiniert. Neuer Besitzer des (Lebens-)Werkes André Citroëns wurde der größte Gläubiger, der Reifenzulieferer Michelin. Innerlich gebrochen starb André Citroën einige Monate nach der Bankrotterklärung vom Dezember 1934 am 3. Juli 1935 an Magenkrebs. *M.R.*

Jeder Jude ist »potenzieller Israeli«

Das »Rückkehr-Gesetz« erleichterte die Einwanderung und verschärfte den Nahostkonflikt

„Jeder Jude hat ein Recht, in dieses Land zu kommen als ein Oleh (Einwanderer nach Israel, wörtlich: Aufsteiger), außer er ist involviert in Aktivitäten gegen das jüdische Volk oder ist eine Gefahr für die öffentliche Gesundheit oder die Sicherheit des Staates.“

So steht es im israelischen „Rückkehr-Gesetz“ („Chok Ha Schwut“). Eine Ergänzung definiert: „Jude ist eine Person, die von einer jüdischen Mutter geboren wurde oder zum Judaismus übergetreten und nicht Mitglied einer anderen Religion ist.“ Vor 60 Jahren, am 5. Juli 1950, passierte dieses Gesetz die Knesset, das israelische Parlament.

Das Gesetz war ein Markstein für den am 14. Mai 1948 ausgerufenen Staat Israel, um auf dem Boden des ehemaligen britischen Mandatsgebietes Palästina genügend Siedler zu bekommen zur Festigung eines jüdisch-nationalen Staates. Denn Israel sollte für die unterdrückten Juden in der „Diaspora“, das heißt praktisch überall außerhalb von Palästina, zu ihrem Nationalstaat werden. Das war das Programm des von dem Wiener Literaten Theodor Herzl um die Jahrhundertwende begründeten „Zionismus“. Damit hatten auch die Juden die Phase des Nationalismus säkularer Ausprägung erreicht, der damals in Europa herrschte.

Es gab aber auch eine religiöse Grundlegung, die sich mit dem Zionismus in der Praxis vertrug. Denn Gott hatte ausweislich 1. Buch Moses, Kap. 15, Verse 18-21, mit Urvater Abraham einen Bund geschlossen: „Deinen Nachkommen gebe ich dieses Land vom Grenzbach Ägyptens bis zum großen Strom, dem Euphrat, das Land der Keniter, der Kerasiter, Kadmoniter, Hetiter, Perisiter, Rafaiter, Amoriter, Kanaaniter, Girgaschiter, Hiwiter und Jebusiter.“ Gottes Wort ist wahr, und es steht ewig, sonst wäre es nicht Gottes Wort, auch wenn die Grenzen des „Verheißenen Landes“ („Eretz Israel“) diejenigen des Mandatsgebietes Palästina erheblich überschreiten.

Die Juden kehrten, von Herzl und dem Alten Testament motiviert, in ihre Heimat zurück, um sie in Nachahmung von Moses und den Richtern erneut zu erobern.

Die organisierte Einwanderung begann schon um die Wende zum 20. Jahrhundert, und mit ihr die teilweise blutige Auseinandersetzung mit den arabisch-stämmigen Siedlern, die seit Jahrhunderten vor Ort saßen und begreiflicherweise ihre Verdrängung befürchteten. Sofort nach der Proklamation des Staates Israel brach ein Krieg zwischen den arabischen Staaten der Umgebung hier und den Neuankömmlingen dort, aus. Opfer von Flucht und Vertreibung wurden in dessen Verlauf etwa 750 000 Araber aus Palästina, aber auch mehrere hunderttausend Juden aus arabischen Ländern. 150 000 Araber blieben im Staat Israel (ohne Ostjerusalem), der sich behauptete.

Im siegreichen „Sechs-Tage-Krieg“ (Juni 1967) eroberten die Israelis den größten Teil dessen, was ihnen vom biblischen „Eretz Israel“ noch fehlte: Die „West Bank“, das heißt das Land zwischen Jordan und Jerusalem, nahmen sie dem Königreich Jordanien ab, den Gaza-Streifen und die Sinai-Halbinsel den Ägyptern und die Golan-Höhen am See Genezareth der Arabischen Republik Syrien. 1980 wurde die Altstadt Jerusalems mit Umland einseitig annektiert, 1981 geschah dies auch mit den Golan-Höhen.



Jüdische Einwanderer: Das „Rückkehr-Gesetz“ ebnete ihnen ab 1950 den Weg. Bild: Getty

Schon 1967 begann eine Siedlungsbewegung in die besetzten Gebiete. Hatten dort vorher so gut wie keine Juden gelebt, so waren es 2006 immerhin schon 484 562. Doch auch die arabische Bevölkerung stieg kräftig an: von 597 000 (1967) auf 2,3 Millionen (2004). Die Organisation „Peace Now“, die „israelischen Pazifisten für palästinensische Selbstbestimmung in den Grenzen von 1967“, hat von 2006 auf 2007 ein Anwachsen der Siedler um 5,8 Prozent festgestellt.

Der Gaza-Streifen wurde zwar 2005 geräumt und die dortigen jü-



dischen Siedlungen wurden aufgelöst, doch die fortdauernden Besetzungen und die Siedlungsaktivität in Ost-Jerusalem und dem Westjordanland widersprechen dem internationalen Recht. Denn bereits die UN-Resolution Nr. 242 vom 22. November 1967 hat den Abzug aus den besetzten Gebieten gefordert, und einseitige Annexionen gelten allgemein als völkerrechtswidrig. Nach der Haager Landkriegsordnung von 1907 und der diese präzisierenden Vierten Genfer Konvention von 1949 darf der Besatzer im besetzten Gebiet die demographischen Verhältnisse nicht ändern, etwa indem er Teile der eigenen Zivilbevölkerung dort angesiedelt.

Es ist klar, dass diese fortgesetzten Praktiken eines der Haupthindernisse für das Zustandekommen eines Ausgleichs zwischen Israelis und Palästinensern ist. Denn letzteren steht das Selbstbestimmungsrecht in ihrem Heimatland zu (UN-Resolution Nr. 59/179 vom 20. Dezember 2004). Aber einen ihnen deswegen zustehenden Staat oder ein staatsähnliches, autonomes Gebilde könnten sie auch wegen der Zerreißung ihres Gebietes durch den jüdischen Siedlungskorridor von Ost-Jerusalem nach Jericho und die „Sprenkelung“ der Landkarte mit jüdischen Siedlungs-Inseln in der West Bank nicht errichten.

Es fehlt den israelischen Offiziellen nicht an Argumenten für die Einschnürung, in der sie ihre arabischen Nicht-Staatsbürger halten. Angefangen von der formalen Behauptung, Israel sei gar keine „Besatzungsmacht“, denn die in der West Bank vom Königreich Jordanien bis 1967 ausgeübte Autorität sei keine legitime Staatsgewalt gewesen, da Jordanien dieses Gebiet 1950 einseitig annektiert habe – bis hin zu der elementaren Angst, ein Palästinenser-Staat wäre ja doch nur das Sprungbrett für islamistische Terroristen, die den Staat der Juden vernichten wollen. *Bernd Rill*

Seiner Zeit voraus

Der Einzelgänger, Monarchist und Visionär Jean Raspail wird 85

Die Zeit scheint gegen Jean Raspail zu laufen. Als sein 1990 erschienener Roman „Sire“ 2006 ins Deutsche übersetzt wurde, war die darin geschilderte Utopie bereits vom Kalender überholt – die Handlung spielt nämlich im Jahre 1999. Als sein bekanntestes Werk „Das Heerlager der Heiligen“ hierzulande 2005 einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht wurde, war die Handlung von der Wirklichkeit eingeholt. Tatsächlich hieß der neue Papst – wie von Raspail 1973 vorhergesehen – Benedikt XVI. und Europa stand einem Ansturm zahlloser Flüchtlinge aus der „Dritten Welt“ gegenüber. Es war nämlich das Jahr, da sich die Berichte über Flüchtlingsströme aus Afrika mehrten und täglich dramatische Bilder elender, an den südlichen Küsten Europas gestrandeter Flüchtlingsboote um die Welt gingen. Lorenz Jäger bescheinigte in der „Frankfurter Allgemeinen“ Raspails Werk eine „dramatische Aktualität“ und bedauerte, dass die Erstauflage des Buches, das bis dahin ohnehin nur bei einem kleinen, eingeschworenen Kreis Beachtung fand, seit langem vergriffen ist.

Raspail entwirft in seinem Roman eine Vision, in der eine Million Hindus mit Schiffen und Booten über das Meer kommen und in Südfrankreich anlaufen. Die Invasion erfolgt größtenteils friedlich und ohne Waffen. Eine Gegenwehr der Einheimischen scheitert allerdings zum einen an der schieren Überzahl der Gestrandeten, zum anderen an dem mangelnden Willen, sich den Invasoren entgegen zu stellen. Der



Jean Raspail Bild: Archiv

Ansturm der Parias stärkt nicht die Kampfbereitschaft, sondern das Mitleid.

Raspail wurde zum frühen Mahner einer unbegrenzten Einwanderung nach Europa. Seine warnenden Rufe wurden jedoch missachtet, seiner apokalyptischen Vision – obwohl sich „Das Heerlager der Heiligen“ mit einer Gesamtauflage von über zwei Millionen zu einem Bestseller entwickelte – jeglicher Realitätssinn abgesprochen.

Politisch war Raspail niemals aktiv, doch steht er auch mit seinen gelegentlich geäußerten politischen Ansichten auf verlorenem – oder besser gesagt: zeitlich überholtem – Posten. Raspail bezeichnet sich als Monarchisten, als letzten Monarchisten. Auch in seinen Romanen stellt er mehrmals einem gescheiterten Liberalismus die Wiederherstellung des Königtums als Alternative entgegen.

Am 5. Juli wird der in der Nähe von Tours geborene Jean Raspail 85 Jahre alt. Nur ein Bruchteil seines über 30 Romane, Essays und Reiseberichte umfassenden Gesamtwerkes ist bislang ins Deutsche oder ins Englische übersetzt worden. Zahlreiche renommierte Preise und Auszeichnungen, die Raspail zuteilwurden – um nur die wichtigsten zu nennen: 1992 der Grand Prix du roman de la ville de Paris, 2003 der Große Literaturpreis der Académie française –, bürgen für Qualität und Anspruch. Zumindest dieser eine Kampf gegen die Zeit ist noch nicht verloren: Noch besteht nämlich die Möglichkeit, sein Werk auch zu seinen Lebzeiten einem Publikum außerhalb Frankreichs vorzustellen. *Daniel Napiorkowski*

»Vorbild« Ostberlin

DDR verzichtete bereits 1950 auf den Osten

Nicht von ungefähr wird in der um die DDR erweiterten Bundesrepublik eine Tendenz zur DDR light beklagt. Auch mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze wandelt die Bundesrepublik auf den Spuren der DDR. Nur, dass das Original vier Jahrzehnte schneller war.

Nach vorausgegangenem Druck vom „großen Bruder“ aus Moskau sowie der Unterzeichnung einer entsprechenden Deklaration durch eine DDR-Delegation unter Führung des SED-Chefs Walter Ulbricht einen Monat zuvor unterzeichneten am 6. Juli 1950 der DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl und der polnische Regierungschef Józef Cyrankiewicz das Görlitzer Abkommen, auch Görlitzer Grenzvertrag genannt. In Vollmacht ihrer Präsidenten stellten die Unterzeichner „übereinstimmend fest, dass die festgelegte und bestehende Grenze, die von der Ostsee entlang der Linie westlich von der Ortschaft Swinoujscie und von dort entlang dem Fluss Oder bis zur Einmündung der Lausitzer Neiße und die Lausitzer Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, die Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen bildet“.

> Wie weit gehen die Parallelen?

Damals wurde diese Grenzregelung noch von den USA und Großbritannien abgelehnt. Und die Bundesregierung erklärte sie für „null und nichtig“. Sie berief sich darauf, dass die Entscheidung über die polnisch und sowjetisch verwalteten deutschen Ostgebiete erst in einem späteren Friedensvertrag gefällt werden durfte. Die Konsequenzen dieser Ablehnung hielten sich allerdings in Grenzen, da der faktische Einfluss der Westalliierten und der Bundesregierung Richtung Osten kaum über die Elbe hinausreichte.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Lagers war die Lage gleich in zweifacher Hinsicht anders. Die Bundesrepublik wurde Nachbar Polens und Polen Verbündeter der Westalliierten. Bundesrepublik und Polen wurden Mitglieder eines Lagers, der westlichen Wertegemeinschaft. Wie die Bundesrepublik wurde auch Polen Nato- und EU-Mitglied. 1990 verhielt sich die Bundesregierung wie weiland die DDR-Regierung. Dabei sei dahingestellt, inwieweit auch diesmal ein „großer Bruder“ seinen Einfluss geltend gemacht hat. Mit Jubel verzichtete Bonn wie einst Ostberlin auf Ostdeutschland. *Manuel Ruoff*

Brandenburg – katholisch und geteilt

Mit Joachim I. starb 1535 eine der schillerndsten Figuren an der Spitze der Kurmark

Kurfürst Joachim I. regierte von 1499 bis 1535 die Mark Brandenburg. Der vielseitig interessierte und bis zur Rücksichtslosigkeit entschlossene Hohenzoller gründete die erste brandenburgische Landesuniversität und war ein militanter Streiter für den Katholizismus. Er schuf ein einheitliches Erbrecht, verstieß aber selber gegen das von seinem Großvater Albrecht Achilles aufgestellte Hausgesetz, was zur Teilung Brandenburgs nach seinem Tode führte.

Am 11. Juli 1535 ging es mit Joachim I. zu Ende. Im altmärkischen Stendal, das damals zu Brandenburg gehörte, tat der Kurfürst seinen letzten Atemzug. Der Tod kam für alle ziemlich überraschend. Denn 51 Jahre waren auch in der frühen Neuzeit für einen Fürsten kein allzu langes Leben.

Joachim selbst hatte allerdings schon fast auf den Tag genau zehn Jahre zuvor mit dem Tod gerechnet. Sein Hofastrologe prophezeite nämlich für den 15. Juli 1525 sintflutartige Regenfälle. Es würde so viel Regen vom Himmel kommen, dass die gesamte Mark Brandenburg im Wasser versinke, offenbarte das Horoskop. Menschen und Vieh müssten ertrinken, Stadt und Dörfer könnten in den Fluten verschwinden. Weil zum „Arche Noah"-Zimmern keine Zeit blieb, ließ Joachim alles Wertvolle in Körbe und Truhen packen und flüchtete samt Familie und Hofstaat auf den Tempelhofer Berg, dem heutigen Kreuzberg. 72 Meter hoch und damals noch weit vor den Toren der Stadt gelegen. Ein heftiger Landregen kam, der befürchtete Weltuntergang blieb jedoch aus. Man kehrte zurück ins Schloss. Doch kaum war die Spree erreicht, da begann ein mächtiges Gewitter. Ein Blitz fuhr mitten in die Wagenkolonne und ein Kutscher wurde tödlich getroffen. „Sunsten hat das Wetter keinen Schaden mehr gethan", hielt ein unbekannter Chronist fest.

Für Joachim war das gewiss eine Strafe des Himmels für die unzähligen sündhaften Verfehlungen der Menschen. Möglicherweise dachte dabei der Fürst an die aufsässigen Bauern in Thüringen. Die hatten im Frühjahr 1525 zu den Waffen gegriffen und sich gegen ihre Herren aufgelehnt. So manches Kloster und so manche Burg war in Flammen aufgegangen, bevor die Bauern vor Frankenhausen eine vernichtende Niederlage hinnehmen mussten.

Und dann war da noch dieser ehemalige Mönch namens Martin Luther, der 1517 zu Wittenberg mit seinen 95 Thesen dem Papst und der gesamten katholischen Kirche den Kampf angesagt hatte. Luthers Ideen verbreiteten sich auch in Brandenburg wie ein Lauffeuer unter allen Ständen. Selbst Joachims Eheweib, eine dänische Prinzesssin, war Protestantin geworden. Woraufhin Joachim von seinen Rechtsgelehrten wissen wollte, ob das ausreiche, seine Frau einmauern zu lassen. Für die Kurfürstin Grund genug, nach Sachsen zu fliehen.

Eine der positiven Seiten Joachims I.: Strafgericht des Kurfürsten gegen Raubritter Bild: pa

Als „Joachim Nestor" ist der Fürst in die brandenburgische Geschichte eingegangen. Als Gründer der Universität Frankfurt an der Oder, der Alma Mater Viadrina. 1527 setzte er in seinen Landen ein einheitliches Erbrecht in Kraft, die Constitutio Joachimica. Wie er überhaupt überall verbindliche Rechtsorgane installierte. Das hielt ihn aber 1503 nicht davon ab, die jüdische Bevölkerung aus dem Land zu vertreiben. Mit seiner Duldung verurteilte das Berliner Hochgericht 1510 mehr als 30 Juden zum Tode auf dem Scheiterhaufen.

Ungewöhnlich jung war Joachim zu kurfürstlichen Würden gekommen. Schon mit 15 Jahren übernimmt er die Regierung, anfangs gemeinsam mit seinem zehnjährigen Bruder Albrecht. Der jüngere der beiden schlägt später die Kirchenlaufbahn ein, wird Erzbischof von Magdeburg und Mainz. Als Mainzer Kirchenoberhaupt gehört er ebenfalls zu den Kurfürsten des Reiches. Damit verfügen die brandenburgischen Hohenzollern gleich über zwei Stimmen bei Kaiserwahlen. Das bedeutete eine beträchtliche Machtzunahme für das damals noch völlig unterschätzte Land.

Zu Beginn seiner Regentschaft muss sich Joachim zunächst gegen den oppositionellen Adel durchsetzen. Mit harten Bandagen bekämpft er das Raubrittertum. Zwischen Bodensee und Rügen erhitzt es die Gemüter der gehobenen Stände, als er 1506 70 Wegelager hinrichten lässt, darunter 40 von Adel.

In die Geschichte eingegangen ist die Morddrohung, die damals ein Ritter von Otterstädt mit Kreide an die fürstliche Schlafzimmertür geschrieben haben soll: „Jochimken, Jochimken, hyde dy, Fange wy dy, dann hange wy dy." Otterstädt wurde des Hochverrates beschuldigt, zum Tode verurteilt und gevierteilt.

Dagegen ist der Kurfürst allerdings 1535 eines natürlichen Todes gestorben. Ein Jahr zuvor hatte er per Testament seinen Erben aufgetragen, bis auf alle Ewigkeit am katholischen Glauben festzuhalten. Doch schon zwei Jahre später wird dieser Teil seines letzten Willens missachtet und der lutherische Glaube in Brandenburg offiziell eingeführt.

Was allerdings weitaus mehr überraschte, war seine Verfügung, Brandenburg zu teilen, und das entgegen dem Hausgesetz der Hohenzollern. So musste Joachims I. älterer Sohn, Joachim II., seinem Bruder, dem Markgrafen von Brandenburg-Küstrin Johann, aus dem väterlichen Nachlass fast die gesamte Neumark und Teile der Niederlausitz überlassen. Beide Brüder starben 1571 innerhalb weniger Tage. Da Markgraf Johann ohne männliche Erben blieb, konnte der einzige 1571 noch lebende Sohn Joachims II., Kurfürst Johann Georg, wieder über die gesamte Mark Brandenburg regieren. *Karel Chemnitz*

MELDUNGEN

»Königin Luise« in Ost und West

Ellingen/Leipzig – Anlässlich des russischen Nationalfeiertages am 12. Juni hat das Kulturzentrum Ostpreußen seine zweisprachige deutsch-russische Ausstellung „Königin Luise – zwischen Zar und Imperator" im russischen Generalkonsulat in Leipzig gezeigt. Vermittelt hatte diese Präsentation der Verein „Freunde der Stadt St. Petersburg", der seinen Sitz im thüringischen Ilmenau hat. Die etwa 150 Gäste zeigten sich bei herrlichem Frühsommerwetter sehr interessiert an dem durch die Ausstellung vermittelten bewegenden Kapitel europäischer Geschichte. Seit Anfang Juli wird diese Ausstellung in der deutschen Version im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen gezeigt. Sie ist dort dienstags bis sonntags von 10 bis 12 Uhr und von 13 bis Uhr zu sehen. *PAZ*



Bild: Ellingen

Wolfgang Freyberg vom Kulturzentrum und Generalkonsul Gennadij P. Golub (v.l.)

Hans-Jürgen Heise wird 80

Bublitz – Der im pommerschen Bublitz geborene Schriftsteller Hans-Jürgen Heise, der eigentlich Hans-Jürgen Scheller heißt, vollendet am 6. Juli sein 80 Lebensjahr. Der Schwerpunkt des mit etwa 45 Büchern beachtlichen Werkes liegt auf Lyrik und Kurzprosa. *PAZ*

Deutsche Sendung oder preußischer Staatsegoismus?

Warum Friedrich der Große vor 225 Jahren mit Hannover und Sachsen den Fürstenbund gründete

Auch nach dem siegreichen Ende des Siebenjährigen Krieges (1756–1763), aufgrund dessen er weiterhin im Besitz der Provinz Schlesien blieb, war Friedrich der Große stets vor einem erneuten Angriff Österreichs auf der Hut. Zwar hatten sich die beiden deutschen Großmächte anlässlich der Ersten Polnischen Teilung 1772 zusammen mit Russland auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt; und mit dem Tode Maria Theresias im Jahre 1780, die den Verlust Schlesiens nie verwunden hatte, war eine Persönlichkeit aus dem Kreis der in Europa regierenden Fürsten ausgeschieden, bei der Revanchegelüste nicht ausgeschlossen werden konnten. Andererseits stellte ihr Sohn und Erbe, Kaiser Joseph II. (1741–1790), insofern eine Bedrohung für Preußen dar, als seine Politik, wenn auch nicht direkt auf Schlesien, so doch auf eine Vergrößerung seiner Macht im Reich abzielte.

Bereits als der Kurfürst von Bayern im Jahre 1777 gestorben war, hatte Friedrich sich zur Truppenmobilisierung genötigt gesehen, im Angesicht des Dranges des österreichischen Mitregenten, sich Teile von Bayern unter den Nagel zu reißen. Der Bayerische Erbfolgekrieg (1778/1779), der aufgrund der menschlichen Politik Maria Theresias und Friedrich des Großen fast gänzlich unblutig verlief, war dem Preußenkönig ein Warnsignal, und er suchte nach einer Möglichkeit, weiteren Expansionsgelüsten des Kaisers von vornherein entgegenzuwirken.

Vor diesem Hintergrund hat man die Anstrengungen des Preußenkönigs zur Gründung eines deutschen Fürstenbundes häufig als ein rein an den Partikularinteressen Preußens orientiertes Handeln interpretiert. Das war sicherlich ein Aspekt, der als Nebeneffekt nicht verschwiegen werden darf. Andererseits muss man auch erkennen, dass der Kampf um die Vormachtstellung im Reich zwischen Preußen und Österreich nicht allein auf die beiden konkurrierenden Mächte beschränkt werden konnte. Alle anderen deutschen Staaten, und seien sie noch so klein, sahen sich veranlasst, Position für eine der beiden Staaten zu beziehen. In diesem Ringen um die Vormachtstellung war der Preußenkönig eindeutig phantasievoller und vorausschauender als die österreichische Konkurrenz, denn Friedrich bereitete mit der von ihm initiierten Gründung eines Fürstenbundes die Auseinandersetzung friedlich vor, die dann der Reichskanzler Otto von Bismark (1815–1898) im Jahre 1866 militärisch vollendete.



Bild: Wikipedia

Friedrich II. als Gründer des Fürstenbundes: Allegorie von Bernhard Rode

Am 24. Oktober 1784 übersandte der König an seine Minister Karl Wilhelm Graf Finck von Finckenstein (1717–1800) und Ewald Friedrich von Hertzberg (1725–1795) seine Schrift „Projet de la ligue à former entre les princes d'Allemagne". Darin entwarf er die Vision der Neuinszenierung eines – wie er es in einem Brief vom 1. November 1784 nannte – „Schmalkaldischen" Bundes. Der Schmalkaldische Bund war ein am 27. Februar 1531 geschlossenes Bündnis – allerdings nur evangelischer Fürsten – gegen die Religionspolitik Kaisers Karls V. (1500–1558) gewesen. Friedrich dachte bei seiner Vision eines Fürstenbundes aber an ein Verteidigungsbündnis der Fürsten beider Konfessionen, das jedem Fürsten die Rechte aus der Goldenen Bulle von 1356 gegen einen „herrschsüchtigen und unternehmenden Kaiser" garantiere. Insbesondere wollte er den Reichstag und das Reichsgericht zu Wetzlar stärken und auch die Besetzung kirchlicher Positionen durch den Kaiser hemmen, da dadurch der Kaiser auf den Reichstagen die Reichsverfassung „stückweise vernichte". Er sprach sogar davon, dem Kaiser, wenn es denn nötig sei, ein Heer entgegenzustellen.

Bedenken, die beide Minister unverzüglich erhoben, wollte Friedrich mit Hertzberg erörtern und bat ihn am 1. November 1784 zu sich nach Potsdam. In seiner Ladung machte er deutlich, dass er selbst mit den Fürsten besonders ins persönliche Gespräch (nicht in Person aber durch seine Minister) kommen wolle, da das auch in der Vergangenheit das beste Mittel gewesen sei, zu einer Einigung zu gelangen.

Die Frage, die in der Folgezeit eine Rolle gespielt hat, ob Friedrich damit tatsächlich eine Reichspolitik betrieben habe, oder ob es ihm vielmehr darum gegangen sei, Preußen in der damals bestehenden Isolation neue Bündnispartner zu gewinnen, lässt sich am besten so beantworten, dass hier beide Zielsetzungen, die einander ergänzten, verfolgt wurden.

Am 23. Juli 1785 wurde dann zunächst ein Drei-Kurfürsten-Bund zwischen Preußen, Hannover und Sachsen geschlossen, dem sich bald acht weitere protestantische Reichsfürsten anschlossen. Aber auch der katholische Erzbischof von Mainz, Friedrich Karl Freiherr von Erlach (1719–1802) konnte für den Fürstenbund gewonnen werden. Damit war die Schwelle zum überkonfessionellen Bündnis überschritten. Seine Ziele waren rein defensiver Natur und mit ihm waren keinerlei territoriale Vergrößerungen beabsichtigt. Der Fürstenbund wurde von vielen Bewohnern der deutschen Kleinstaaten in patriotischer Begeisterung aufgenommen. Ob diese Euphorie Vereinigungsimpulse getragen hätte, bleibt offen, denn die Entwicklung seines Projekts hat Friedrich dann nicht mehr beeinflussen können. *Jürgen Ziechmann*

Da die Parteien immer ähnlicher werden, bleiben die Wähler zu Hause

Zu: „Im Chaos bequem gemacht" (Nr. 24)

Bei der jüngsten Landtagswahl in NRW haben fast 41 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimmabgabe verweigert. Warum wohl? Zum einen sind gravierende Unterschiede zwischen den einzelnen „großen" Parteien nicht wahrnehmbar gewesen; zumal ein themenbezogener Wahlkampf ganz und gar fehlte. Zum anderen gibt es eine Vielzahl von Wahlberechtigten, die angesichts der Vorstellung, in ein Wahllokal zu gehen, um dort einen schier unübersichtlich gestalteten Wahlzettel in die Hand gedrückt zu bekommen, um dann noch an einer bestimmten Stelle ein Kreuz zu machen, einfach überfordert sind. Diese Situation schulden wir hauptsächlich dem rapide schwindenden Bildungsniveau vor allem in Nordrhein-Westfalen.

Das nun vorliegende Wahlergebnis lässt vor allem die Grünen machtpolitisch agieren und Forderungen diktieren, weil diese Partei sich als Sieger fühlt, hatten diese doch proportional zur geringen Wahlbeteiligung gesehen scheinbar einen Stimmengewinn zu verzeichnen. Doch das Gesamtergebnis lässt an einer echten „demokratischen" Entscheidung ernste Zweifel aufkommen.

Zu Beginn der letzten Legislaturperiode verbreitete sich eine Aufbruchstimmung in NRW, die jedoch rasch von der politischen Realität eingeholt wurde und in Enttäuschung umschlug. Chancen der Veränderung nach 39-jähriger SPD-Regierung wurden vertan. Stattdessen bemühte man sich in Düsseldorf, ein politisch Mittelinks orientiertes Klima zu etablieren. Also eine Art Fortführung der bisherigen Strategien nur unter anderem Namen?

Ähnlich sieht es im Bund aus. Erwähnen wir einmal mehr die ungeheure Schuldenlast, die der Staatsapparat in einem atemberaubenden Tempo produziert hat, zu der es angeblich keine Alternative gegeben habe. Die Schulden, die aufgenommen wurden, liegen jenseits jeglicher Rechtfertigung, sowohl politisch als auch juristisch, und doch wird uns vorgegaukelt, diese Schulden seien politisch notwendig und demokratisch legitimiert. Sieht es die Bevölkerung jedoch auch so? Wohl kaum; denn, die enormen Anstrengungen, die nun unternommen werden müssen, um die sich auftürmenden Zinsen aufzubringen – lassen wir die Tilgung einmal außen vor –, werden auf die wenigen Leistungserbringer verteilt, die als abhängig Beschäftigte keine Wahl haben, sich diesen erneuten Auflagen zu entziehen. Somit werden ehemals angedachte Steuersenkungspläne in Steuererhöhungsvorhaben umgeschmiedet. Wird dies unter „Gerechtigkeit" verstanden, die viel beschworen durch die Medienlandschaft geistert?

Ilona Dubalski-Westhof, Radevormwald

Flucht vor Europa

Zu: „Europa im Irrsinn" (Nr. 24)

Vor acht Jahren haben wir Deutschland verlassen und schauen seitdem dem Treiben von außen zu; nun werden wir wohl Europa adieu sagen müssen, um weiter außen vor zu bleiben und unseren Kindern eine irgendwo und irgendwie einigermaßen heile Welt zu zeigen. **Christian A. Wittke, Inverness, Schottland**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Boykottierten die Wahl: Gut 40 Prozent der Nordrhein-Westfalen wählten nicht. Bild: pa

Islam ganz anders als Christentum

Zu: „„Mit Religion hat das alles nichts zu tun"" (Nr. 23)

Der auch von mir hochgeschätzte André Lichtschlag ist ein entschiedener Libertärer, und wie alle Libertären unterliegt er einem entscheidenden Irrtum: Er setzt alle Religionen gleich. Damit werden die zwei nicht zu leugnende Tatsachen ignoriert: Die immensen Probleme mit Einwanderern in unsere Sozialsysteme zeigen sich fast ausschließlich bei denjenigen islamischen Hintergrunds, bei Zuwanderern christlichen Glaubens oder Agnostikern, ja selbst bei alevitischen Türken (!) stehen Integrationsbereitschaft und Kriminalitätsanfälligkeit in einem völlig anderen Verhältnis. Das Beispiel USA ist schlicht dummes Zeug – jeder halbwegs ehrliche Amerikaner wird zugeben, dass das dortige Modell überhaupt nur in Zeiten wirtschaftlichen Wohlergehens funktionieren kann und wird. So glimpflich wie in den 30er Jahren werden die Staaten beim kommenden Zusammenbruch nicht mehr davonkommen, denn diesmal gibt es ganz andere ethnische und eben religiös vorgezeichnete Bruchlinien in der Gesellschaft.

Gewalt ist dem Islam inhärent wie in dieser Form keiner anderen Religion, wer das nicht zur Kenntnis nehmen will, ist ein Realitätsverweigerer. Ein Vorwurf, den man hier leider auch einmal an André Lichtschlag richten muss. **René Hoffmann, Essen**

D für demokratisch? Welch Hohn!

Zu: Leserbrief „DDR war kein Schlaraffenland, aber geordnet" (Nr. 16)

„Es wuchsen die Kinder in richtigen Familien auf, mit Mutter und Vater (mit Trauschein), nicht in Mini- oder Homo-Ehen sowie Wohngemeinschaften." „Das Familienleben war geordnet und sehr wohl war es ein glückliches. Der Arbeitstag war gesetzlich geregelt und wurde genau eingehalten." „Die Betreuung der Kinder war ganztägig gesichert." „... abgeschlossene Schulbildung, Beruf oder Studium." „... ordentliche und arbeitssame Menschen geworden." Genauso und noch besser, abgesehen von den letzten Kriegsjahren, lebten wir im Nationalsozialismus. Und trotzdem war es ein übler Verbrecherstaat. Jede Diktatur, jedem Unrechtssystem könnte man im Nachhinein verklärte oder auch realistische gute Seiten abgewinnen, und dennoch überwiegt dem Positiven das Unrecht, das Verbrechen.

Schon bei der Gründung der sogenannten DDR, war das zweite D für demokratisch ein Hohn und eine Verdummung. Was war an diesem System demokratisch? Vielfach höhnte man: „Herr gib uns das ‚Fünfte Reich', denn das ‚Vierte' ist dem ‚Dritten' gleich!" Wieder bemühte sich ein Staat, die Massen gleichzuschalten, zu organisieren und die marxistisch-leninistische Ideologie überzustülpen und Hass zu säen. Wieder wurde im Gleichschritt marschiert und es wurden Kampflieder gesungen. Eine Verhöhnung des Menschen, des Individuums, war das Lied: „Die Partei, die Partei, die hat immer Recht, die Partei, die Partei, die Partei!" Man sprach von „Weltanschauung", diejenigen, die sich die Welt anschauen wollten, wurden an den Grenzen wie Hasen abgeknallt. Familien wurden gnadenlos zerstört, auseinandergerissen und ihre Kinder dem Staat zugeführt, nur weil sie in ein anderes Land wollten. Republikflucht war ein Staatsverbrechen! Einige „Verräter" verfolgte die Stasi sogar in den Westen, entführte diese zurück in den „Arbeiter- und Bauernstaat" oder tötete sie. Dieses Regime DDR hat „geordnet" Menschen gemordet gequält und drangsaliert, nur weil sie nicht willfährig waren.

Joachim Albrecht, Wetzlar

Gauck dient Herren, die Wiedervereinigung abgelehnt hätten

Zu: „„Nicht fliehen, sondern stehen"" (Nr. 25)

Herr Gauck diskreditiert sich selbst. Es war im Jahre 1999 – also zehn Jahre nach der friedlichen Revolution –, als die CDU Herrn Gauck gebeten hatte, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Er hat damals abgesagt.

Heute – elf Jahre später – ließ sich Herr Gauck von den Herren Trittin und Gabriel überreden, für das Amt zu kandidieren. Von dem Altkommunisten Trittin, der kurze Zeit vorher den Bundespräsidenten Horst Köhler in schamloser und gemeiner Weise kritisiert hat, von diesem Mann nimmt er das Angebot an. Wo blieb die harsche Kritik der Presse Herrn Trittin gegenüber? Kritisiert wurde Bundespräsident Köhler. Wenn 1989 Gabriel und Trittin regiert hätten, hätte es keine Wiedervereinigung gegeben und Herr Gauck dürfte heute noch im ersten Arbeiter- und Bauernstaat – dem „Paradies der Werktätigen" leben.

Rot-Grün hat Gauck nicht nominiert, um das Volk zu einen, sondern mit der Absicht, die Koalition zu spalten. **Gertraud Obitz, Celle**

Nicht Schlieffen, sondern Moltke scheiterte

Zu: „Manstein gelang, woran Schlieffen scheiterte" (Nr. 17)

Zweifelsfrei ist es richtig, dass ein inhaltsreicher Aufsatz durch eine griffige Überschrift gekrönt sein sollte. Diese ist geeignet, das Interesse auf den Artikel zu lenken und bei dem überdurchschnittlichen historischen Wissensstand der *PAZ*-Leser lässt sich wohl kaum einer die Lektüre eines Aufsatz entgehen, in dessen Titel die Namen der Feldmarschälle Schlieffen und Manstein enthalten sind.

Trotzdem werden Sie Verständnis dafür haben, dass ich einer Schlagzeile, in der Graf Schlieffen der Begriff des Scheiterns zugeordnet wird, nicht zu folgen vermag. Schlieffen, der als „Feldherr ohne Krieg" bezeichnet wurde, konnte im August/September 1914 schon deswegen nicht scheitern, da er in diesen Schicksalsmonaten das Kommando nicht führte. Der preußische Generalstabchef, in diesem Amt seit 1891, war schon 1906 nicht mehr im aktiven Dienst und 1913 verstorben.

Schlieffens berühmter Operationsplan von 1905/06, der für den drohenden Zweifrontenkrieg gegen Russland im Osten und die französisch-britische Allianz im Westen eine defensive Kriegsführung im Osten (eine von acht Armeen des reichsdeutschen Feldheeres) und eine rasche Entscheidung im Westen, mit dem Einsatz von sieben Armeen auf dem Kriegsschauplatz Frankreich und Belgien, durch Umfassung des französischen Heeres mit einem starken „rechten" Flügel von drei Armeen mit den Hauptkräften, zwei schwachen Armeen im Zentrum und zwei äußerst schwach ausgestalteten Armeen, die lediglich der hinhaltenden Verteidigung der Westgrenze des Reiches in Deutsch-Lothringen und im Elsass dienen sollten, vorsah, stand und fiel mit der Stärke der Armeen auf dem rechten Flügel.

Dieses geniale, wenngleich risikoreiche Schlieffensche Konzept wurde von seinem Nachfolger Generaloberst Helmuth von Moltke dem Jüngeren, Neffe des Feldmarschalls gleichen Namens und Siegers der Kriege 1866 und 1870/71, stark verwässert. Moltke der Jüngere war von Wilhelm II. in die Position des Generalstabchefs hineinbefohlen worden. Er selbst fühlte sich dieser Aufgabe nicht gewachsen und hat dies gegenüber dem Hohenzollern auch klar zum Ausdruck gebracht. Der nervenschwache und risikoscheue Moltke jun. blieb zwar bei Schlieffens Grundplan, schwächte aber die 1., 2. und 3. Armee, die Kräfte des rechten Angriffsflügels, entscheidend, um viele Divisionen, die er den Verteidigungsarmeen, der 6. und 7., auf dem linken Flügel zuwies.

Es war mir als Bayern ein Bedürfnis, den genialen preußischen Feldmarschall Graf Schlieffen aus der Schieflage, die ihm Ihre Überschrift bescherte, zu befreien.

Rüdiger Schrembs, Reisbach

Drang nach »gleicher Augenhöhe« treibt viele Lutheraner

Zu: „Die absurde Forderung" (Nr. 20)

Der kritische Kommentar über die Interkommunion endet mit der Frage: „Ob alle Befürworter gemeinsamer Feiern das übersehen oder ob manche das womöglich ganz bewusst so wollen?" und gemeint ist damit die Beliebigkeit und Gleichgültigkeit, die solch Streben nach Interkommunion in sich trägt. Ich vermute aber, dass mit dieser Beurteilung das Problem noch nicht in seiner ganzen Weite erfasst ist. Die Frage ist nämlich, was wollen diese „Kommunikanten" bei dieser Kommunion wirklich empfangen? Wollen sie wirklich die sakramentale Speise, wie sie die römische Kirche nur geben kann und will, empfangen?

Interkommunion muss auch eine Bereitschaft zur Interkommunion der Sakramentsfrömmigkeit selbst beinhalten. Denn es gebietet einfach die Liebe, dass mir das, was dem Anderen heilig ist, auch selbst heilig wird. Das wiederum müsste „rückwirkende Bedeutung" für die eigene Sakramentsfrömmigkeit haben. Ich glaube, dass jeglicher unterschiedliche Kult so „kompatibel" sein muss, dass der Andere ihn mitvollziehen kann und er ihm nicht zum Ärgernis gereichen darf. Man kann nicht bei den römischen Katholiken kommunizieren wollen, ihre Spiritualität aber zuhause bekämpfen.

Solange aber evangelischerseits über dieselben Hostien zigmal die Einsetzungsworte gesprochen und der Abendmahlswein nach dem Gottesdienst weggeschüttet wird, wie es durchschnittliche evangelische Praxis ist, liegt keine „Interkommunion" der Sakramentsfrömmigkeit vor. Wenn jetzt aber trotzdem auf Interkommunion gedrängt wird, muss hinter diesem Drängen etwas ganz anderes stecken als die gleiche Liebe zum Sakrament. Dieses kommt mir dort zum Ausdruck, wo immer wieder und mit Nachdruck evangelischerseits auf die „gleiche Augenhöhe" im interkonfessionellen Gespräch gedrungen wird. Diese „gleiche Augenhöhe" vermisst man dann beleidigt, wenn der evangelischen Kirche von Rom nicht der Rang einer Kirche, sondern nur der einer Kirchengemeinschaft zuerkannt wird. Auch hier wird eine Gemeinsamkeit der Namen beansprucht, ohne darüber zu reflektieren, ob wirklich eine Gemeinsamkeit der Sache vorliegt. Man kann es überhaupt nicht verstehen, dass Rom mit Kirche etwas anderes meint als das, was reformatorisch einst sogar gegen Rom festgelegt worden ist.

Wenn nun aber im Gegensatz zur ursprünglich reformatorischen Haltung so sehr auf „gleiche Augenhöhe" gepocht wird, so macht sich hier ein urlutherischer Drang bemerkbar, nämlich der nach Rechtfertigung. Der lutherische Christ lebt ja aus der Rechtfertigung, natürlich reformatorisch gedacht aus der Rechtfertigung vor Gott durch den Opfertod Christi. Diese Rechtfertigung aus der Liebe Gottes wird aber inzwischen immer nebulöser, weil der Grund dafür, der Sühneopfertod Jesu als des Sohnes Gottes, immer mehr angezweifelt wird (siehe dazu die neue Lehre des Prof. Jörns). Weil aber dieser Rechtfertigung vor Gott und durch Gott immer mehr der Boden entzogen wird, hungert man nach Rechtfertigung vor und durch die Menschen. Weil das eigentliche lutherische Selbstbewusstsein eben in dieser Rechtfertigungslehre besteht, ist der Drang nach „gleicher Augenhöhe", die sich in unreflektierter Interkommunion ausspricht, ein Zeichen für ein gebrochenes Selbstbewusstsein des Glaubens.

Das Perfide in diesem Drängen nach Interkommunion bestände dann aber darin, dass man die eigene Glaubensschwäche durch eine Gemeinschaftlichkeit kompensiert, in die man die eigene Glaubensschwäche klammheimlich importiert, um sich dadurch wieder stark zu fühlen.

Pfr. em. Otto Kietzig, München

Gender-Unfug ohne Legitimation

Zu: „Europa im Irrsinn" (Nr. 24)

Ich lese Ihre Zeitung seit zirka 25 Jahren und staune immer wieder: Sie wird immer besser, besonders wieder Nr. 24, hier die ganze Seite 8, speziell „Europa im Irrsinn" von Eva Herman.

Die EU will also still und heimlich das traditionelle, natürliche Familienbild „so schnell wie möglich beseitigen", die geschlechtergerechte Sprache vorschreiben und im offiziellen Sprachgebrauch „Vater" und „Mutter" durch „Elter" ersetzen.

Unsere inzwischen gleichgeschalteten, politisch korrekten Kirchen würden dann wohl „Gott-Elter" sprechen und beten: „Elter unser, der Du bist im Himmel ...". Welcher spinnerte, ideologisch verbohrte Eurokrat hat denn solchen Gender-Unfug ausgeheckt, statt sich um die marode Wirtschaft zu kümmern?

Wer hat das demokratisch legitimiert? Wo sind unsere gewählten „Volksvertreter"? Haben die christlich geprägten Väter – pardon Elter – des Europagedankens Adenauer, Schumann, de Gasperi das gewollt? Sie müssen jetzt wohl im Grab rotieren!

Stimmt etwa die Bundeskanzlerin zu? Steckt etwa die einschlägig agierende Bertelsmann-Stiftung dahinter oder „nur" das Kommunistische Manifest von 1848? Wurde das jemals öffentlich in Leitmedien, Wahlkämpfen, von Berufs-Enthüllern diskutiert?

Haben Europawahlen bei solch hinterhältigen Anschlägen verbohrter Dunkelmänner auf das natürliche, christliche Menschenbild überhaupt noch einen Sinn? Wer will eigentlich das an und für sich schon so kinderarme, vergreiste Europa durch Verfemung der Mütter und einen unerträglichen Schwulenkult immer kränker schrumpfen lassen, und zu wessen Gunsten? Wir sollten uns nicht länger verschaukeln lassen!

Felix Schecke, Hannover

Das Ostpreußenblatt

Nr. 26 – 3. Juli 2010

MELDUNGEN

Von Tilsit nach Tauroggen

Tilsit – In wachsendem Maße entdecken die heutigen Bewohner Tilsits die ereignisreiche Geschichte der Stadt. Mit Erstaunen erkennen viele, dass vor 200 Jahren ganz Europa auf die Region an der Memel blickte. Nun sollen mit der Einrichtung eines historischen Lehrpfades die damaligen Ereignisse den Tilsiter Einwohnern und Gästen sichtbar gemacht werden. Russische Vertreter aus Tilsit und Litauer aus Tauroggen arbeiten an einem gemeinsamen touristischen Projekt mit dem Arbeitstitel „Vom Tilsiter Frieden zur Konvention von Tauroggen“. Beide Ereignisse – so der Ansatz – waren Meilensteine der europäischen Geschichte und Diplomatie. Die russische Seite will sich mit der Sanierung des historischen Tilsiter Stadtzentrums und der Wiederaufstellung des Königin-Luise-Denkmals im Park Jakobsruh in das Projekt einbringen. Das Modell wird derzeit in einer St. Petersburger Werkstatt originalgetreu im Drei-D-Verfahren rekonstruiert. Da das Projekt grenzübergreifenden Charakter hat, rechnen die Verantwortlichen mit einer finanziellen Unterstützung aus Brüssel. Der litauische Koordinator des EU-Vorhabens „Nachbarschaft“ Simas Einikis erklärte, dass die Europäische Union bei Vorlage eines tragfähigen Konzepts 90 Prozent der Kosten tragen würde. Das verbleibende Zehntel müssten die beteiligten Kommunen aufbringen. Schwieriger als die Finanzierung dürfte jedoch der ungehinderte Grenzübergang für den erhofften Touristenstrom sein. Die Wartezeiten bei der Zollabfertigung an dieser „Schengen“-Grenze und die neuen russischen Bestimmungen über den Aufenthalt in Grenzgebieten, zu denen auch Tilsit zählt, sind der Entwicklung des Touristenverkehrs eher abträglich. *Hans Dzieran*

Rauschen(d) gefeiert

Das Ostseebad hat einen zweiten Preis gewonnen und arbeitet weiter an seiner Verschönerung

Zum diesjährigen Auftakt der Badesaison beging das Ostseebad Rauschen am 12. Juni sein Stadtfest mit buntem Programm. In diesem Jahr hielten die Veranstalter des „Tags der Stadt Rauschen“, der mit dem „Tag Russlands“ zusammenfiel, einige Überraschungen bereit.

Das Fest begann mit einem Umzug von Theaterkünstlern verschiedener Bühnen vom Bahnhof Rauschen 2 bis zum Hauptfestplatz in der Nähe des Militärsanatoriums. Dieser ist jedoch so klein, dass nur mit Müh und Not die etwa 250 Zuschauer im Umkreis der Bühne Platz fanden, auf der die Feier eröffnet wurde.

Rauschen erreichte im Wettbewerb um den „am besten gestalteten Ort im Königsberger Gebiet 2009“, an dem sich Städte und Dörfer mit bis zu 20 000 Einwohnern beteiligen konnten, den zweiten Platz, was erst bei der Eröffnungszeremonie des Stadtfestes bekannt gegeben wurde.

Welcher Ort ist am besten gestaltet?

Außerdem läuft seit einigen Monaten eine Umfrage, bei der Bewohner der Stadt über eine Umbenennung des umgestalteten Platzes, an dem früher der Tag der Stadt gefeiert wurde, abstimmen können. Dieser Platz beim ehemaligen Kino „Priboj“ (Brandung) war seit zwei Jahren wegen umfangreicher Bauarbeiten für Fußgänger gesperrt. In dieser Zeit erhielt er ein völlig neues Antlitz. Es entstanden Ladenzeilen, Cafés und ein Hotel. Während der Eröffnungsfeier erfuhren die Bürger das Ergebnis ihrer Abstimmung: Der neue Name ist „Staraja Ploschtschad“ („Alter Marktplatz“).

Anschließend zog der Festumzug mit Spielmannszug zum Alten Marktplatz. Mit dem Durchtrennen des Absperrbands wurde das Areal wieder frei gegeben.

Es war nicht die einzige Neuerung in der Stadt. Auch das neu gestaltete Ufer des Rauschener Mühlenteichs, heute „Tichoje ozero“ (stiller See) genannt, wurde feierlich eingeweiht. In allen Stadtteilen waren Bühnen aufgebaut. Auf dem Alten Marktplatz konnten die Besucher vor dem neuen Gebäudekomplex an dem Wettbewerb „Minute des Ruhms“ teilnehmen, was vor allem Kinder mit Begeisterung taten. Sie spielten auf verschiedenen Instrumenten und sangen gemeinsam mit professionellen Künstlern.

Im ehemaligen Lärchenpark (russisch Listwennitscheskij Park, das heißt „Laubwald-Park“), wo sich Hermann Bracherts Skulptur „Die Wasserträgerin“ befindet, war ein Spielplatz wie bei „Alice im Wunderland“ hergerichtet worden, auf dem Künstler des Rauschener Puppentheaters auftraten. Auf der Strandpromenade wurden Wassersportwettbewerbe veranstaltet, daneben gab es Erholungsangebote sowie am Abend eine Diskothek für Jugendliche. Beim Mühlenteich wurden in der Nähe der renovierten Bootsanlegestelle Ritterspiele gezeigt und die Besucher konnten auch reiten.

Der Zeltplatz „Molodost“ (Jugend) im Waldstreifen beim Hotel „Rus“ am Rande von Rauschen war den ganzen Tag für alle geöffnet, die unter freiem Himmel der Musik von Rockgruppen und anderen Künstlern lauschen wollten.

Im Informationszentrum der Stadt erzählte die Fotoausstellung „Bernsteinfrühling in Fotografien“ von der Geschichte der traditionellen Stadtfeier.

Eine Neuheit war in diesem Jahr, dass sich auch viele Hotels und Restaurants mit eigenen Programmen am Stadtfest beteiligten. So gab es einen Wettbewerb für das beste Gedicht über Rauschen, Filmvorführungen, Floristenwettbewerbe und einen Barkeeperwettbewerb für den besten „Bernstein-Shaker“.



Bild: Tschernyschew

Eine der Neuheiten: Viele Hotels und Restaurants beteiligten sich mit eigenen Programmen.

Daneben wurden private Fotoausstellungen gezeigt und vieles andere. Die Feier endete mit einem Feuerwerk, das den dämmrigen Himmel über Rauschen erhellte, genauso wie die Feuershow „Echo der alten Stadt“, die den traditionellen Abschluss des Festes bildete. *Jurij Tschernyschew*



Bild: Rinser

Die Landsmannschaft Ostpreußen veranstaltete am letzten Wochenende ihr Ostpreußisches Sommerfest im Freilichtmuseum Hohenstein. Das Jugendblasorchester Bautzen unter der Leitung von Matthias Hauschild begeisterte die rund 1100 Gäste. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

Partner feiern in Allenstein

Festakt mit deutschen Gästen in der Universität Ermland-Masuren

Der Landrat des Kreises Allenstein, Miroslaw Pampuch, hatte zu einem deutsch-polnischen Partnerschaftsfestival in die Woiwodschaftshauptstadt eingeladen, und rund 60 Personen aus Allensteins Partnerlandkreis Osnabrück und der Kreisgemeinschaft Allenstein sind der Einladung gefolgt. Höhepunkt des Festivals war ein Festakt in der Universität Ermland-Masuren.

Nach der Begrüßung durch den gastgebenden Landrat ergriff der Rektor der Universität das Wort und stellte seine Uni vor. In dem ersten deutschen Redebeitrag hob der Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, Herbert Monkowski, hervor, dass die einstigen deutschen Kreisbewohner auf vielen Heimatreisen Freundschaften mit den neuen, polnischen Bewohnern geschlossen und so eine Brückenfunktion übernommen hätten, die letztlich zu den Partnerschaften geführt habe. Der stellvertretende Allensteiner Landrat unterstrich in seinem Referat mit Nachdruck, dass die zwischen den Gemeinden Hagen am Teutoburger Wald und Wartenburg vor 15 Jahren sowie die zwischen dem Landkreis Osnabrück und dem heutigen Landkreis Allenstein vor nahezu 13 Jahren abgeschlossenen Partnerschaftsverträge die ersten ihrer Art im ganzen Land seit der politischen „Wende“ waren. Die weiteren Redner stellten ihre gemeinsamen Projekte vor und berichteten von ihren Erfolgen. Alle Polen bedankten sich am Ende ihrer Ausführungen bei den Osnabrückern für die langjährige Wegbegleitung, für die guten Ratschläge und für die mannigfachen Zuwendungen.

Deutsche mit Medaillen geehrt

In Würdigung des großen Einsatzes für die Bevölkerung in Ermland und Masuren verlieh der Marschall der Woiwodschaft, Jacek Protas, die Verdienst- und Ehrenmedaille der Region Ermland und Masuren an den Landrat des Landkreises Osnabrück und Paten der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land, Manfred Hugo, den Landrat des Landkreises Emsland und Paten der Kreisgemeinschaft Heilsberg, Hermann Broring, sowie den Kreispräsidenten des Kreises Steinberg in Holstein und Paten der Kreisgemeinschaft Preußisch Holland, Hans-Friedrich Tiemann. *Horst Tuguntke*

Die Kandidaten schweigen

Sorgen der Deutschen in Schlesien vor der Präsidentenwahl

Mit gemischten Gefühlen erwarten die rund 300 000 Deutschen in Polen die Stichwahl des neuen polnischen Präsidenten. Beide Kandidaten haben bisher nicht gerade um die Stimmen der nationalen Minderheiten geworben, um es vorsichtig auszudrücken. Die Volksgruppen und ihre Anliegen kommen in den Programmen und Reden der beiden verbliebenen Kandidaten fast nicht vor.

Wie das „Schlesische Wochenblatt“ in seiner Ausgabe Nr. 25 nun berichtete, haben die Spitzenkandidaten Bronislaw Komorowski (PO) und Jaroslaw Kaczinski (PiS) beide nicht auf die Fragen zur Minderheitenpolitik reagiert, die ihnen der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und das „Schlesische Wochenblatt“ selbst vor mehreren Wochen geschickt hatten. Gegenstand der Fragen war unter anderem die mangelnde Akzeptanz der Deutschen in der polnischen Gesellschaft und der Umgang mit unterschiedlichem Geschichts- und Kulturbewusstsein. Solche Anfragen sind vor Wahlen eine Routineangelegenheit und natürlich verfügen die Kandidaten über ganze Stäbe in ihren Wahlkampfzentralen, um solche Anfragen schnell und professionell beantworten zu können, zumal sich die Bewerber ja – wie immer vor Wahlen – darin zu übertreffen versuchen, wie man es den Bürgern recht machen kann.

> Das bange Fazit: »Keine Antwort ist auch eine Antwort«

„Auch eine verweigerte Antwort ist eine Antwort, und zwar nicht unbedingt eine positive“, bedauert das „Wochenblatt“. Lediglich der in der ersten Runde ausgeschiedene Kandidat Grzegorz Napieralski, der ausgerechnet für den postkommunistischen SLD (Bund der Demokratischen Linken) ins Rennen gegangen war, antwortete schließlich in wohlwollendem Ton. Napieralski hatte kurz zuvor in ähnlicher Weise auch der regionalistischen Bewegung für die Autonomie Schlesiens (RAS) geschrieben, von den anderen Kandidaten hatte auch die RAS keine Antwort erhalten.

Das „Wochenblatt“ weist darauf hin, dass Polen die an sich zum Lissabon-Vertrag der EU gehörende Grundrechte-Charta bisher nicht ratifiziert hat. In der Minderheitengesetzgebung des Landes habe sich hingegen sehr vieles zum Guten verändert, allerdings werde in der Praxis vieles nicht umgesetzt. Zweisprachige Ortsschilder etwa werden immer wieder beschmiert (s. Seite 2). *K.B.*

Ambivalenter »Rausschmiss«

Landsmannschaften sollen Zentrum gegen Vertreibungen weichen

Aufgrund der „Rauskündigung“ aller Landsmannschaften aus dem Deutschlandhaus in Berlin wegen der Umbauten im Zusammenhang mit dem Einzug des Zentrums gegen Vertreibungen ist die Landsmannschaft Schlesien in das Viktoria-Areal umgezogen. Sie hat jetzt auf dem Kreuzberg ihren Sitz, nahe dem Viktoria-Wasserfall, der ein Nachbau des Zackelfalle im Riesengebirge ist. Die Adresse der Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien – Berlin/Mark Brandenburg e.V. lautet nun Methfesselstraße 42, 10965 Berlin, Raum 309.



Foto: pa

Berlins Deutschlandhaus: Stätte einer Art zweiter Vertreibung?

Auch wenn der betroffene Landesvorsitzende der Landsmannschaft Schlesien in diesem Zusammenhang von einem „Rausschmiss“ spricht, so ist der Anlass, dass das seit über zehn Jahren geplante Zentrum gegen Vertreibungen nun endlich Gestalt annehmen soll, aus Vertriebenensicht natürlich an sich zu begrüßen. Allerdings wären die Berliner Landsmannschaften, die nach Jahrzehnten eine neue Bleibe suchen müssen, in der Tat die Betrogenen, wenn das „Sichtbare Zeichen“ gegen Flucht und Vertreibung (offiziell: „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“) gar nicht oder beispielsweise erst im Jahre 2017 käme, wie das eine oder andere Mitglied im Stiftungsrat es sich ja erklärtermaßen wünscht. Für die Gegner des Vorhabens wäre ein später „Stopp“ des ganzen Projekts in der jetzigen Situation jedenfalls politisch besonders reizvoll. *PAZ*

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

manchmal ist es nur ein herzliches Dankeschön für die Veröffentlichung eines Wunsches, auch wenn sich der ersehnte Erfolg nicht eingestellt hat, der so wohltuend sein kann. Dann wünscht man sich um so mehr, dass es doch noch eine Reaktion gibt, und das hoffe ich auch für Frau **Ursula Gehlhaar**, die uns den Suchwunsch ihrer Pflegeschwester **Ingrid Hartlehnert** nach deren leiblicher Mutter **Erna Heise** aus Königsberg übermittelte. Wir veröffentlichten ihn in Folge 8, aber es hat sich leider niemand gefunden, der Erna Heise kannte, die – damals noch ledig – in einer Konditorei auf dem Steindamm arbeitete. Ihre 1941 geborene Tochter Ingrid, zu deren Vaterschaft sich der im Kriegseinsatz bei der Luftwaffe befindliche Königsberger **Walter Manus** bekannte, gab sie 1943 in Pflege bei dem Ehepaar **Max** und **Thomas Funk**, den Eltern von Frau Gehlhaar, die in der Speichersdorfer Straße wohnten. Frau Hartlehnert hat nie etwas über ihre leibliche Mutter erfahren, ob sie in Königsberg verblieb, ob sie flüchtete, ob sie später verheiratet war, wo und wie sie lebte – oder vielleicht noch lebt, denn Erna Heise wurde 1919 geboren –, es gibt nicht die geringsten Anhaltspunkte. Die hatten sich die schwesterlich verbundenen Frauen so sehr von der Veröffentlichung in unserer „Ostpreußischen Familie“ erhofft, aber leider herrschte Stillschweigen. Trotzdem bedankten sie sich bei uns in liebenswürdiger Weise, dass wir uns ihrer Sache angenommen hatten, und dafür nun mein Dankeschön in Form dieser erneuten Veröffentlichung des Suchwunsches, denn schon oft hat es erst beim Nachfassen geklappt. Das wünschen wir nun auch Frau Ingrid Hartlehnert, Hebelweg 7 in 79771 Klettgau-Erzingen, Telefon (07742) 6971.

Erfolg konnte dagegen Herr **Frank Jakubzik** aus Göttingen vermelden. Wir hatten seine Frage nach Erlebnisberichten über die Flucht aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg – die er in unseren Archiven vermutete, was aber nicht der Fall war – in unserer Kolumne veröffentlicht. Da Herr Jakubzik anscheinend die *PAZ* nicht gelesen hatte, war er erstaunt, als er einige Zuschriften aus unserem Leserkreis erhielt, und bedankt sich nun dafür. Er schreibt:

„Darunter war auch die von Frau **Elisabeth Krone** aus Bad Orb, einer Friedrichshoferin, die mir sehr viel Informationsmaterial zusandte. Diese für mich sehr wichtigen Angaben haben mir eine Brücke zu meinen ersten drei Kinderjahren gebaut, die für mich ja immerhin sehr prägend waren und mir nun einen kleinen Teil meiner Vergangenheit bewusst gemacht haben. Für Ihre freundliche Hilfe bedanke ich mich herzlich. Tatsächlich hatte ich gar nicht mit einem Echo gerechnet, nur darauf gehofft. Sie haben mir sehr geholfen!“



Bild: privat

Welches Gnoss hat nicht voller Wonne geplanscht und gemoddert?

Darauf hofft auch Frau **Annika Beneke** aus Heeslingen, denn in ihrer Familie gibt es einen ungelösten Fall, der mit der Verschleppung von ostpreußischen Frauen in russische Gefangenenlager zu tun hat. Bisher war alle Suche nach der vermissten Großtante von Frau Beneke vergeblich, und es ist auch fraglich, ob es nach 65 Jahren noch Zeitzeugen gibt, die ein wenig Licht in das Dunkel bringen können. Es handelt sich bei der Vermissten um **Anneliese Szech** aus Konradshof, Kreis Angerapp, *30. Juni 1928 in Pilkallen, Kreis Darkehmen. So von Frau Beneke angegeben, aber sie zweifelt selber an der Schreibweise und das mit Recht, denn es dürfte sich um Neu Pillkallen handeln, das später in Rüttelsdorf umbenannt worden ist. Die Kreisbezeichnung stimmt, denn aus dem Kreis Darkehmen wurde der Kreis Angerapp. Ihre Eltern waren **Ernst** Szech und **Maria** geborene **Witt**, der Vater war in der Forstwirtschaft tätig. Das Ehepaar hatte vier Töchter, die älteste **Ilsemarie**,*4 April 1927, ist die Großmutter von Frau Beneke. Ihr folgten außer Anneliese noch: **Elfriede**, *21. August 1933, und **Adelheid**, *28. Juni 1936. Anneliese hat bis zur Flucht in einem Kindergarten gearbeitet, wahrscheinlich in Konradshof (Alt-Ragaischen), wo sie zur Miete wohnte. Sie geriet zusammen mit ihrer Schwester Ilsemarie in russische Gefangenschaft, die jungen Frauen sollten vom Sammellager Soldau nach Tscheljabinsk gebracht werden. Irgendwann müssen die Schwestern getrennt worden sein, denn seit dem bewiesenen Aufenthalt im Lager Soldau gilt Anneliese als vermisst. Ob sie während des Transportes verschwand oder Tscheljabinsk noch erreichte, ist unbekannt. Ihre Schwester Ilsemarie hat bereits im Oktober 1953 eine Suchanzeige nach der Vermissten aufgegeben, leider ohne Erfolg. Bis heute ist und bleibt Anneliese Szech spurlos verschwunden. Es bleibt also die Frage: Wer war mit der jungen Frau in jenen Tagen zusammen und kann Hinweise auf ihr Schicksal geben? (Annika Beneke, Birkenfeld 32 in 27404 Heeslingen, Telefon 04281/987536, E-Mail: roland-annika@web.de)

Mit den ostpreußischen Ortsnamen ist das so eine Sache! „Pillkallen“ hätte ich immer der Stadt – und damit auch dem Kreis – zugeordnet, die nicht nur durch den Schnaps – Klarer mit Leberwurst und einem Klacks Mostrich – berühmt, sondern sogar besungen wurde, auch wenn sie in „Schlossberg“ umbenannt wurde. (Wisst Ihr wo Pillkallen liegt? Habt Ihr das noch nicht mitgekriegt?) Aber man lernt nie aus, auch wenn man den „Lange“, das umfangreichste ostpreußische Ortsregister, fast täglich wälzen muss. Wenn man dann den Schreibtisch randvoll mit kaum leserlichen Zuschriften hat – was nicht immer an der Handschrift, sondern oft an der Schreibmaschine liegt, deren Farbband schon museumsreif ist! –, ist die Suche mühevoll und zeitaufwendig, und so kann es schon manchmal zu Irrtümern kommen. Dass mir das aber ausgerechnet mit den von Herrn **Herbert Skroblin** aus Wächtersbach zugesandten Beiträgen passieren musste, ist wohl mehr meinen bildschirmmüden, auch nicht mehr so jungen Augen zuzuschreiben, denn seine Angaben waren tadellos und deutlich mit PC geschrieben. Jedenfalls hatte ich bei der Endkontrolle meines Manuskriptes übersehen, dass ich seinen Heimatkreis Angerapp mit dem des ähnlich klingenden Kreises Angerburg verwechselt hatte, auf den sich zeitgleich vorliegende andere Zuschriften bezogen. Hätte Angerapp noch Darkehmen geheißen, wäre das nicht passiert, aber so hatte ich nach den ersten fünf gleichen Buchstaben das falsche Ende erwischt. Herr Skroblin war mit Recht sehr genervt, denn er erhielt einige Anrufe, die den Fehler korrigierten, aber er konnte wirklich nichts dafür, und ich bitte hiermit um Entschuldigung. Seinen Vorschlag, in Zukunft die Orte ohne Kreisangabe zu bringen, kann ich allerdings nicht umsetzen. Aus dem einfachen Grunde, dass viele der alten wie neuen Ortsnamen in verschiedenen Kreisen vorkommen, manche über 20-mal, was erst recht zu Verwechslungen führen würde. Also bleibt es leider dabei, was kürzlich ein Leser in Bezug auf seine Angaben so treffend formulierte: Irrtümer mit eingeschlossen!

Frau **Heidi Baldauf** aus Chemnitz sucht den Heimatort ihrer Großmutter, und dessen Name weist nach Polen: Bodzanowo. Dort soll **Josefa Scheunemann** geborene **Lau** 1875 oder 1877 geboren sein. Deren mütterliche Linie kommt aus Bromberg-Adlershorst, denn dort wurde Josefas Mutter **Marianne Elisabeth Hasse** 1828 als Tochter des Besitzers **Karl** Hasse und seiner Frau **Marianne** geborene **Schneda** geboren. Marianne Hasse wurde von ihrem Mann **Carl Lau** geschieden, der nach Amerika ausgewandert sein soll. Auch Heidi Baldaufs Mutter **Edita Scheunemann** verheiratete **Küsler** wurde in Bromberg geboren. Ob der Ort Bodzanowo in dieser Gegend lag, lässt sich nicht feststellen. Frau Baldauf konnte ihn aber bisher nicht finden, sie ordnet ihn dem Gouvernement Warschau zu. Wer kann helfen? (Heidi-Huberta Baldauf, Walter-Oertel-Straße 36 in 09110 Chemnitz, Telefon 9371/361925.)

Um Aufarbeitung ihrer Familienchronik geht es Frau **Astrid Stadthaus-Panissié** aus Lübeck. Und hier liegt die Sache viel einfacher für unsere Ostpreußische Familie, denn wir bleiben in der engeren Heimat. Der Vater der Schreiberin, Horst **Werner** Stadthaus, wurde am 28. Oktober 1924 in Schönwiese, Kreis Gerdauen geboren, er verstarb 1986 in Lübeck. Auch die Großeltern **Otto** Stadthaus (1897–1972) und **Elise** geborene **Polligkeit** lebten in Schönwiese, dort verstarb die Großmutter bereits 1942, sie erlebte also die Flucht nicht mehr. Sie hatten außer ihrem Sohn Werner noch die 1931 geborene Tochter **Helga**, die vor zwei Jahren verstarb. Die Urgroßeltern von Frau Stadthaus-Panissié lebten bis zu ihrem Tod in Wesselowen. **August** Stadthaus wurde 1866 in Saalau, Kreis Insterburg geboren, seine Frau **Anna Elisabeth Kannapin**, *1875, stammte aus Karklienen. Hinsichtlich der Familien Polligkeit und Kannapin liegen keine Erkenntnisse vor. Aber auch alte Daten der Familie Stadthaus wären für die Anfragende wichtig. Wer kann zu diesen Namen etwas sagen? Vielleicht melden sich ja auch entfernte Verwandte aus diesen ostpreußischen Familien. (Astrid Stadthaus-Panissié, Ruschweg 11 in 23628 Lübeck-Krummesse, Telefon 0178/4588834, E-Mail: asp.2002@t-online.de)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Foto: Pawlik

Als eines der schönsten „Familienbücher“ der ostpreußischen Literatur gelten die Kindheitserinnerungen der Dichterin Frieda Jung „In der Morgensonne“, in denen sie ihre frühen Lebensjahre im Schulhaus von Kiaulkehmen schildert. Es war keine reiche Kindheit in materieller Hinsicht, aber sie war bis zum Rand gefüllt mit Liebe, Geborgenheit und christlicher Nächstenliebe, eingebettet in eine wundervolle, ursprüngliche Natur. Das Salär eines Dorfschulmeisters war damals in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts mehr als bescheiden, das Schulhaus auch, aber Frieda Jung schildert alle dadurch entstandenen Einschränkungen mit einem herrlichen Humor. Und nun taucht das Kiaulkehmer Schulhaus plötzlich sichtbar aus ferner Vergangenheit auf – in Form eines alten Fotos, das uns Herr **Bruno Fietz** aus Kalkar übersandte. Es stammt aus seinem Familienschatz, denn das ehemalige Schulhaus, in dem Frieda Jung einen Teil ihrer Kindheit verbrachte, gehörte bis 1945 seinem Onkel **Fritz Pranzkat** und dessen Frau **Anna**. Er schreibt dazu:

„Ich habe dort mehrmals Ferien verlebt. Eine schöne Zeit in meinem Kinderleben. Die Fenster in diesem Haus waren ganz niedrig, wir Kinder sind auch häufig durch sie hinein gestiegen. Das ehemalige Lehrerhaus mit einem Klassenraum hatte mein Onkel zur Verwaltung. Und es gab einen schönen, etwas verwilderten Garten, ein Paradies zum Beerennaschen für uns Kinder. Vor dem Hof gab es einen kleinen Teich. Ich schätze, dass Frieda Jung auch schon damals darin gebadet hat wie wir Kinder damals.“

Aber sicher, welches ostpreußische Gnoss hat nicht voller Wonne geplanscht und gemoddert! Und deshalb bringen wir dieses Bild in unserer heutigen Kolumne, es ist so schön sommerlich und wird bei vielen Leserinnen und Lesern eigene Erinnerungen erwecken. Ihnen einen herzlichen Dank, lieber Herr Fietz, für diese alten Bilder aus Ihrem Familienalbum. Ganz besonders wird sich der Urgroßneffe der Dichterin, **Eberhard Jung**, der ihr literarisches Erbe verwaltet, darüber freuen. Und die ehemaligen Kiaulkehmer, deren Dorf später der Dichterin zu Ehren in „Jungort“ umbenannt wurde, sicher auch.

Gerade habe ich dieses Manuskript beendet, da treffen noch einige E-Mails ein. Mit vielen Überraschungen, die nur bestätigen, was Herr Jakubzig sagt: Die Ostpreußische Familie baut Brücken. Von Mensch zu Mensch, von Land zu Land, von der Vergangenheit zur Gegenwart. Ich freue mich schon auf die nächste Ausgabe.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Schemmerling, Elisabeth, geb. **Bohlien**, aus Klein Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Pfarrer-Reiff-Straße 23, 52441 Linnich/Welz, am 9. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gorontzky, Frieda, geb. **Bublitz**, aus Wildheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Ihlestraße 50, 28719 Bremen, am 9. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Lengowski, Josef, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Langenbeckstraße 16, 45130 Essen, am 5. Juli

Schorsch, Marianne, geb. **Fengler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Lau-Straße 27, 40474 Düsseldorf, am 10. Juli

Wiwianka, Johanna, aus Ebenrode, jetzt Schneverdinger Straße 22, 28329 Bremen, am 11. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Hollack, Lieselotte, geb. **Preuß**, aus Lyck, jetzt Thüringer Straße 31, 27749 Delmenhorst, am 10. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Diester, Heinz, aus Kühnbruch, Kreis Neidenburg, jetzt Mühlenstraße 8, 27809 Lemwerder, am 6. Juli

Echtner, Hedwig, geb. **Treziak**, aus Groß Leschienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Schloßbergstraße 25, 40789 Monheim, am 11. Juli

Gelberg, Gisela, geb. **Meyhöfer**, aus Wehlau, jetzt Birkenstraße 40, 40233 Düsseldorf, am 10. Juli

Krüger, Walter, aus Rauschen, Kreis Samland, jetzt Gustav-Stresemann-Straße 18, 65439 Flörsheim, am 2. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Behrendt, Hedwig, geb. **Zich**, aus Wehlau, Ripkeimer Straße, jetzt Fichtenstraße 3, 58832 Schwelm, am 10. Juli

Geschwandtner, Fritz, aus Raudorf, Kreis Ebenrode, jetzt Schulstraße 16, 31655 Stadthagen, am 3. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Engel, Lenni, geb. **Werner**, aus Randau, Kreis Ebenrode, jetzt Voerbruchstraße 88, 47178 Duisburg, am 6. Juli

Wiwianka, Werner, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hatzperstraße 173A, 45149 Essen, am 2. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brothun, Margarete, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Ratzebuschstraße 13, 57223 Kreuztal, am 6. Juli

Dill, Ida, geb. **Bonderewitz**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Höhne 20, 42275 Wuppertal, am 11. Juli

Pohlke, Gerda, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Rohrbrunner Straße 14, 13509 Berlin, am 10. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Audehm, Christa, aus Warnicken, Kreis Samland, jetzt Bergstraße 25, 56357 Miehlen, am 7. Juli

Dimas, Mary, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, jetzt 171 East Beil Avenue, Nazareth, PA 18064, USA, am 9. Juli

Galla, Frieda, aus Ittau, Kreis Neidenburg, jetzt Im unteren Weingarten 12, 88682 Salem, am 8. Juli



Gaudi, Erna, geb. **Piwek**, aus Seehagen, Kreis Neidenburg, jetzt Holländerstraße 71, 13407 Berlin, am 8. Juli

Kollwitz, Hugo, aus Braynicken, Kreis Neidenburg, jetzt Gartenstraße 2, 64683 Einhausen, am 11. Juli

Krause, Traute, geb. **Soyka**, aus Ortelsburg, jetzt Gehlbergstraße 31, 98716 Geraberg, am 1. Juli

Rosan, Otto, aus Sagsau, Kreis Neidenburg, jetzt Lütjenburger Weg 29, 23774 Heiligenhafen, am 11. Juli

Schulz, Hildegard, geb. **Niesz**, aus Tussainen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Sackring 10, 38118 Braunschweig, am 5. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baumgarten, Anni, geb. **Buttler**, aus Röblau, Kreis Ortelsburg, jetzt Laack 43, 21729 Freiburg, am 5. Juli

Böge, Magdalena, geb. **Schöl**, aus Groß Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Waldring 1, 24641 Sievershütten, am 9. Juli

Böhnert, Gertrud, geb. **Schaak**, aus Goldensee, Kreis Lötzen, jetzt Alte Straße 48, 45772 Marl, am 10. Juli

Christukat, Hubert, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, jetzt Hindenburgallee 9, 29633 Munster, am 7. Juli

Czymmek, Heinz, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, jetzt Jaspersstraße 6, 38170 Schöppenstedt, am 11. Juli

Didwiszus, Rudi, aus Ebenrode, jetzt Kakenbach 4, 23570 Travemünde, am 11. Juli

Flaum, Erika, aus Baitenberg, Kreis Lyck, jetzt Hafenstraße 3, 63450 Hanau, am 9. Juli

Hinz, Irmgard, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Lerchenweg 1, 25836 Osterheven, am 8. Juli

Joachim, Gert, aus Fröhlichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Ellinghorst 28, 45897 Gelsenkirchen, am 4. Juli

Kleine, Grete, geb. **Grassat**, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Lettenhausstraße 10, 59192 Bergkamen, am 9. Juli

Lettau, Erika, aus Auglitten, Kreis Lyck, jetzt Wipperstraße 8, 38448 Wolfsburg, am 6. Juli

Luxa, Norbert, aus Jürgen, Kreis Treuburg, jetzt Bergstraße 4, 51709 Marienheide, am 5. Juli

Meier, Gerda, geb. **Geschinske**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Greifstraße 61, 17034 Neubrandenburg, am 11. Juli

Monzien, Siegfried, aus Parnehmen, Kreis Wehlau, jetzt Isestraße 117, 20149 Hamburg, am 9. Juli

Nütsch, Frieda, geb. **Wagner**, aus Hollenau, Kreis Ebenrode, jetzt Ahornstraße 7, 34466 Wolfhagen, am 10. Juli

Pettenpaul, Dora, geb. **Hellmig**, aus Parnehmen, Kawernicken, Kreis Wehlau, jetzt Sprengelweg 179, 32457 Porta Westfalica, am 10. Juli

Pollner, Margarete, geb. **Buick**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Oberfeld 11, 99834 Gerstungen, am 8. Juli

Potreck, Gertrud, geb. **Niederstrasser**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Herzogstraße 45, 45881 Gelsenkirchen, am 10. Juli

Renn, Helmut, aus Hohenstein, Laurashof, Kreis Heiligenbeil, jetzt Findelhöhe 18, 32457 Porta Westfalica, am 5. Juli

Schellig, Martha, geb. **Sawitzki**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Schlachthofplatz 9, 08289 Schneeberg, am 8. Juli

Schweitzer, Bruno, aus Schönlinde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Rehsiepen 88, 42369 Wuppertal, am 21. Juni

Stolz, Dr. Herbert, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Riehlstraße 7, 85049 Ingolstadt, am 4. Juli

Werner, Irene, geb. **Steinbacher**, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, jetzt Am Kreuz 16, 88736 Dornstadt, am 8. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Balsam, Gertraud, geb. **Thomzik**, aus Bottau, Kreis Ortelsburg, jetzt Theobald-Renner-Straße 42, 07747 Jena, am 1. Juli

Bauerdorf, Karl-Heinz, aus Allenburg, Kreis Wehlau, jetzt An der Berner Au 89, 22159 Hamburg, am 9. Juli

Bogutt, Günter, aus Hansbruch, Kreis Lyck, jetzt Wachtelstraße 14, 58285 Gevelsberg, am 8. Juli

Bombosch, Herta, geb. **Philipowski**, aus Neuwiesen, Kreis Ortelsburg, jetzt I.Schnieringstraße 46, 45329 Essen, am 4. Juli

Bülow, von Prof. Dr. Vicco, aus Stuthenen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Dickhardtstraße 38, 12161 Berlin, am 9. Juli

Doppler, Elfriede, geb. **Gerwin**, aus Zimmerbude, Kreis Samland, jetzt Speyerbachstraße 9, 76829 Landau, am 5. Juli

Dudde, Paul, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Kolonie Sandwiesen 125, 13589 Berlin, am 10. Juli

Freihalter, Rosemarie, geb. **Dannenfeldt**, aus Lyck, Lycker Garten 53, jetzt Wielandstraße 18, 73037 Göppingen, am 7. Juli

Dzemski, Horst, aus Neidenburg, jetzt Hedwig-Heyl-Straße 22, 26127 Oldenburg, am 9. Juli

Fröhlich, Hildegard, geb. **Boy**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schenkendorfstraße 3, 56068 Koblenz, am 10. Juli

Gehle, Erna, geb. **Chlupka**, aus Treuburg, Lycker Straße, jetzt Alverdisser Straße 12, 32694 Dörentrup, am 10. Juli

Grund, Elli, geb. **Junga**, aus Schuttschen, Kreis Neidenburg, jetzt Gernotweg 21, 42653 Solingen, am 8. Juli

Hass, Irmgard, geb. **Osenger**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Kleingartenweg 16, 44892 Bochum, am 10. Juli

Heibutzki, Reinhold, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Meibergstraße 63a, 53783 Eitorf, am 6. Juli

Koch, Erika, geb. **Tulowitzki**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, jetzt Uhden 29, 33100 Neuenbeken, am 9. Juli

Kodlin, Leonore, geb. **Schrodel**, aus Parnehmen, Kreis Wehlau, jetzt Tulpenstraße 15, 93309 Kelheim, am 6. Juli

Kowalczyk, Dietrich, aus Treuburg, Hafenstraße 7, jetzt Ubierweg 2, 22459 Hamburg, am 1. Juli

Lettau, Herbert, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Gewand Langfeld 2, 72793 Pfullingen, am 9. Juli

Kurrat, Helmut, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Fontanestraße 6, 15234 Frankfurt/Oder, am 9. Juli

Müller, Gertrud, geb. **Kompa**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Nibelungenring 55, 76297 Stutensee, am 1. Juli

Nischik, Hartmut, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, jetzt Grasweg 12, 49448 Marl, am 4. Juli

Schmidtke, Hugo, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Friedrichstraße 105b, 42551 Velbert, am 3. Juli

Schröder, Renate Irmgard, geb. **Steckel**, aus Neidenburg, jetzt Dobbecziner Straße 13, 19348 Perleberg, am 5. Juli

Schüttenhelm, Siegfried, aus Moschnik, Kreis Osterode, jetzt Gerhart-Hauptmann-Straße 9, 07973 Greiz, am 1. Juli

Sokollek, Alfred, aus Skomanten, Kreis Lyck, jetzt Wöhrendamm 97, 22927 Großhansdorf, am 4. Juli

Tamm, Elfriede, geb. **Tulodetzki**, aus Talhofen, Kreis Neidenburg, jetzt Kukum 1, 52146 Würselen, am 5. Juli



Boltz, Paul, und Frau Eleonore, aus Ortelsburg, jetzt In den Wiesen 11, 38112 Braunschweig, am 1. Juli



Prussat, Egbert, und Frau Irma, geb. **Meyer**, aus Ladmannsfelde und Moosheim, Kreis Schloßberg, jetzt Im Steinkamp 30, 31319 Sehnde/Ilten, am 9. Juli

Informationsbroschüre

Hamburg – Im September 2009 tagte unter der Leitung von Bundesvorstandsmitglied Gottfried Hufenbach der 7. Deutsch-Polnische Kommunalpolitische Kongress in Frankfurt an der Oder zu dem Thema „Deutsche und Polen – Nachbarn in Europa". Die Redebeiträge der Referenten wurden nun in einer zweisprachigen Broschüre (deutsch und polnisch) veröffentlicht. Neben den Grußworten des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Oder Patzelt und des Bürgermeisters von Słubice Bodciacki enthält die Broschüre Beiträge zur Vermittlerrolle des Collegiums Polonicum zwischen Deutschland und Polen, Krzysytof Wojciechowski, und zur engen Zusammenarbeit der Nachbarn in der Euroregion Pro Europa Viadrina, Tobias Seyfarth. Annette Bauer stellt die Europa-Universität Viadrina und Kinga Hartmann-Wóycicka die Entstehungsgeschichte und den Inhalt des Geschichtslehrbuches „Geschichte verstehen – Zukunft gestalten" vor. Dem Thema „Zwischen gestern und morgen – Deutsche und Polen in Europa" widmet sich der Journalist Dietrich Schröder.

Interessenten wenden sich bitte an die Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819 E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2010

24.–26. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

11.–17. Oktober: 56. Werkwoche in Bad Pyrmont

29.–31. Oktober: Seminar über Agnes Miegel in Bad Pyrmont

6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

8.–12. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080. Auf einzelne Veranstaltungen wird hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

Sommerakademie Sticken

Bad Pyrmont – Das Ostheim führt auch dieses Jahr wieder die Sommerakademie Sticken durch. Für alle Interessierten werden die Techniken Hardanger-, Hohlsaum-, Ajour-, Weiß- und Schwarzsticken einschließlich Nadelspitzen von einer ausgebildeten Seminarleiterin zum Erlernen oder Vertiefen angeboten. Das Seminar (fünf Tage) beginnt am Montag, dem 19. Juli, 15 Uhr mit der Einführung und endet am Sonnabend, 24. Juli 2010 nach dem Mittagessen. Der Komplettpreis für dieses Seminar beträgt 295 Euro im Doppelzimmer, 325 Euro im Einzelzimmer und beinhaltet Vollpension, die Seminargebühr (ohne Material) und die Tagungskurkarte für fünf Tage. Notwendige Materialien für das Seminar können bei der Seminarleiterin vor Ort erworben werden. Die Jugendbildungs- und Tagungsstätte Ostheim liegt direkt in der Kurzone von Bad Pyrmont, wenige Minuten vom Kurpark und dem Schloß mit seinen wiedererrichteten Wehranlagen entfernt. Direkt gegenüber dem Haus befinden sich das Hallenwellen- und Freibad sowie ein öffentlicher, kostenloser Parkplatz. Die Zimmer haben fließend Wasser warm/kalt, teilweise Balkon. Die modernen Sanitäreinrichtungen befinden sich auf den Etagenfluren.

Die Anmeldeunterlagen fordern Sie bitte an bei: Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (05281) 93610, Fax (05281) 936111, Internet: www.ostheim-pyrmont.de, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de

Agnes Miegel-Seminar

Hamburg – „Agnes Miegel – Neue Mosaiksteine zu ihrem Leben und Werk" lautet das Thema der diesjährigen Seminarveranstaltung vom 29. bis 31. Oktober 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont. Das BKM-geförderte Seminar steht unter der Leitung von Dr. Marianne Kopp, Erste Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft e.V., und Christiane Rinser, Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Dr. Marianne Kopp spricht über Miegels Briefe an Lulu Diederichs und ihre Plaudereien über die ostpreußische Küche. Zu den frühen Gedichten mit jüdischer Thematik bei Börries von Münchhausen und Agnes Miegel referiert Dirk Herrman, Sebastian Harms Bolte zieht Parallelen zwischen Christina Rossetti und Agnes Miegel. Ihrer Haltung im Dritten Reich widmet sich Dr. Bodo Heitmann. Dr. Ursula Seibt thematisiert die Aufnahme in den „Orden deutscher Dichter und Dichterinnen". Annemete von Vogel interpretiert Miegels Dichtung und Dr. Rudolf Muhs schildert ihre Gratwanderung zwischen Feminismus und Nationalismus. Die Seminargebühr beträgt 75 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 983883100.

Herta Andrulonis in Angerburg geehrt – Krzysztof Piwowarczyk, Bürgermeister von Wegorzewo (Angerburg), ehrte am 14. Juni 2010 im Sitzungssaal der Stadtverwaltung Herta Andrulonis durch Überreichung einer Plakette und einer Ehrenurkunde. Der Bürgermeister zeichnete damit eine engagierte Persönlichkeit aus, die sich als Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft Mauersee seit 15 Jahren unermüdlich für die in der Heimat verbliebenen Menschen eingesetzt hat. Seit dem 1. Juli 2008 hat sie auch die Geschäftsführung der Johanniter Sozialstation in Angerburg (Wegorzewo) übernommen. In Anwesenheit der Landrätin Halina Faj, des Kreistagsvorsitzenden Senator a.D. Wieslaw Pietrzak, des Ratsvorsitzenden der Stadt und der Gemeindevorsteher von Possessern und Buddern sowie weiterer Persönlichkeiten würdigte der Bürgermeister in seiner Laudatio die von Herta Andrulonis geleistete Arbeit, die allen Menschen unabhängig von Religionszugehörigkeit und Nationalität zugute gekommen ist. Die Kreisgemeinschaft Angerburg war durch die Vorstandsmitglieder Brigitte Junker, Arno Rosin und Kurt-Werner Sadowski vertreten. Außerdem waren 17 Mitglieder einer Angerburger Reisegruppe aus Rotenburg (Wümme) anwesend. Kreisvertreter Kurt Werner Sadowski dankte Herta Andrulonis für ihre ehrenamtliche Tätigkeit und ihren Beitrag zur Verständigung zwischen Deutschen und Polen. Auf diesem Weg sind wir in den letzten 15 Jahren auf kommunaler und persönlicher Ebene gut vorangekommen, so der Kreisvertreter. Der Bürgermeister dankte dafür auch den Angerburgern und für die geleistete humanitäre Hilfe. Auf dem Programm stand auch ein Besuch bei der Deutschen Gesellschaft Mauersee, der Sozialstation der Johanniter und dem Lyzeum in Angerburg (Wegorzewo). Für den Schüleraustausch zwischen dem Rotenburger Ratsgymnasium und dem Lyzeum fand der Direktor lobende Worte und würdigte das Engagement der beteiligten Lehrkräfte. Auf dem Ehrenfriedhof am Schwenzaitsee wurde ein Kranz der Kreisgemeinschaft Angerburg niedergelegt. In einer kurzen Ansprache gedachte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski aller Gefallenen beider Weltkriege und auf der Flucht vor der Roten Armee 1944/1945 umgekommenen Menschen. Der Ehrenfriedhof wirkte gepflegt und die Zufahrt war von der Stadt Angerburg (Wegorzewo) in einen guten Zustand versetzt, so dass der große Bus der Firma Julia-Reisen aus Rotenburg (Wümme) problemlos die Zufahrt befahren konnte. Aber auch der Ausblick vom Ehrenfriedhof auf den Schwentzaitsee ist wieder möglich, da die Bäume gestutzt wurden. Am späten Nachmittag trafen sich am Schwentzaitsee auf Einladung des Bürgermeisters die Angerburger Reisegruppe, Mitglieder der DG Mauersee und zahlreiche Persönlichkeiten aus Angerburg (Wegorzewo) zu einem Meinungsaustausch und gemütlichen Beisammensein. Auf der Fahrt von und nach Masuren konnte man eine rege Bautätigkeit feststellen, insbesondere im Straßenbau. Davon werden die Heimattouristen künftig verstärkt profitieren. Dennoch liegt die Arbeitslosigkeit in und um Angerburg (Wegorzewo) bei 31 Prozent. Insgesamt war es eine anstrengende Reise, aber auch ein notwendiger Arbeitsbesuch, um alte Kontakte zu erhalten und diese möglichst noch auszubauen sowie um den in der Heimat verbliebenen Menschen Zuversicht zu vermitteln. Auf die Ergebnisse der Kommunalwahlen in Polen im Herbst dieses Jahres sind wir gespannt.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreisfischhausen.de

30. Germauer Ortstreffen – Vom 23.–25. Juli 2010 findet das 30. Germauer Ortstreffen statt. Wir treffen uns im Hotel Haus Christina, Am Wildenkiel 4, 37603 Holzminden/Neuhaus, im Solling Telefon (5536) 280. Ansprechpartner: Hannelore Streich Telefon (05084) 981899, E-Mail: hadi.germau@yahoo.de. Da dies das 30. Treffen ist, bitten wir um rege Beteiligung!



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Die Ortsfamilienbücher – Die Bearbeitung der Ortsfamilienbücher (OFB) unseres Landkreises macht weitere Fortschritte. Inzwischen ist das OFB für das Kirchspiel Postnicken erschienen. Es sind alle Geburten, Eheschließungen und Todesfälle in den Jahren 1669–1927 aufgeführt. Format DIN A4, 514 Seiten. Weiterhin verweisen wir auf die bereits in Minden ausliegenden OFB Arnau, von 1668–1769, 332 Seiten – Heiligenwalde von 1671–1874, 554 Seiten – Schönwalde von 1608–1767, 230 Seiten. Alle genannten Bücher liegen in unserem Samlandmuseum in 32427 Minden, Siemeonsplatz 12 im Preußen-Museum aus. Die OFB Schaaken (zwei Bände) und Quednau sind in Arbeit und werden voraussichtlich in diesem Jahr fertiggestellt. Die Bücher können bei dem Verfasser direkt bezogen werden, hier die Anschrift: Dr. Patrick Plew, Österreicherstraße 26, 01279 Dresden. Hinweis: Unser Samlandmuseum ist vom 16. Juli bis 16. August infolge Urlaubs geschlossen.



SENSBURG

Kreisvertreter: Siegbert Nadolny, Wasserstr. 9, 32602 Vlotho, Tel. (05733) 5585, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de Geschäftsstelle: „Sensburger Zimmer“, Stadtverwaltung Remscheid, Kreuzbergstr. 15, 42849 Remscheid.

12. Kirchspieltreffen Ukta - Kirchspielvertreter Rolf W. Krause berichtet: Am 4. Juni fand in Hemer das 12. Treffen des Kirchspiels Ukta statt. An einem wunderschönen Sommertag hatten etwa 150 Landsleute den Weg in das Jugend- und Kulturzentrum in der Parkstraße gefunden. Um 10 Uhr wurde die Begrüßung musikalisch eingeleitet mit „Ännchen von Tharau“, gespielt von den Eheleuten Helga und Friedhelm Hoffmann. Kirchspielvertreter Rolf W. Krause hieß die Teilnehmer des Treffens willkommen. Er übermittelte Grüße des Kreisvertreters Siegbert Nadolny und von seiner Stellvertreterin Margot Aßmann, die nach Vollendung des 80. Lebensjahrs nicht mehr für den Kreistag kandidiert hat. Ihr galt ein herzliches Dankeschön. Man gedachte des Amtsvorgängers des Kirchspielvertreters Max Krassowski, der im hohen Alter von 88 Jahren am 21. November 2008 verstorben ist. Mit Freude und Dank konnte Friedhelm Hoffmann als stellvertretender Kirchspielvertreter vorgestellt werden. Er wird dem neuen Kreistag angehören, der sich am 4. September dieses Jahres im Rahmen des Kreistreffens in Remscheid konstituieren wird. Besonderer Dank galt Vater und Sohn Walter und Norbert Kratz sowie Friedhelm Hoffmann für die immer gute Organisation der Kirchspieltreffen. Mit Freude extra begrüßt wurde das aus Australien angereiste Ehepaar Dietmar und Frieda Schirk geb. Marmulla (Alt Ukta). Enttäuscht zeigte sich der Kirchspielvertreter über die extrem niedrige Wahlbeteiligung der Wahlberechtigten des Kirchspiels Ukta an der Kreistagswahl. Auch der Bitte um Mithilfe beim Kreistreffen in Remscheid sind nur zwei Landsleute nachgekommen. Pünktlich um 11 Uhr begann der traditionelle Festgottesdienst, den dankenswerter Weise wieder Ortspfarrer Braun hielt. Diesmal konnte der Gottesdienst nicht in der Ebbergkirche stattfinden, da diese wegen der Renovierung nicht zur Verfügung stand. Die Uktaer Gemeinde aber verstand es, auch in dem nüchternen Festsaal den Gottesdienst in würdevoller Weise zu feiern. Dabei wurde auch der Verstorbenen der letzten zwei Jahre gedacht. Anschließend konnte nach Herzenslust geschabbert werden. Am Büchertisch, den die Ehefrau des Kirchspielvertreters betreute, konnten Bücher und Heimatbriefe erworben und Informationen eingeholt werden. In bester Weise wurde unter der Regie von Norbert Kratz und seiner Ehefrau für das leibliche Wohl gesorgt. Es gab Kaffee und Kuchen, belegte Brötchen, eine herzhafte Erbsensuppe sowie kühle Getränke. Im Laufe des Nachmittags konnte auch Walter Kratz begrüßt werden, der es sich nach langem Krankenhausaufenthalt nicht hatte nehmen lassen, seine Uktaer Freunde wieder zu sehen. Das 12. Ukta-Treffen war wieder ein voller Erfolg. Das nächste Kirchspieltreffen soll im Jahr 2012 wieder in Hemer stattfinden. Im Heimatbrief 2011 und in der *Preußischen Allgemeinen / Das Ostpreußenblatt* wird rechtzeitig dazu eingeladen werden.

TREUBURG

Kreisvertreterin: Irmgard Klink, Schlehdornweg 30, 47647 Kerken, Telefon (02833) 3984, Fax (0 2833) 3970. Ansprechpartnerin in Ostpreußen: Hannelore Muraczewska, Wisniowa 1, PL 19-400 Olecko, Telefon (0048) 875 20-3180.

Treffen der Heimatfreunde des Kirchspiels Herzogskirchen vom 5.–7. Juni 2010 im InterCity Hotel in Celle – Am Sonnabend, vor dem gemeinsamen Abendessen, begrüßte Irene Kleiner die 22 Teilnehmer und erläuterte das Programm für das Treffen. Anschließend berichtete sie aus dem Leben des Komponisten Herbert Brust, der in diesem Jahr seinen 110. Geburtstag hätte. Herbert Brust komponierte die Melodie unseres Ostpreußenliedes, Land der dunklen Wälder. Nach dem Abendessen führte Ronny Haase, (Enkelsohn von Anneliese Haase, geb. Gaschke aus Herzogskirchen) der mit seinen Eltern im April dieses Jahres Masuren bereiste, seine DVD vor. Es waren eindrucksvolle Bilder von Herzogskirchen, Kiöwen, Treuburg, Lyck, Nikolaiken, Rastenburg mit der Wolfsschanze, Sensburg und Sorquitten. Ronny hat durch die Erzählungen seiner Großmutter die Liebe zur ostpreußischen Heimat entdeckt und vertieft. Er meldete sich spontan kurz vor dem Treffen an, und wir freuen uns, einen jungen Heimatfreund begrüßen zu können. Am Sonntag eröffnete Irene Kleiner das diesjährige Treffen offiziell. Heinz Hugel aus Saiden begrüßte die Teilnehmer und bedankte sich bei Irene Kleiner für die Organisation des Treffens. Als Anerkennung überreichte er ihr einen Karton mit Frankenwein. Burkhard Kannenberg leitete die Totenehrung ein. Es wurde der Landsleute gedacht, die hier verstorben sind, aber auch derer, die im Krieg und auf der Flucht ihr Leben lassen mussten. Zum Gedenken an die Heimat trug Irene Kleiner ein Gedicht über Ostpreußen vor, das Waltraut Pfeiffer am Abschiedsabend unserer Heimatreise 1996 vorgetragen hatte. Leider ist der Dichter nicht bekannt. Danach hörten wir ein selbstverfasstes, einfühlsames Gedicht über die alte Heimat von Willi Becker. An Otto Gallmeister, Waltraut Pfeiffer, Werner Weylo, Regina und Kurt Müller wurden von allen Anwesenden unterzeichnete Grußschreiben übersandt. Für das nächste Treffen 2011 einigten sich die Teilnehmer wieder auf Anfang Juni in Celle. Der Nachmittag am Sonntag war ausgefüllt mit einer zweistündigen Schifffahrt auf der Aller von Celle bis Winsen. Nach einem „anstrengenden“ Fußmarsch von der Anlegestelle haben wir uns im Café Allerblick bei Kaffee und Kuchen gestärkt und wieder erholt. Ein Bus brachte uns nach 17 Uhr nach Celle zurück. Um 19 Uhr erwartete uns im Hotel ein exzellentes Buffet, das bei allen Teilnehmern sehr großen Anklang fand. Der Abend war ausgefüllt mit angeregten Gesprächen und Austausch von Lebenserinnerungen sowie humorvollen Vorträgen. Willi Becker aus Kiöwen, der älteste Teilnehmer, trug mit einem Gedicht über einen Blusenkauf in Masuren sehr zur Erheiterung bei. Am Montag, unserem letzten Tag, besichtigten wir in Groß Hehlen das Orchideen Zentrum. Nach einem Video-Vortrag nahmen wir an einer Führung durch die sehr große Gärtnerei teil. Zum Abschluss fand ein Kaffeetrinken in der Caféteria statt, umgeben von zahlreichen Orchideen. Anschließend besichtigten wir die Verkaufshalle, und viele Teilnehmer nutzen die Gelegenheit zum Einkauf. Dann hieß es wieder Abschied nehmen, um die Heimreise anzutreten. Es waren schöne Stunden, und wir freuen uns auf ein Wiedersehen im nächsten Jahr.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: schmelter@ostpreussen-info.de, www.ostpreussen-info.de.

BJO – 21. bis 30. Juli, Memelland-Sommerfahrt. Der nördlichste Teil Ostpreußens, das Memelland, steht in diesem Jahr im Mittelpunkt. Genau genommen wird man die Nächte zwischen Heydekrug und Saugen – in Szameitkehmen – verbringen. – **31. Juli bis 8. August, BJO-Paddeltour durch Masuren.** Die Anreise erfolgt in Kleinbussen beziehungsweise im Pkw von Ansbach oder Würzburg aus. Jeder sollte die Gelegenheit nutzen und die Natur Südostpreußens in ihrer ganzen Schönheit erleben!

23. bis 29. August, Mehrgenerationenreise durch Pommern, Westpreußen und das südliche Ostpreußen. Das Kennenlernen der natürlichen Schönheit des Landes im Osten (Pommern – Westpreußen – südl. Ostpreußen) ist zentrales Anliegen der Fahrt, welche sich an Mitglieder der Erlebnisgeneration samt ihren Kindern und Enkeln richtet.

BJO-West – Sonnabend, 10. Juli, **Regionalversammlung** des BJO-Regionalverbandes West und Flugblattaktion zur Volksabstimmung von 1920. – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg bei Solingen am 90. Jahrestag der Volksabstimmung im südlichen Ostpreußen (11. Juli 1920). Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr; Beginn der Kundgebung: 14 Uhr.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Dienstag, 6. Juli. 15 Uhr, „Ein Nachmittag mit Königin Luise“ im Reiterhof am Hühnerberg. Abfahrt Musterplatz / Edeka, 14.40 Uhr.

Göppingen – Mittwoch, 7. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Restaurant Mythos, Hauptstraße 65, Eislingen. Auf dem Programm stehen „Lieder und Gedichte aus der Heimat“ sowie „Stuhlgymnastik“. Ehrengast ist die Landesvorsitzende Uta Lüttich.

Stuttgart – Dienstag, 13. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus der Heimat, kleiner Saal. Unter dem Motto: „Im Frühtau zu Berge ...“ gibt es interessante Reiseberichte.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 8. Juli, Treffen der Frauengruppe zur Fahrt nach Überlingen. Nähere Informationen bei Frau Stegmaier.

Weinheim – Mittwoch, 14. Ju-

Alle – auf den Seiten »Glückwünsche und Heimatarbeit« – abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

li, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf zu einem heimatlichen Schmunzelnachmittag.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 17. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Orangerie". Barbara Danowski hält einen Vortrag: „Königin Luise von Preußen".

Hof – Sonnabend, 10. Juli, 15 Uhr, Sommertreffen der Gruppe in der Gaststätte Falter, Unterkotzau.

Landshut – Freitag, 9. Juli, Ausflug der Gruppe nach Ellingen und Besuch des Kulturzentrums. Anreise erfolgt mittels privaten Pkw.

Nürnberg – Freitag, 9. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus". Dr. Siegfried Rost, Landtagsabgeordneter a. D. hält einen Vortrag: „Deutscher Kotau im Osten".

Rosenheim – Mittwoch, 7. Juli, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Höhensteiger, Westerndorf St. Peter.

Weiden – Die Gruppe feierte bei Familie Uschald in Neunkirchen ihr traditionelles Gartenfest. Es waren viele Landsleute und Gäste der Einladung gefolgt. Zunächst gab es Kaffee und Kuchen. Als Kuchenspenderinnen waren Hilde Wendt, Edith Poweleit, Anita Putz, Anita Uschald und Ingrid Uschald aktiv. Sie sorgten für schmackhafte Torten, ostpreußische Streuselkuchen, Donauwellen, Kücheln und Rosinenkuchen. In fröhlicher Runde mit erfrischenden Getränken hatte man sich viel zu erzählen. Paul Wendt brachte eine lustige Geschichte zu Gehör und Ingrid Uschald gratulierte den Geburtstagskindern der Monate Juli und August. Unterdessen grillte Adolf Uschald mit Paul Wendt und Josef Schmidt für die Anwesenden Bratwürste und Leberkäs. Dazu wurden verschiedene Salate gereicht. Man saß noch lange beisammen, bevor man sich in die Sommerpause verabschiedete. Der nächste Heimatnachmittag findet am 5. September, 14.30 Uhr, in der Gaststätte Heimgarten statt. Zuvor ist die Landsmannschaft zum Gartenfest des Heimatrings Weiden am Dienstag, den 13. Juli, 19 Uhr, im Pausenhof der Clausnitzerschule eingeladen.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-blv.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de, Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 11. Juli, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24 B,13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Die Gruppe bietet zusammen mit JWD-Reisen eine Zwei-Tages-Busfahrt an. Termin: 7. bis 8. August 2010, Reiseverlauf: 7. August: 8.30 Uhr Abfahrt vom ZOB Bremen, 10.30 Uhr bis zirka 12.30 Uhr Besichtigung der Ausstellung „Luise – Mythos und Leben" im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg, 12.30 bis 14 Uhr Mittagspause (Restaurant Krone, Mittagessen ist nicht im Reisepreis enthalten!), Weiterfahrt nach Potsdam, zirka 17.30 Uhr Ankunft in Potsdam im zentral gelegenen Art'otel in Potsdam, Zeppelinstraße 136 – der Abend steht zur freien Verfügung. 8. August: Frühstück im Art'otel, 10 Uhr Abfahrt nach Paretz, 10.40 Uhr bis 11.40 Führung durch die Ausstellung „Luise. Die Kleider der Königin", anschließend individuelle Besichtigung des Parks im Schloss Paretz, Mittagspause bis 14 Uhr, anschließend Rückfahrt nach Bremen, zirka 20 Uhr Ankunft in Bremen, ZOB. Leistungen: Hin- und Rückfahrt im modernen Reisebus, eine Übernachtung mit Frühstück im Vier-Sterne-Art'otel in Potsdam, Eintritt und Führungen, Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen – Anmeldeschluss: 18. Juni 2010, Preis pro Person: im DZ 99 Euro, im EZ 115 Euro. Nähere Informationen ab sofort in der Geschäftsstelle der Gruppe in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

HEIMATKREISGRUPPEN




Heiligenbeil – Sonnabend, 26. Juni, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg 7, Hamburg. Hierzu sind alle Mitglieder und Freunde der Gruppe herzlichst eingeladen. Bei Kaffee und Kuchen, in geselliger Runde sollen zusammen einige fröhliche Stunden verbracht werden. Der Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen beträgt 5 Euro. Es wird der Videofilm „Romantisches Masuren – Land der 1000 Seen" gezeigt. Sie erreichen den Seniorentreff mit der Buslinie 116, ab den U-Bahnstationen Hammer Kirche, Billstedt oder Wandsbek Markt. Anmeldung bei Konrad Wien, Telefon (040) 30067092, bis zum 25. Juni.



Sensburg – Sonntag, 11. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Grillparty im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Gäste sind herzlich willkommen. Anschließend macht die Gruppe Sommerpause.



HESSEN

Vorsitzende: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Bergstraße – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, findet wieder das beliebte Sommerfest auf dem Gelände des Geflügelzuchtvereins in Reichenbach statt. Geboten wird neben einem Mittagessen sowie Kaffee und Kuchen nebst diversen Getränken ein Unterhaltungsprogramm. Für Kuchenspenden ist der Verein dankbar. – Vom 2. bis 17. August liegt ein Reiseangebot vor: „Unterwegs auf dem Fluss Lena in Russland und Sibirien". Anmeldungen werden erbeten an Brigitte Sattler, Telefon (06251) 39303.

Wiesbaden – Dienstag, 13. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum Kaffeetrinken im Grünen in der Gaststätte des Wiesbadener Tennis- und Hockey-Club, Nerotal. Das Restaurant ist zu erreichen mit dem ESWE-Bus, Linie 1, Haltestelle Nerotal (Endhaltestelle). Wer Lust zu einem Spaziergang hat, steigt bereits an der Haltestelle Kriegerdenkmal aus. Von dort geht die Gruppe um 14.30 Uhr durch die Nerotal-Anlagen zur Gaststätte. Organisation und Leitung Helga Kukwa. – Donnerstag, 15. Juli, 12 Uhr, Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Essen à la carte. Aufgrund der Platzdisposition bitte unbedingt bis spätestens 9. Juli bei Irmgard Steffen, Telefon (0611) 844938, anmelden.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Sonnabend, 10. Juli, 13 Uhr, Tag der Landsmannschaften im Stadtparkrestaurant, Jasperallee, Braunschweig. Die Gruppe Braunschweig ist mit einem Stand vertreten.

Göttingen – Donnerstag, 5. August, 14.30 Uhr, Grillnachmittag im Holtenser Forst. Es wird ein Bus für die Hin- und Rückfahrt eingesetzt. Anmeldungen bis zum 27. Juli bei Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 63675. – Sonnabend, 4. September, findet der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder statt.

Helmstedt – Donnerstag, 8. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. Nähere Informationen erteil Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 8. Juli. 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Bürgermeisterkapelle", Rathausstraße. Marianne Zoeller zeigt einen Diavortrag, Thema: „Mit dem Wohnmobil eine Fahrt durch Sizilien".

Holzminden – Die Ostpreußen fuhren in die Oberlausitz. Ein voller Erfolg war die viertägige Busreise nach Görlitz und ins Zittauer Gebirge. Am Anreisetag blieben für die Sehenswürdigkeiten in Dresden nur wenige Stunden. In Reichenbach bei Görlitz war Standquartier. Am nächsten Tag stand Görlitz mit wohldosierter Stadtführung auf dem Programm. Einige nutzten die freie Zeit danach für eine sehr informative Rundreise, um auch den östlichen Teil der Europastadt Görlitz, Zgorzelec, zu erkunden. Das Zittauer Gebirge war Thema des nächsten Tages. Zunächst besuchte die Gruppe das von der „Brüdergemeine" erbaute Kirchengebäude mit einem schlichten in Weiß gehaltenen Saal und quer ausgerichteten Bankreihen im Ort Herrnhut (bekannt auch der Herrnhuter Stern). Es ging weiter nach Zittau. Das Stadtbild ist reich an Zeichen früheren Wohlstandes. Der Zittauer Kulturpfad verbindet zahlreiche Sehenswürdigkeiten wie unter anderem das siebenstöckige Salzhaus und die Blumenuhr am Grünen Ring. Frohgelaunt ging die Fahrt weiter mit der dampflokbetriebenen Schmalspurbahn, dem „Zug ohne Eile" nach Oybin. Oybin ist ein landschaftliches Kleinod. Einmalig sind die gewaltigen Sandsteinberge und die hohen vulkanischen Restberge. Mitten im Zentrum befindet sich ein bienenkorbähnliches Sandsteinmassiv – der Berg Oybin. Am Aufgang zum Berg ließen es sich diejenigen, die noch genügend Kraft von der Anstrengung des Tages in ihren Beinen spürten nicht entgehen, sich das „Hochzeitskirchlein" anzusehen, ein Kleinod barocker Baukunst (1784). Es blieb noch ein wenig Zeit auf dem Rückweg zum Hotel für einen Abstecher zum Kloster Ostritz, und der rührige Reiseführer zeigte und erklärte dabei die Entstehungsgeschichte eines neuen Stausees, den Berzdorfer See. Aber irgendwann geht jede Reise zuende. Auf dem Heimweg wurde die Gedenkstätte Bautzen II aufgesucht. Die Gruppe erlebte eine einfühlsame Führung durch die dunklen Epochen deutscher Geschichte. Nicht zuletzt durch

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Ostpreußen – Was ist das?

Hamburg – Die Landsmannschaft Ostpreußen hat die Broschüre „Ostpreußen – Was ist das?" auf Grund der großen Nachfrage neu drucken lassen. Die Broschüren werden gegen eine Schutzgebühr von 0,50 Euro pro Exemplar zuzüglich Verpackung und Versand abgegeben. Bei Bestellungen ab 50 Exemplaren liegt der Preis bei 0,40 Euro pro Broschüre und bei Bestellungen ab 100 Exemplaren bei 0,30 Euro pro Broschüre.

Bestellungen: Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Ute Vollmer, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, Fax (040) 41400850, E-Mail: vollmer@ostpreussen.de

56. Werkwoche

Hamburg – Unter der Leitung der Bundesvorsitzenden der ostpreußischen Frauenkreise, Uta Lüttich, findet vom 11. bis 17. Oktober 2010 im Ostheim in Bad Pyrmont die 56. Werkwoche statt. Es werden wieder folgende Arbeitsgruppen angeboten: Musterstricken, Kreuz- und Weißsticken, Trachtennähen sowie Weben, Doppelweben und Knüpfen. Besonders würden wir uns über eine Teilnahme von jüngeren Interessierten freuen. Die Seminargebühr beträgt 120 Euro, darin enthalten sind Vollverpflegung und Unterbringung im Doppelzimmer. Einzelzimmer stehen nur in begrenztem Umfang zur Verfügung, der Zuschlag beträgt 6 Euro pro Nacht. Fahrkosten werden nicht erstattet.

Nähere Informationen und Anmeldeformulare erhalten Sie bei der Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreussen.de

Anzeigen

Mitten in einem erfüllten Leben und nach kurzer schwerer Krankheit verließ uns unsere liebe Mutter, Oma, Schwester und Tante



Brigitte Walzer

geb. Possienke

* 6. 11. 1940 Schuditten, Kr. Fischhausen — † 16. 6. 2010 Leipzig

Traurig nehmen Abschied:

Oliver, Gesine und Henriette Walzer, Leipzig
Irmgard und Hans Hermann Hoyer, Bremerhaven
Silke Jensen und Familie, Hamburg
Jörg Rademacher und Familie, Kapstadt

Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus.
Flog durch die stillen Lande
als flöge sie nach Haus.

Gertrud Bernotat

geb. Zimmermann
geb. 6. 12. 1917 in Dumbeln/Ostpreußen
verst. 13. 6. 2010 in Diepholz

In Liebe und Dankbarkeit haben wir Abschied genommen.

Helga und Wilhelm Gerke
Astrid und Thorsten Thiesing
mit Klara

49356 Diepholz, Enge Straße 88



In stiller Trauer haben wir Abschied genommen.

Bernhard Luhnau

* 20. März 1913 Bieskobnicken/Samland — † 21. Juni 2010 Langenhagen

Im Namen der Familie
Dorothea Luhnau, geb. Freymann
Kinder, Enkel und Urenkel

In Liebe und Trauer haben wir Abschied genommen von

Gerhard Deinas

* 2. 12. 1924 Auersfeld (Stumbern) Kreis Goldap — † 9. 6. 2010 Kitchener/Waterloo Kanada

Wir sind dankbar, ihn so lange unter uns gehabt zu haben.

Corrie Deinas
Toni Bergmeier und Brigitte geb. Deinas

Gerhard fand seine letzte Ruhestätte, zusammen mit Eltern und Schwester Helga, in Kanada.

83 Lang Cres. Kitchener, ON. Canada. N2K 1P4

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
„Zukunft für Ostpreußen“

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der
Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung ***„Zukunft für Ostpreußen“***.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Wilhelm v. Gottberg
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonten:

Berenberg Bank	Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 0056941016	Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 201 200 00	BLZ: 720 300 14

Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

den umsichtigen Fahrer war diese Reise für alle ein positives Erlebnis.

Oldenburg – Mittwoch, 14. Juli, unternimmt die Gruppe, gemeinsam mit dem BdV Kreisverband Oldenburg-Stadt, eine Halbtages-Kulturfahrt zu den „Ostdeutschen Heimatstuben“ in Ambergen, Gemeinde Goldenstedt, Kreis Vechta.

Osnabrück – Dienstag, 6. Juli, 16.45 Uhr, Kegeln im Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 152. – Freitag, 16. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 152.

Rinteln – Donnerstag, 8. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im großen Saal des Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln. Im Mittelpunkt steht die Planung der Veranstaltungen im zweiten Halbjahr. Daneben werden zwei historische Ereignisse betrachtet, die sich 2010 jähren. Und es wird genügend Zeit für Kaffeetrinken und Plachandern zur Verfügung stehen. Mitglieder, Freunde und interessierte Gäste sind herzlich willkommen. Weitere Informationen zu den regelmäßig stattfindenden Veranstaltungen und zur landsmannschaftlichen Arbeit in Rinteln gibt es bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071 oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386. – Die diesjährige Reise „Königsberger Provinz“ war restlos ausgebucht. Wer eventuell Interesse an einer ähnlichen Reise im nächsten Jahr hat, kann – zur unverbindlichen Zusendung der Reiseankündigung – Adresse und Telefonnummer Joachim Rebuschat, Alte Todenmanner Straße 1, 31737 Rinteln, E-Mail: j.rebuschat@web.de, mitteilen.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, auch in diesem Jahr findet an der Gedenkstätte des Deutschen Ostens auf Schloss Burg eine Kulturveranstaltung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen statt. Die Landesgruppe hofft, ab 11 Uhr (Zeit zum Plachandern), recht viele Landsleute und Gäste auf dem „Kleinen Ostpreußentreffen“ begrüßen zu können. Wie schon in den vergangenen Jahren besteht die Veranstaltung aus einem offiziellen (14 Uhr) und einem unterhaltsamen Teil. Zu Beginn läuten die Glocken aus Königsberg und Breslau, man gedenkt der Toten und hört das Trompetensolo „Ich hatt' einen Kameraden“ (Trompeter F. Braun). Hubert Maessen, WDR-Redakteur, wird die Festrede halten. Für das leibliche Wohl sorgen die Damen der Landesgruppe mit ostpreußischen Spezialitäten. Zahlreiches Erscheinen ist der Lohn für den Veranstalter mit seinen ehrenamtlichen Mitwirkenden. – **Bei dieser Gelegenheit wird darauf hingewiesen, dass die 224 Seiten fassende Gedenkschrift „Ostpreußen – Land der dunklen Wälder“ zum Preis von drei Euro plus Versandkosten zu erwerben ist.**

Bielefeld – Die Ostpreußische Mundharmonika-Gruppe trifft sich in unregelmäßigen Abständen. Informationen bei Bruno Wendig, Telefon (05241) 56933.

Bonn – Dienstag, 6. Juli, 18 Uhr, Sommerstammtisch im Haus am Rhein, Elsa-Brändström-Straße 74. – Sonntag, 11. Juli, 11 Uhr, Teilnahme der Gruppen Siegburg und Bonn an der Kulturveranstaltung der Landesgruppe auf Schloss Burg. Abfahrt ab Bonn: 10 Uhr, Beethovenhalle, Rheinseite. Fahrpreis: je nach Teilnehmerzahl 10 bis 15 Euro. Anmeldung bei Lm. Ruhnau, Telefon (02241) 311395, oder Lm. Kreuer, Telefon (02246) 5100.

Ennepetal – Donnerstag, 15. Juli, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt Rühreier mit Speck und Bratkartoffeln.

Gütersloh – Montag, 5. Juli, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Montag, 12. Juli, 15 Uhr, Treffen des Ostpreußischen Singkreises in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Mittwoch, 14. Juli, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9.

Hagen – Donnerstag, 8. Juli, findet der diesjährige Busausflug der Gruppe zur Lahn (Limburg) – Bus- und Schiffsfahrt – statt. Es sind noch Plätze frei.

Köln – Dienstag, 6. Juli, Treffen der Gruppe. Es wird ein Diavortrag über die „Sozialkulturelle Betrachtung Indiens“ gezeigt. Auch bietet dieses Treffen Gelegenheit, sich für die Mitfahrt zum „Kleinen Ostpreußentreffen“ auf Schloss Burg (11. Juli) einzutragen.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Freitag, 9. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Freitag, 16. Juli, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Landesgruppe – Wir nehmen Abschied von Edith Baumgart, langjähriges Mitglied des Vorstandes der Landesgruppe Sachsen-Anhalt und Mitglied der Gruppe Magdeburg. Außerdem war sie verantwortlich für die Frauenarbeit innerhalb der Landesgruppe. In tiefer Trauer, der Vorstand.

Aschersleben – Mittwoch, 30. Juni, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“. – Mittwoch, 14. Juli, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“.

Dessau – Montag, 12. Juli, 14 Uhr, Sommerfest der Gruppe im Krötenhof.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Landesgruppe – Zur Vertreterversammlung der Landesgruppe konnte der Landesvorsitzende Edmund Ferner 40 Teilnehmer begrüßen. Nach den Regularien wurden Dr. Jutta Hantschmann und Edwin Falk mit der Silbernen Ehrennadel geehrt. Anschließend referierte Edmund Ferner über: „Das deutsch-polnische Verhältnis in Geschichte und Gegenwart – Eine Dokumentation des polnischen Literaturhistorikers Jan Josef Lipski“. Nach dem Mittagessen begeisterten Jochen Gawehns und Gerd Höpfner mit mundartlichen Beiträgen. Zum Schluss fesselte ein Vortrag über Sitten und Gebräuche von Martina Bissel vom „Knigge-Komitee“.

Bad Schwartau – Die Herbstfahrt der Gruppe geht nach Walsrode in die Lüneburger Heide zum Heide-Back-Haus mit einem „Vollkorn-Seminar“, Besichtigung der Backstube und Führung, danach eine Komödie im Back-Theater und ein musikalischer Abschluss mit Mitsingen und Schunkeln – natürlich alles einschließlich eines kräftigen Mittagessens und großen Kaffeetrinkens mit Heidscher Sahnetorte und Rahmbutterkuchen und eines Gastgeschenks. Abfahrt ZOB Bad Schwartau, 9 Uhr, Preis alles inklusive 44 Euro. Gäste sind wie immer herzlich willkommen. Informationen bei Regina Gronau, Promenadenweg 26, 23611 Bad Schwartau, Telefon (0451) 26706.

Neumünster – Mittwoch, 14. Juli, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Scheffler.– So erlebten die Mitglieder und Gäste der Gruppe den Tagesausflug nach Wesselburen in Dithmarschen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Geschichtsseminar

Hamburg – „Ostpreußen in der Weimarer Republik“ ist das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen, das vom 24. bis 26. September 2010 im Ostheim, Bad Pyrmont, von Dr. Sebastian Husen geleitet wird. Dr. Gogan spricht über die Volksabstimmung von 1920, Dr. Hartmann über die polnischen Standpunkte zum Plebiszit. Dr. Shindo referiert über die Zuständigkeitserweiterung des Oberpräsidenten Ostpreußens, Dr. Rix behandelt August Winnig, Dr. Oberdörfer die siegreichen Großmächte und die Zukunft des Memellandes 1919 bis 1924/45. Ruth Geede spricht über das literarische Leben in Königsberg. Die Seminargebühr beträgt 80 Euro, darin enthalten: Vollverpflegung und Unterbringung in Doppelzimmern. Einzelzimmer, für einen Zuschlag von 6 Euro pro Nacht, stehen nur im begrenzten Umfang zur Verfügung.

Die Anmeldeunterlagen und nähere Informationen erhalten Sie bei Landsmannschaft Ostpreußen, Christiane Rinser, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, Fax (040) 41400819, E-Mail: rinser@ostpreußen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

Die Erste Vorsitzende, Brigitte Profé, hat es verstanden, die grauen Zellen in Aktion zu bringen, denn zu diesem Zeitpunkt war den Teilnehmern noch nicht zum Singen. Worte auszudenken, soviel wie möglich mit „Kohl“ sollte man finden, machte Spaß! Eine Kohlregentin war das Resultat. Eine Majestät mit Diadem und leuchtendem Rubin nebst gekröntе „Hofdame“ mit Gefolge, das war ein toller Einstieg fürs Kohlosseum. Kohl-Roulade und Dithmarscher Bier sowie „Rote Grütze“ zur Stärkung war die hauptsächliche Mittags-Mahlzeit. Damit waren die Teilnehmer zum Vortrag zur Bio-Sauerkohl-Herstellung unter anderem von Hubert Nickels bereit. Man ahnt ja nicht, was es alles gibt, Kohlsalbe, Kohl-Shampoo, Kohlbrot. Bei den Viechern: Kohl-Fliege, Kohl-Weißling, Kohl-Meise, hätten punktmäßig auch noch gezählt. Man konnte auch mancherlei Dinge probieren und konsumieren, man verstand es auch, andere Sachen aus dieser Region und anderen Gebieten anzubieten. So waren zum Beispiel Handarbeiten, Glaswaren, Geschirr einschließlich Sammeltassen, auch Einzelstücke aller Klassen vorhanden. Spirituosen nicht zu vergessen, für die Verdauung von deftigem Essen. Schließlich musste heute der Euro unter die Leute. Nun das Museum – es zeigte vom Samen über Pflanzen sowie Krauthobeln, Sauerkrautfässern bis Weißblechdosen mit Öffnungs- und Verschlusstechnik aus früherer Zeit. Alther- oder Hingebrachtes, als die heutige Technik noch weitentfernt schien. Jedoch in einer Vitrine konnte man bereits die Anfänge von Rechenmaschinen (mit Kurbel) verschiedener Art bewundern und zum Gegensatz hatte man Großwandfotos an der Wand parat von dem heutigen, modernen Kohlpflanzgerät, wie man damit über das Anpflanzgebiet fährt! Interessant allemal! Das Kohlosseum ist also so eingeteilt in Kohlmuseum, Krautwerkstatt und Bauernmarkt, dem Heike Götz vom NDR auch bereits in der „Landpartie“ ihren Besuch abgestattet hat. Danach war Kaffee-Trinken satt angesagt – mit Tortenauswahl wie man sagt! Voll von Eindrücken begab man sich zum Bus, der die Gruppe ja letztendlich wieder nach Hause bringen musste. Nun gab es noch ein Bonbon von Gerd Höpfner während der Fahrt in bester ostpreußischer Mundart. Er sollte sogar ein Schlaflied singen, meinte jedoch, dies könnte ihm in entsprechender Höhenlage nicht gelingen. So stimmte der verkannte und doch bekannte „Tenor“ das wunderbare „Ostpreußenlied“ an und alle sangen mit. Übrigens, „Ihre Majestät“ möge der „Hofdame“ verzeihen – sie konnte sich nicht gebührend verabschieden, wie es sich für eine „Hofdame“ geziemt. Sieglind Zarbock, als Gast von der Landsmannschaft Nieder-/Oberschlesien, bedankte sich auch, im Namen der Teilnehmer, für den wunderbaren Ausflug.



Auch für 2011 wird wieder ein Begleiter durch das Jahr mit Motiven aus Ostpreußen erscheinen. Der Kalender „Ostpreußen und seine Maler 2011“ enthält Motive alter Städteansichten und Landschaftseindrücke aus Masuren, dem Oberland und vom Kurischen Haff. Der Kalender ist für die Leser dieser Zeitung bis zum 30. September zum Vorzugspreis von 21,50 Euro (inklusive Versandkosten) erhältlich.

Bestellungen direkt bei: type art satz&grafik gmbh, Südrandweg 15, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 5573780, Fax (0231) 55737820.

Identität bewahren

Kulturarbeit von Kreis und Kreisgemeinschaft

Zentrales Thema beim Meinungsaustausch von Kreispräsident Eckhard Schröder und Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach mit den Vorstandsmitgliedern Dr. Manfred P. Solenski und Günter Woyzechowski von der Kreisgemeinschaft Johannisburg waren die Planungen für eine gemeinsame kulturelle Veranstaltung aus Anlass des Kriegsendes vor 65 Jahren. 1944/45 – so Landrat von Gerlach – hätten Flucht und Vertreibung aus den früheren deutschen Ostgebieten ihren tragischen Höhepunkt erreicht.

Eine Ausstellung zu Flucht und Vertreibung

Nach dem totalen Zusammenbruch hat der Kreis Flensburg-Land eine Patenschaft zur Kreisgemeinschaft Johannisburg übernommen, um den Vertriebenen zu helfen, ihre kulturelle Identität zu bewahren und sich in die neue Gesellschaft einzugliedern. Diese Patenschaft habe der Kreis Schleswig-Flensburg fortgeführt. Heute gehören rund 6000 Haushalte heimatvertriebener Johannisburger in ganz Deutschland der Kreisgemeinschaft an. Um die Folgen von Flucht und Vertreibung zu dokumentieren und zugleich das heute partnerschaftliche Miteinander mit den Polen herauszustellen, planen der Kreis und die Kreisgemeinschaft gemeinsam eine große kulturelle Veranstaltung voraussichtlich am 12. November im Kreishaus. Neben Vorträgen und musikalischen Beiträgen soll eine Ausstellung mit Exponaten aus Johannisburg das Leben in Masuren einst und jetzt veranschaulichen.

Kreispräsident Eckhard Schröder betonte, dass der stete Dialog mit den Johannisburgern die Patenschaft festige und der Völker verbindenden Zusammenarbeit mit dem heutigen Partnerkreis Pisz in Polen positive Impulse gebe. Daher setze der Kreis das vertrauensvolle Miteinander mit der Kreisgemeinschaft gern fort.



Sie vereinbarten eine gemeinsame Ausstellung: Dr. Manfred P. Solenski (rechts) und Günter Woyzechowski (2. von links) sowie Kreispräsident Eckhard Schröder (links) und Landrat Bogislav-Tessen von Gerlach. Bild: Pressestelle

Geheimnisvolle Pillen

Der Apotheker – wunderlicher Kauz und ausgewiesener Fachmann

Er war ein exzellenter Fachmann auf seinem Gebiet – und ein wunderlicher Kauz dazu, unser alter Apotheker Dr. Otto Keyl in Stallupönen. Nicht nur, dass er über alle einschlägigen Medikamente genau Bescheid wusste und sich in der Wirkung heimischer Heilkräuter bestens auskannte. Nein, er experimentierte selbst wie besessen mit allen möglichen Pulvern und Flüssigkeiten herum, um Mittel gegen menschliche Gebrechen zu entwickeln. Einerseits wollte er den Mitbewohnern unserer Kleinstadt und der Landbevölkerung, die besonders an Markttagen bei Bedarf seine Apotheke aufsuchte, einen Gefallen tun. Andererseits erhoffte er

Eine Art Wohltäter der Menschheit

sich, bei Erfolg als eine Art Wohltäter der Menschheit in die Medizingeschichte einzugehen. Vielleicht spielte bei seinen Experimenten aber auch der finanzielle Nutzen eine Rolle, den ihm ein großer Wurf hätte bringen können.

So sah man ihn stundenlang im weißen Kittel über Gläsern, Schüsseln und Bunsenbrennern gebeugt mit Chemikalien und anderen Stoffen hantieren, um einen besonderen Sud zu brauen, der dann eingedickt und schließlich zu Dragees geformt wurde. Oder er goss brühheißen Hagebuttentee über ein Gemisch von Brennesseln, Salbei und Sauerampfer, filtrierte das Gebräu und füllte es in Fläschchen ab, auf das er Etiketten mit dem verheißungsvollen Titel „Mittel gegen Mückenstiche“ klebte. Seine Frau Doris sah in dem eifrigen Bemühen ihres Mannes wenig Sinn, da sie nicht so recht an einen Erfolg glaubte. Ihr Ehegespons verbrachte ihrer Meinung nach viel zu viel Zeit mit seiner Spielerei, wie sie sein Herumexperimentieren nannte, Zeit, in der sie ihn lieber an ihrer Seite bei Spaziergängen im Paballer Wäldchen oder im Schützenpark gehabt hätte, denn selbst am Wochenende zog sich der ihr Angetraute unter dem Vorwand, er stehe kurz vor dem Durchbruch zu einem neuen Wundermittel und dürfe jetzt den entscheidenden Gedanken nicht verlieren, in seine Laborkammer zurück. Auch seine Stammtischbrüder, alle Honoratioren der Stadt, mussten auf seine Teilnahme am monatlichen Treffen verzichten, wenn dem wundersamen Doktor wieder eine Idee zu einem Experiment gekommen war und er sich in sein faustisches Studiengemach zurückgezogen hatte.

In Stallupönen munkelte man, weiße Mäuse dienten dem Apotheker als Versuchskaninchen, und einige der possierlichen Tiere hätten im Dienste der Forscherleidenschaft Dr. Keyls ihr ohnehin nicht langes Leben sehr früh aushauchen müssen. Aber das waren nur Gerüchte, und da es an Beweisen fehlte, traten keine Tierliebhaber auf den Plan, um diesem möglicherweise wissenschaftlich nicht gerechtfertigten Treiben ein Ende zu setzen.

So werkelte der Apotheker jahrelang, ohne dass sich nennenswerte Erfolge einstellten. Aber dann erwiesen sich schwarzbraune Pillen, die der Hobby-Forscher aus Lakritzsaft, Fenchel und Kamillenextrakt produziert hatte, als wirksames Mittel gegen Erkältungen. Dr. Keyls Eheliebste selbst musste als Versuchskaninchen herhalten, als sie von Husten und Schnupfen gleichermaßen befallen war. Tapfer hatte sie die Pillen geschluckt, zweifelnd zwar an deren Wirkung und hoffend, sie würden zumindest nicht schaden, aber siehe da: Der Schnupfen schwand in kurzer Zeit, und auch der Husten trat offensichtlich den Rückzug an. Als sich bei weiteren Freiwilligen, denen die Pillen gegen ihre Erkältung kostenlos offeriert worden waren, ähnliche Erfolge zeigten, konnte der Apotheker frohlocken. Endlich war ihm etwas in Fachkreisen durchaus Vorzeigbares gelungen!

Die Unbedenklichkeitsbescheinigung der Prüf-Behörde in Königsberg ließ zwar geraume Zeit auf sich warten, aber dann ging alles ganz schnell. Eine Firma, die Blechdosen für das neue Medikament liefern konnte, war flugs gefunden, und so konnte die Produktion in größeren Mengen beginnen. Die passenden Etiketten druckte der städtische Zeitungs-

Die eigenen Namen als Namensgeber

verlag, bei dem Dr. Keyl ein für sein neues Mittel werbendes Inserat geordert hatte. So konnten die Stallupöner bald lesen, dass „Dorisot“ ein in ihrem Heimatort entwickeltes Medikament, sich anschicke, seinen Siegeszug um die Welt anzutreten.

Kopfzerbrechen bereitete den meisten nur der Name. Dorisot? Was verbarg sich dahinter? Kluge Köpfe versuchten über das Lateinisch-Griechische eine Erklärung: „Do“ hänge wohl mit dolor = Schmerz zusammen, und „ri“ mit ris = Nase, aber zu solchen Deutungen lächelte der Apotheker nur verschmitzt. Schließlich lüftete er bei heiterer Stimmung im Kreis seiner Stammtischbrüder das Geheimnis. Aus dem Vornamen seiner Frau und seinem eigenen hatte er den Namen des neuen Medikaments gebildet: Aus Doris und Otto war „Dorisot“ entstanden. *Dieter Grau*

Der verlorene Schatz

Ein Erbe lässt sich nicht immer in Zahlen ausdrücken

Der Opa wurde im hohen Alter zu Grabe getragen. Ein lieber Mensch ist gegangen. Die Trauer ist groß. Der Opa hat oft, fast zu oft für die Kinder, von seiner Heimat erzählt. Wenn er ans Erzählen kam, haben sich alle, so weit es ging, weggestohlen. Bis zum Schluss hat er in seinem Häuschen gewohnt, das er nach der schweren, entbehrungsreichen Zeit, nach Krieg und Flucht, mit seiner Frau aufgebaut hatte. Die Verwandtschaft ging ein letztes Mal durch die Räume, da sich jeder ein Andenken von dem Alten mitnehmen konnte. Manches, das die Kinderzeit der Suchenden begleitete, wurde aus Nostalgie an sich genommen. Zum Schluss blieben Erinnerungsstücke und eine stattliche Bibliothek mit Büchern übrig. Diese Heimat-Bücher wurden kaum angerührt. Schöne Bildbände von dem Land im Osten, Romane, Erlebnisberichte von zu Hause und auch Chroniken und Heimatbücher blieben im Regal liegen.

Alle diese Schätze des Großvaters in den Container schaffen will der Enkel, der den Haushalt auflösen soll, auch nicht. Lustlos blättert er in den schönen, aufwändig gestalteten Bildbänden. Er greift nach der schweren Schwarte „Chronik des Heimatkreises Dirschau“, in der der Großvater oft gelesen hat und das er sehr pfleglich behandelte. Ja, von Dirschau und Mewe, den Städten an der Weichsel, hat er oft erzählt und geschwärmt.

Mancher verdrehte dabei die Augen und stahl sich heimlich aus dem Zimmer. „Dieses dicke schwere Buch passt nicht in unseren Wohnzimmerschrank“, denkt der Enkel sich. Kurz entschlossen spricht er einen Freund an, sich die alten Bücher anzusehen. Der steht den Schätzen im Bücherregal reserviert gegenüber. Ihm wurde schon so manches Mal angeblich Wertvolles angedient, das ihn daraufhin stark belastete.

Beim nächsten Hinsehen erkennt er aber den ideellen Wert der Bücher. Ob damit jedoch ein Geschäft zu machen ist, weiß er nicht. Er fragt den Freund: „Willst du wirklich diese Bücher weggeben?“ „Nimm alles, damit es weg ist, ich kann sowieso damit nichts mehr anfangen,“ entgegnet der andere.

Der Flohmarkthändler drückt dem Freund einen Schein in die Hand. Der Enkel ist nur froh, den ganzen Plunder auf diese angenehme Weise los geworden zu sein. Der Händler der Antiquitä-

»Dann sind wir ja alle Polen«

ten ist später erstaunt, dass sich viele Leute um diesen Schatz reißen. Manche Versteigerung im Internet erzielt sehr hohe Werte, weil sich die Interessenten gegenseitig zu überbieten suchen.

Die Jahre gehen ins Land. Eines Tages kommt der Sohn aus der Schule und fragt nach der Herkunft der Familie. Die Fragen werden ihm, soweit der Vater kann, geduldig beantwortet.

Der Junge sagt endlich: „Dann sind wir ja alle Polen, denn der Lehrer hat vorgelesen, dass dieses Land immer polnisch gewesen ist.“ Der Vater wird nachdenklich, weiß aber, dass die Familie immer Deutsche gewesen sind. Der Großvater war sogar stolz auf seine deutsche Nationalität.

Der Sohn will mehr von der Herkunft seiner Vorfahren vom Vater erfahren. Leider muss dieser wieder passen. Im Internet lesen sie viele Abhandlungen von polnischen Autoren über diese alten polnischen Provinzen im Westen Polens. Irgendwie hat er aber in Erinnerung, dass der Opa immer von einer 800-jährigen deutschen Kultur gesprochen hat. Er dachte bei sich: Da hatte doch der Großvater eine Chronik seines Heimatortes gerne gelesen. Dieses Buch war sein wertvollster Schatz.

Er fragt den Freund nach diesem Buch. Doch dieser konnte sich nicht mehr genau erinnern. Der Vater besucht auch den Flohmarkt in der Hoffnung, das Buch oder ähnliche Dinge, die an die Heimat seines Großvaters erinnern, zu finden. Vater und Sohn blättern auch gemeinsam im Internet auf den Auktionsseiten. Dort wird tatsächlich die Chronik des Kreises Dirschau von Otto Korthals angeboten. Der Hinweis „nicht mehr gut erhalten“ stört ihn nicht sehr. Er steigt ins Bieten ein. Er will dieses Buch jetzt haben. Sein Jagdfieber erwacht. Doch offensichtlich will alle Welt dieses Buch kaufen. Tapfer steigert er mit. Der Preis ist letzten Endes enorm hoch. Aber er hat es geschafft!

Als der Briefträger nun das schwere Päckchen bringt, packt er es voller Freude gemeinsam mit seinem Sohn aus. Der Erhaltungszustand ist tatsächlich miserabel. Zumindest sind die Seiten vollzählig. Doch jetzt blättern beide andächtig in dem Werk seiner Vorfahren, die dieses Buch hier im Westen nach der Flucht und der grausamen Vertreibung gemeinsam mit anderen geschaffen haben. Regelmäßig liest er der Familie aus dieser Chronik der Deutschen an der Weichsel vor. Die Abbildungen darin verschlingen sie förmlich. Langsam reift der Entschluss, in die Heimat der Vorfahren zu reisen, um das ihnen fremde Land kennenzulernen. *Jürgen Schulz*

Schuldverschreibung – Tochter des Agamemnon – zerplatzen – absondern, getrennt halten – elektronische Post (engl.) – Stifter des Islams – Klettertrieb einer Pflanze – Verbindungsstelle, Ritze – veraltet: Predigt, Strafpredigt – behandelnder Arzt, Heilkundiger – linker Nebenfluss der Fulda – Triumph, Erfolg im Wettkampf – Zitterpappel – genießerisch Süßes verzehren – Feinheit – altrömische Unterwelt – den Namen haben – Stadt in Nebraska (USA) – Klatsch, Tratsch – Fahrt zu einem entfernten Ort – vor Gefahr schützen – Gewürzknospe – Schwanzlurch – Ersatzanspruch – engl. Schriftsteller (Daniel) – U-Bahn (bes. in Paris, Moskau) – Modetanz der 60er – Senke vulkanischen Ursprungs – eine Sitzung abhalten – Lump, ehrloser Kerl – Verordnung, Erlass – kostbar; menschlich vornehm – schlechte Angewohnheit – Ehemann – Möbelstück – Sprecher – Vorname Strawinskys – Gesichtspartie – Verbrennungsrückstand – Gegner – Stadt im US-Staat Washington – Stadt in der Schweiz – das Haus oder die Wohnung verlassen – Sache, Gegenstand – Inselstaat im südlichen Pazifik – alle zwei – nicht außen – rätselhafte Weissagung – Berg im Himalaja (Mount ...) – weit weg gelegene Gegend – Umlaufbahn eines Satelliten – zutiefst betrübt sein – ungefähr, annähernd – nord. Schicksalsgöttin – Anhänglichkeit, Loyalität – auf dem Bauch kriechen – griechische Siegesgöttin – die Position ermitteln – optisches Signalgerät – Vorsilbe: unterhalb (lat.) – südamerikanischer Tee – Augenflüssigkeit – Teil des Frachters – chinesischer Kochtopf – großartig, hervorragend – dickes Seil – stilisiertes Rankenornament – einen Cocktail zubereiten – anfänglich – altrömisches Gewand – Wortlaut – Stil, Eleganz (franz.) – Grundform des Jazz – Flächenmaß – Dramengestalt bei Goethe – musterhaft, vollkommen – Überschrift – Märchen-, Sagengestalt – auf der Rückseite von etwas – Küchengerät, Lochgefäß – gleichmäßige Verteilung – Meeressäugetier – Senkblei – römischer Dichter – Schwertlilie – Untereinheit von Euro u. Dollar – Hühnerprodukt – absichtliche Boshaftigkeit – österr., schweiz.: Anzahlung – „fleißiges“ Insekt – Aufsehen, Skandal – Warenverkehrssteuer – artig, brav

PAZ10_26

So ist's richtig:

Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Orchester, 2. Schinken, 3. Buendnis, 4. Schnitzel, 5. Klavier, 6. Meister, 7. Geraeusch – Endivie

Magisch: 1. Sangria, 2. Agentur, 3. visuell

Schüttelrätsel

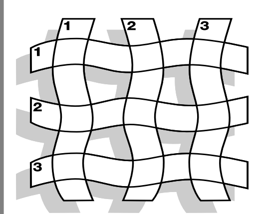
In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

EGLMO – ADER – AESSY – DEHII – ELOT – CERW – AEHR – CEHL – AEJNS – EEIPRS – ADEEGNRST – LORY – AIOW

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung eine Salatpflanze.

Nr.	links		rechts
1	SINFONIE		GRABEN
2	BIER		WURST
3	ZWECK		PARTNER
4	JAEGER		JAGD
5	SCHIFFER		KONZERT
6	WELT		SCHAFT
7	MOTOREN		PEGEL



Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 spanische Rotweinbowle
2 Nachrichtenbüro
3 das Sehen betreffend

Arztstunde in der Schule

Medizinerinnen beantworten Fragen von Mädchen und jungen Frauen zu ihrem Körper

Den eigenen Körper schätzen und schützen lernen, so lautet das Präventionskonzept der Ärztlichen Gesellschaft zur Gesundheitsförderung der Frau e.V. (ÄGGF). Im Sinne ganzheitlicher Gesundheit haben sich in dieser bundesweiten, gemeinnützigen Organisation 85 Ärztinnen zusammengeschlossen, um Mädchen und Frauen über gynäkologische Zusammenhänge aufzuklären.

Die Ärztinnen der ÄGGF, fast ausnahmslos selbst Mütter, gehen an Hunderte von Schulen, vorrangig an Haupt-, Real- und Gesamtschulen, denn die sozial bedingten Unterschiede bei den „Gesundheitschancen“ sind dort besonders groß. Sie treffen dort auf Mädchen zwischen 10 und 16 Jahren und erfahren fast immer positive Resonanz. Erfahrene Pädagogen schätzen die „Arztstunde“ ebenso wie die Jugendlichen; aber auch die Eltern sind mit diesem Modell ärztlicher Gesundheitsförderung und Sexu-

Einfühlsame Vermittlung intimer Themen

alerziehung meist einverstanden. Nicht nur die höchste fachliche Qualifikation der Ärztinnen, sondern auch die zurückhaltende und einfühlsame Vermittlung intimer Themen findet Anklang. 95 Prozent der Schülerinnen beurteilen das Gespräch mit einer ÄGGF-Ärztin als sehr gut oder gut.

Die ÄGGF wurde vor gut 50 Jahren gegründet und arbeitet heute unter der Schirmherrschaft der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e.V. sowie der Deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde und Jugendmedizin e.V. Dem Präventionskonzept der ÄGGF wurde im Jahre 2002 vom Jugendforschungsbereich des Robert-Koch-Instituts ein signifikanter Erfolg bescheinigt, mehrfach wurde es mit Preisen ausgezeichnet.

Die Nachfrage nach der „Arztstunde“ an Schulen und anderen Einrichtungen steigt stetig. Deswegen müssen immer mehr Ärztinnen für diese freiberufliche Tätigkeit eingestellt werden. Im Jahr 2008 fanden bundesweit 7000 Schulveranstaltungen statt und mehr als 120000 Jugendliche an Schulen wurden unterrichtet. Damit verdoppelten sich in drei Jahren die Veranstaltungszahlen. Der besondere Reiz an diesen Stunden liegt darin, einmal ganz unter sich mit einer Ärztin alle Fragen rund um den eigenen Körper zu besprechen. Dabei geht es besonders um den weiblichen Zyklus, Sexualität, Schwangerschaft und Impfungen; aktuell besonders zur HPV-Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs.

Die Ärztinnen treffen bei den Mädchen auf immer wieder ähnliche Problemstellungen. Je geringer der angestrebte Bildungsabschluss, desto früher setzt die sexuelle Aktivität ein. Aber auch bei Gymnasiastinnen herrscht häufig ein wenig angewandtes und überschätztes Wissen vor. Das Verhütungsverhalten zeigt sich öfter als mangelhaft beziehungsweise optimierbar. Gut akzeptiert werden von den Mädchen alle Informationen über die Wege gynäkologischer Prävention (erster Besuch beim Frauenarzt).

Die Ärztinnen der ÄGGF suchen aber neben dem Schulunterricht auch nach neuen Feldern für ihre präventivmedizinische Arbeit. So entstanden in den vergangenen Jahren neue Arbeitsgebiete bei Sportvereinen, in der Prävention des Rauchens und bei Migrantinnen. Wissenschaftliche Erhebungen belegen, dass Mädchen in weit höherem Maße als Jungen mit ihrer körperlichen Ausstattung unzufrieden sind. Sportliche Aktivitäten von Mädchen dagegen fördern das Vertrauen in den eigenen Körper sowie den Aufbau sozialer und emotionaler Beziehungen zu Gleichaltrigen. Als besonders hilfreich gegen das angeblich unvermeidliche „Zickenverhalten“ in der Pubertät gilt der ritualisierte Tagesablauf und Vorschriften bei sportlichem Training. Gerade diese Regeln helfen den Mädchen in der Übergangsphase der Pubertät; nicht zuletzt ist der gewichtsreduzierende Effekt ein zusätzliches Bonbon der sportlichen Aktivität. Aufgabe der Ärztinnen ist es beispielsweise, in Sportvereinen über die anatomischen und physiologischen Vorgänge während der Menstruation aufzuklären.

Ein zweites neues Feld der Ärztinnen der ÄGGF ist die Prävention von Raucherkarrieren. Junge Mädchen zum Rauchstopp zu animieren ist dabei gar nicht so einfach. „Frei sein, gesund sein, gerne Mädchen sein!“ – so lautet der Titel des neuen Faltblattes zum Thema Nichtrauchen speziell für Mädchen. Die Deutsche Krebshilfe und die ÄGGF klären damit insbesondere zwölf- bis 17-jährige Mädchen über die Folgen des Tabakkonsums auf. Denn: 16 Prozent von ihnen rauchen und riskieren damit Gesundheit und Zukunft. Jugendliche Raucherinnen haben beispielsweise ein dreimal höheres Brustkrebsrisiko als Nichtraucherinnen. Darüber hinaus schwächt Rauchen das Immunsystem; junge Mädchen werden dadurch anfälliger für sexuell übertragbare Krankheiten wie Pilz- oder HPV-Infektionen.

Ein drittes neues Feld packen die Ärztinnen der ÄGGF erst seit dem vergangenen Jahr an. Über 30 Ärztinnen der ÄGGF führten 2009 in einem von der Europäischen Union (EU) geförderten Projekt bundesweit Unterrichtsveranstaltungen für Frauen aus Nicht-EU-Staaten durch. Auch hier klärten die Ärztinnen über gynäkologisch ausgerichtete Themen auf. Wichtig für die Migrantinnen waren aber auch Informationen, wie man einen Zugang zum hochentwickelten deutschen Gesundheitssystem erhalten kann. Teilweise mit Dolmetschern überwanden die Ärztinnen die vorhandenen Sprachbarrieren. An den 423 Veranstaltungen nahmen mehr als 4700 Frauen teil.

Eine Ärztin aus Hamburg berichtete begeistert von ihren Erfahrungen mit den teilnehmenden Frauen. Es herrsche bei Teetrinken und Gespräch fast immer eine herzliche und offene Atmosphäre. Da könne man es auch gut verschmerzen, wenn die deutsche Pünktlichkeit noch nicht erlernt worden sei und alles etwas länger dauere.

Die Frauen mit Migrationshintergrund zeigten einen großen Informationsbedarf, wobei die Ärztinnen über eine kultursensible Ansprache verfügen müssen. Der Imam von der Moschee ist teilweise mit in die Vermittlung des Angebots einbezogen, sonst würden viele Frauen nicht kommen dürfen. *Hinrich E. Bues*



Aufklärungsarbeit: Auch in verschiedenen Kliniken wie im Bethesda in Duisburg werden Jugendliche über die Gefahren von Nikotin aufgeklärt. Bild: Internet

Der »blonde Hans« trug ein Toupet

Der Hamburger Hans Albers eroberte mit seinen Filmrollen als Draufgänger die Frauenherzen

Dreimal erlebte das deutsche Filmwesen große Umbrüche. Ende der 20er Jahre ging die Ära des Stummfilms zu Ende und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges „verschwand“ manch gefeierter ehemaliger NS-Star. Hans Albers, der am 22. September 1891 in Hamburg das Licht der Welt erblickte, konnte in allen drei Phasen des deutschen Films große Erfolge feiern. Eigentlich

»Traumgage« von acht Reichsmark am Tag

wollte Albers lieber Theater spielen. Eine Anekdote weiß zu berichten, er habe sich 1917 erst entschlossen zu filmen, als man ihm die „Traumgage“ von acht Reichsmark am Tag anbot. Nur in der Zeit des Ersten Weltkrieges hatte er Rollen in sieben Stummfilmen. Bis 1929 wurden es rund 100 Streifen. 1929 trat er in seinem ersten Tonfilm auf. Bis dahin hatte er kriminelle und gewissenlose – also weniger sympathische Rollen gespielt, nun wechselte er erfolgreich in ein anderes Fach und wurde Abenteurer und Herzensbrecher im Seemanns- und Hafenmilieu.

In „Der blaue Engel“ spielte er nur eine Nebenrolle, aber mit „FP 1 antwortet nicht“ (1932) schaffte er nicht nur den Durchbruch in die erste Garde der deutschen Schauspieler, sondern etablierte sich auch als Schlagersänger. Mit dem Streifen wurde das Lied „Flieger, grüß mir die Sonne“ bekannt. Nun arbeiteten die bekannteren Regisseure wie Gustav Ucicky mit ihm zusammen. Mit ihm entstanden die drei Filme „Flüchtlinge“ (1933), „Unter heißem Himmel“ und „Savoy Hotel 217“ (beide 1936), in denen der „blonde Hans“ die Hauptrollen spielte. Diesen Beinamen hatte er erhalten, obwohl seine blonden Haare gar nicht echt waren, er trug ein Toupé. Albers wirkte in einem der ersten Ufa-Farbfilme („Münchhausen“) mit, der 1943 in die Lichtspieltheater kam.

Sein vermutlich populärster und wichtigster Film bis 1945 war „Große Freiheit Nr. 7“. Er entstand unter der Regie von Helmut Käutner, mit dem Albers auch nach Kriegsende noch zusammen arbeitete. Dieser Film wurde von einer ganzen Reihe Schlagern begleitet: „Auf der Reeperbahn nachts um halb eins“, „La Paloma“ und „Beim ersten mal da tut's noch weh“ waren in aller Ohren. Der Film wurde auch im Ausland aufgeführt und erhielt dafür neue Titel. Zwar wurde der Streifen noch vor Kriegsende uraufgeführt, aber in die Kinos kam er erst später. Während des Krieges waren die Filmgagen des Stars außerordentlich hoch. Trotzdem hielt er Abstand zu den politisch Mächtigen. Erst später (1958) sollte er sich das erste und letzte Mal politisch äußern. Er sprach sich mit Blick auf die deutsche Wiedervereinigung gegen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr aus. Nach Kriegsende wirkte Albers in weiteren 18 Filmen mit. 1947 entstand „... und über uns der Himmel“. Dort verkörperte er einen Kriegsheimkehrer. Nach zwei Flops kehrte Albers zu seiner Rolle als Frauenheld zurück. Hildegard Knef war die richtige Filmpartnerin für „Nachts auf den Straßen“ (1952). Bald danach (1955) war die junge Romy Schneider seine Partnerin in „Der letzte Mann“.

Später entstanden noch so bekannte Streifen wie „Auf der Reeperbahn nachts um halb eins“, „Das Herz von St. Pauli“ und der „Greifer“. In seinem letzten Film „Kein Engel ist so rein“ (1960) machte er die junge Sabine Sinjen als seine Filmpartnerin bekannt. Kurz vor seinem Tod ließ Albers sich von seinem Chauffeur noch einmal um den Starnberger See fahren, wo er seit 1933 ein großes Anwesen besaß. Am 4. Juli 1960 hörte sein Herz auf zu schlagen. Seine letzte Ruhestätte fand er auf dem Ohlsdorfer Friedhof in Hamburg. *Hans Lody*



Hans Albers Bild: Internet

In Kürze

Requiem für eine Königin

Am 19. Juli jährt sich der Todestag von Königin Luise von Preußen, der wohl beliebtesten deutschen Königin, zum 200. Mal. Der vollkommen unerwartete Tod der erst 34-jährigen Monarchin löste damals eine Schockwelle aus, die sich wohl am ehesten noch mit der vergleichen lässt, welche 1997 der Tod von Lady Diana hervorrief. Zahllose Musiker, Dichter, Höflinge, Beamte, aber auch einfache Berliner Bürger drückten damals ihren Schmerz und ihre Bestürzung über Luises frühen Tod in Liedern, Gedichten und Texten aus und trugen diese öffentlich vor. Friedrich Wilhelm III. persönlich schrieb einen Text zu den genauen Umständen des Todes seiner Frau. Hofprediger Sack verfasste eine landesweit verlesene Trauerpredigt. In Kooperation mit der Stiftung Paretz präsentieren die Höfischen Festspiele Potsdam eine Auswahl der Texte und Musiken zu Luises Tod und stellen daraus eine zeitgemäße Gedenkfeier zu Ehren dieser ungewöhnlichen Herrscherpersönlichkeit zusammen, die Einblick gewährt in die wunde Seelenlage der eben erst den napoleonischen Kriegswirren entkommenen Preußen, deren ganze Hoffnungen auf der früh Verstorbenen geruht hatten. *PAZ*

Musiken und Texte zum Ableben der Königin Luise, 18. Juli, 16 Uhr, Kulturscheune Paretz; 19. Juli, 19.30 Uhr, Friedenskirche Potsdam, Eintritt 18 / 12 Euro. Am 18. Juli findet außerdem um 14 Uhr ein Festgottesdienst an der Dorfkirche Paretz statt. Schloss Paretz, im Juli geschlossen, bietet an diesem Tag eine Sonderöffnung von 12 bis 17 Uhr an.

Ehrungen in Mecklenburg

Die Wiedererstehung der Gedenkstätte für Königin Luise von Preußen im Schloss Hohenzieritz gleicht einer Auferstehung nach langen Jahren krankhafter, eifersüchtiger Geschichtszerstörung und fortschreitenden Identitätsverlustes. Nun steht eine Kopie der „schlummernden“ Königin von Christian Daniel Rauch wieder im Sterbezimmer der Monarchin. Der Schlossverein Hohenzieritz besteht seit 1993. Insgesamt arbeiten heute 60 Ehren- und Vereinsmitglieder an der Pflege des historischen Erbes. „Damit das Mögliche entsteht, mussten wir das Unmögliche wagen“, erläutert Vereinsvorsitzender Hans-Joachim Engel. Durch Spendenmittel konnten die in der Nachkriegszeit zerstörte Wandmalerei und ein Teil der Deckenmalerei im Sterbezimmer der Königin wieder hergestellt werden. Wertvolle Kunstwerke, Bilder und Porzellan wurden mit Hilfe von Sponsoren erworben. Seit zehn Jahren ist die Gedenkstätte nun wieder geöffnet. Die jährlich über 10000 Besucher beweisen, dass es dem Verein gelungen ist, ein überregional beachtetes, touristisches Markenzeichen zu schaffen.

Auf einer Fachtagung gehen am 17. Juli in Neustrelitz die Professoren Thomas Stamm-Kuhlmann, Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald, und Luise Schorn-Schütte, Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt am Main, der Frage nach, warum Luise von Preußen so beliebt war. Mitglieder des Schlossvereins Hohenzieritz werden am 18. Juli 200 Rosen in das Sterbezimmer der Königin legen. Am nächsten Tag erfolgt eine Ehrung durch die Landesregierung und ein festliches Konzert. *Hans-Joachim Nehring*

Zeuge eines Mordes

SS-Offizier klagt an

Im Jahr 1999 machte der damals 73-jährige kanadische Wirtschaftsprofessor Adalbert Lallier Schlagzeilen. Als damals 19-jähriger Offiziersanwärter der Waffen-SS will er im April 1945 Zeuge eines siebenfachen Mordes an KZ-Insassen aus Theresienstadt durch seinen damaligen Vorgesetzten Julius Viel im böhmischen Leitmeritz gewesen sein. Obwohl er der einzige Belastungszeuge blieb, wurde der noch lebende, 81-jährige Viel wenig später verhaftet und im Frühjahr 2001 (an Krebs leidend) zu zwölf Jahren verurteilt. Die Verteidigung monierte schwere Verfahrensfehler, und ging vor dem Bundesgerichtshof in Revision. Dieser setzte den sterbenskranken Viel Anfang 2002 auf freien Fuß, ohne in der Sache zu entscheiden.

Dieser Fall könnte Isabel Gaisserts zu ihrem jetzt als Taschenbuch erhältlichen Roman „Schwarz wie eine Mamba" inspiriert haben. Auch hier schleppt ein Mensch die Erinnerung an sieben unbekannt gebliebene Morde mit sich herum, deren Zeuge er kurz vor Kriegsende in Litora in Böhmen wurde. Es ist der Waffen-SS-Offizier Bela Vallaire aus dem Banat, in dessen Beisein im April 1945 der Mord an sieben jüdischen KZ-Häftlingen geschah. Vallaire hatte gelernt: „Die Waffen-SS schießt niemanden nieder, der unbewaffnet ist." Doch fassungslos sah er mit an, wie die entkräfteten Männer von einem Offizier der Waffen-SS in einem Panzergraben erschossen wurden. Nach mehreren fehlgeschlagenen, eher halbherzigen Anläufen während der Nachkriegsjahre, die Tat aufzudecken, entschließt sich der junge Vallaire für das Verschweigen. Er studiert Nationalökonomie, wird Professor für jüngere Geschichte in Montreal/Kanada, macht international Karriere. Sein Leben verläuft jedoch nur nach außen hin in geordneten Bahnen.

Kaum jemand weiß, dass der erfolgreiche Professor ein Getriebener ist, der von den grauenhaften Bildern der Vergangenheit heimgesucht wird. In den 80er Jahren beginnt Vallaire, selbst Nachforschungen über das unaufgedeckt gebliebene Verbrechen anzustellen. Alle Zeugen des Verbrechens haben sich offenbar dem seinerzeit schriftlich verlautbarten Befehl gebeugt, bis an ihr Lebensende über die Tat zu schweigen. Endlich, 55 Jahre später, zeigt er die Morde seines damaligen Vorgesetzten Roman Much an. Kriegsverbrechen verjähren nicht.

Aufarbeitung nach 55 Jahren

Inwiefern und in welchem Maße dem Augenzeugen, seinerzeit selbst ein Offizier der Waffen-SS, eine Mitschuld zuzuschreiben sei, auch um diese Frage geht es der Autorin, doch die Frage kann nicht gültig beantwortet werden. Immerhin war der Gymnasiast Bela gegen die bestehende Vorschrift vor seiner Volljährigkeit gezogen worden.

Der sich in der Gegenwart abspielende Teil der Handlung beleuchtet das Leben dreier Menschen. Im Internet liest der deutschstämmige Naturwissenschaftler Vincent Reutter aus Seattle die Nachricht von der Beschuldigung Roman Muchs. Da Vincents Vater im April 1945 ebenfalls in Litora stationiert war, ergreift dieser die Chance, etwas über das Geschehen und damit vielleicht auch über seinen Vater zu erfahren. Er macht seine Halbschwester Saskia, eine Juristin, darauf aufmerksam. Saskia und Vincent treten in Kontakt mit Vallaire, der sich, als Professor vom Dienst suspendiert und von seiner Lebensgefährtin verlassen, hinter der ominösen Internetanschrift „Blackmamba" verschanzt. *Dagmar Jestrzemski*

***Celia Isabel Gaissert: „Schwarz wie eine Mamba"**, Plöttner Verlag, Leipzig 2010, kartoniert, 207 Seiten, 13,90 Euro*

Hautfarbe über alles

Rassismus gegen Weiße, Korruption, Aids – Südafrika am Abgrund

Zur Fußball-Weltmeisterschaft sah und sieht die Welt Bilder eines von Naturschönheiten dominierten, fröhlich-dynamischen Südafrikas. Hans-Joachim Löwer hat sich bereits vor dem großen Sportereignis mehrfach nach Südafrika begeben und dort jenseits von Touristenpfaden hinter die schöne Fassade geblickt. Der ehemalige „Stern"-Reporter hat 2007 ein Buch über die Zustände in Simbabwe veröffentlicht und obwohl sich Südafrika als viel entwickelter und positiver präsentiert, ist das Vorzeigeland des Kontinents trotz allen Sonnenlichts voller Schatten. In „Mandelas schweres Erbe – Südafrika am Scheideweg" zeigt Löwer ein Land, das die Chancen, die das Ende des Apartheid-Regimes, das die weiße Minderheit im Land bevorzugte und die Schwarzen unterdrückte, bot, nicht nutzen konnte.

Hatte man bisher geglaubt, bizarre Auswüchse im Sozialwesen und in der Gleichstellungsgesetzgebung seien typisch für Deutschland, so bietet das Land am Kap der Guten Hoffnung viel größere Absonderlichkeiten. So wunderte sich der 1948 geborene Journalist über mitten ins Nichts gebaute Orte oder schäbige Hütten, die sich um Neubausiedlungen drängten. Man erzählte ihm, dass sich hier Menschen vom Land niederließen, in der Hoffnung, so bald wie möglich ein vom Staat finanziertes Sozialhäuschen ohne jede Eigenleistung zu bekommen. Eigentlich hatten diese Immobilien die vorhandenen Slums durch feste Wohnsiedlungen ersetzen sollen. Doch überall, wo diese Sozialsiedlungen für die Armen entstanden, kamen neue Arme vom Land. Und so siedelten sie dort, nicht weil sie hofften, dort Arbeit zu finden, die es dort häufig eben nicht gab, sondern um so eines der Gratis-Häuschen zu erhaschen. Löwer erfährt, dass fünf Millionen Steuern zahlende Südafrikaner etwa 13 Millionen Arbeitslose finanzieren. Doch die meisten der neuen Hausbesitzer geben bei der nächsten Wahl ihre Stimme wieder der regierenden Partei, dem Afrikanischen Nationalkongress (ANC) von Staatspräsident Jacob Zuma.

Gratis-Häuschen für Arbeitslose ohne Eigeninitiative

Schier unglaublich erscheint das „Black Economic Empowerment"-Gesetz (BEE), das sich der Autor von einem Manager der Firma Adcorp erklären ließ. Ziel dieses Gesetzes war es, den Anteil der schwarzen Mehrheit in der während der Apartheid und auch noch danach von Weißen dominierten Wirtschaft zu erhöhen. Doch die Umsetzung der Idee verkam zur Farce. Manche Unternehmen würden sich bewusst Strohmänner unter der neuen schwarzen Elite suchen, die zur Einhaltung der Norm nichts täten, aber für die Hergabe ihres Namens als Unternehmer fürstlich entlohnt würden. Öffentliche Aufträge würden vor allem an Unternehmen mit vielen BEE-Punkten vergeben werden, egal, wie die Ausbildung oder die technische Ausstattung des Unternehmens sei. So erhielte eine Baufirma mit vielen schwarzen Mitarbeitern den Vorzug, auch wenn diese nur Hilfsarbeiter mit Schubkarren beschäftigte. „Die Zeiten, da in Südafrika die Hautfarbe wichtig war, sind offiziell seit 15 Jahren vorbei. Bei Adcorp aber haben wir uns während meines ganzen Besuchs mit nichts anderem beschäftigt", so Löwers Bilanz.

Er beschreibt ungeschminkt, was er erlebt. Die überwiegende Masse der Schwarzen sei nicht nur bildungsfern, sondern an Bildung nicht interessiert. So jedenfalls lautet das Fazit einer weißen Farmersfamilie, die seit Jahren an ihrer Schule für die schwarzen Mitarbeiter kaum Kinder hat, die einen Bildungsabschluss erreichen, obwohl man ihnen die Bildung auf dem Silbertablett präsentiere. Allerdings spricht Löwer auch mit schwarzen Intellektuellen, die frei von den in (Süd-)Afrika für Weiße alltäglichen Risikos, als Rassist beschimpft zu werden, ähnliche Aussagen treffen.

Missmanagement, Korruption, Unfähigkeit und Unwille ziehen sich durch alle Berichte. Vieles erinnert an die Studie „Südafrika – Vom Scheitern eines multiethnischen Experiments" vom Institut für Staatspolitik, das die von Löwer angesprochenen gravierenden Probleme bestätigt. Aids, Kriminalität, Weiße, die das Land in Scharen verlassen, Dekadenz der neuen schwarzen Eliten, Rassismus gegen Weiße – Löwers Ausführungen strotzen vor Beschreibungen, die einem nach all den schönen Reportagen zur WM schnell jede Lust auf eine Reise nach Südafrika vergehen lassen. *Rebecca Bellano*

***Hans-Joachim Löwer: „Mandelas schweres Erbe – Südafrika am Scheideweg"**, Herbig, München 2010, gebunden, 255 Seiten, 19,95 Euro*

Monetäre Planwirtschaft

Autoren fordern »Marktgeld« statt »Staatsgeld«



Alle wichtigen Währungen der Welt sind staatliches Zwangsgeld und werden direkt oder indirekt von Staaten geregelt. Diese nicht ganz neue These vertreten der Frankfurter Honorarprofessor Thorsten Polleit und Michael von Prollius, Publizist und Gründer des „Forum Ordnungspolitik", in ihrem jetzt erschienen Band „Geldreform". Darin unterscheiden sie das „schlechte Staatsgeld" vom „guten Marktgeld". Das Staatsgeldsystem sei ein Fremd- und Störfaktor im Gefüge freier Märkte und verursache zwangsläufig Finanz- und Wirtschaftskrisen. Rezession und Massenarbeitslosigkeit seien nicht dem freien Spiel der Kräfte geschuldet, sondern eine Folge des herrschenden Geldsystems.

Dem Versuch, so die Autoren weiter, das falsche Staatsgeldsystem aufrechtzuerhalten, fielen immer mehr bürgerliche und unternehmerische Freiheiten zum Opfer. „Die Gesellschaften verfangen sich im Gestrüpp des Interventionismus. Der Weg mündet in eine sozialistische Staats- und Befehlswirtschaft", schreiben Polleit und von Prollius. Einen Zusammenbruch des bestehenden Geldsystems halten die beiden für unabwendbar. Schon der Ökonom Ludwig von Mises habe das Ende kommen sehen – entweder durch freiwillige Beendigung des Staatsgeldes oder durch eine größere wirtschaftliche und politische Katastrophe. Allerdings ist von Mises schon 1973 verstorben und bisher ist weder des Eine noch das Andere eingetreten.

Die „Rettung" sei nur möglich, wenn das Staatsgeldsystem privatisiert und durch ein freies Marktgeld, bei dem Waren und Dienstleistungen dagegenstehen, ersetzt werde. Die Zeichen, dass sich die Staaten des Westens in naher Zukunft von der „monetären Planwirtschaft" verabschieden könnten, stünden allerdings nicht gut. Wenn Freiheit und Wohlstand die gesellschaftlichen Ziele seien, dann sei die Schaffung eines freien Marktgeldes notwendig. Da aber Sicherheit, Gleichheit und „soziale Gerechtigkeit" die wahren Ziele unserer Zeit sind, dürften wir noch länger mit dem geschmähten Staatsgeld zu tun haben. *Ansgar Lange*

***Thorsten Polleit/Michael von Prollius: „Geldreform – Vom schlechten Staatsgeld zum guten Marktgeld"**, Lichtschlag, Grevenbroich 2010, 192 Seiten, 15,90 Euro*

Steile These, dünn begründet

Neuauflage lässt Zweifel am »jüdischen Bolschewismus« fortbestehen

Ein „Mythos" kann eine „Wahnvorstellung" oder eine Annahme mit einem „rationalen Kern" sein, erläutert der Historiker Ernst Nolte in seinem Vorwort zu dem Buch von Johannes Rogalla von Bieberstein, einer „gestrafften" Neuausgabe des gleichnamigen Werks von 2002. Dieses war indirekt der Auslöser für die damalige Hohmann-Affäre, denn der Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann hatte mehrfach daraus zitiert. Für den 1940 geborenen Rogalla von Bieberstein ist der „jüdische Bolschewismus" jedoch keine Wahnvorstellung, sondern „ein geschichtsmächtig gewordener politischer Mythos"; seiner Ansicht nach ist der Bolschewismus und/oder Kommunismus „jüdisch".

Dem Autor bleiben dann nur ein paar Grundfragen, die er zu prüfen und entscheiden versucht: Haben sich die Juden „vorgedrängt" und so den Bolschewismus „jüdisch" gemacht, oder wurden sie durch antisemitische Pogrome dem Bolschewismus in die Arme getrieben? Ist der Kommunismus „messianistisch" und von daher für Juden attraktiv, oder ist er von Anfang an eine „jüdische Weltverschwörung"? Gibt es gar eine „historische Verantwortung und Schuld von Juden" am Kommunismus, also eine jüdische „Kollektivschuld"? Wandern durch die Geschichte die „Spukgestalten" des „ewigen Juden" als Initiator des menschenfeindlichen Bolschewismus und des „ewigen Deutschen" als Initiator des Holocaust? Sind kommunistische Weltrevolution und „zionistische Erlösung im eigenen Judenstaat" nicht wesensgleich?

In Deutschland lebten 1933 499 682 Juden, von denen gewiss einige kommunistische Spitzenfunktionäre waren, doch sie stellten nur eine Minderheit neben herausragenden jüdischen Medizinern, Juristen und Journalisten, ohne dass jemand auf die Idee gekommen wäre, Medizin, Juristerei, Journalistik als „jüdisch" hinzustellen. Das könnte man nicht einmal dann, wenn es ein allgemein akzeptiertes Kriterium für „jüdisch" gäbe, das aber wegen der oszillierenden Natur von Judentum als Nation und Religion aussteht.

Hohmann stürzte über diese Theorie

Bleibt also der große Zettelkasten mit Hinweisen, wer, wann, wo Juden als genetisch prädestinierte Urheber von Bolschewismus hingestellt hat. Rogalla, „wissenschaftlicher Bibliothekar an der Universität Bielefeld" (ist er es noch?, die Website der Unibibliothek kennt ihn nicht), hat einen solchen Zettelkasten erstellt und stülpt ihn gnadenlos über dem Leser aus.

Das soll imponieren, tut es aber nicht, weil der Autor eine simple Tatsache ignoriert. Rogalla, laut eigener Aussage einst „research student" an der Londoner „School of Slavonic and East European Studies", kennt Osteuropa vermutlich nicht gut genug, weiß kaum etwas über osteuropäische Juden, die als „Aschkenasim" einst rund 90 Prozent aller Juden der Welt ausmachten. Rogallas Vermutung einer pro-bolschewistischen Affinität von Juden wird schon numerisch widerlegt, denn mit Blick auf die Größe der Gruppe waren dann doch verblüffend wenige Juden in Partei, Armee, Geheimdienst aktiv. Um 1930 lebten in Russland 2,7 Millionen Juden, in Polen 2,9 Millionen, in Rumänien 800 000, in Ungarn 445 000, in der Tschechoslowakei 357 000, die nach der bolschewistischen Revolution von 1917 ständig kollektiv dafür verantwortlich gemacht wurden, dass mit Leo Trotzki, Rudolf Slansky und auch Rosa Luxemburg ein paar Juden mitgeputscht hatten. *Wolf Oschlies*

***Johannes Rogalla von Bieberstein: „Jüdischer Bolschewismus – Mythos & Realität"**, Ares Verlag, Graz 2010, gebunden, 312 Seiten, 24,90 Euro*

Kriegstat

Mord von 1942 wird präsent





Liv Engel ist von Beruf Sprengmeisterin. Die Ingenieurin hat die Firma ihres Großvaters übernommen und soll gerade in ihrer Heimatstadt Lübeck eine ehemalige Fabrik sprengen, damit auf dem Gelände ein Einkaufszentrum entstehen kann. Doch Zerstörung beherrscht nicht nur Livs Berufsleben, auch ihr Privatleben ist ein ziemliches Trümmerfeld.

Die 1973 in Buxtehude geborene Soziologin Alexandra Kui hat in „Wiedergänger" ziemlich reale Familienprobleme und einen Mord aus dem Jahr 1942 mit der mystischen Geisterwelt Islands zu einem pikanten Cocktail gemixt, der trotz einiger verworrener Episoden spannende Unterhaltung bietet. Zwar ahnt der Leser, dass das plötzliche Verschwinden von Livs Großvater Töngens mit seiner bereits im Prolog erwähnten verschwundenen Schwester zu tun hat, doch trotzdem will er unbedingt wissen, wieso wer wohin verschwand. Ganz anders als die Romanfiguren: Denn außer Liv scheinen sich weder Töngens Frau noch seine beiden Kinder an dem Verschwinden des raubeinigen Seniors zu stören. Und auch der beim Vater lebende Sohn der geschiedenen Unternehmerin Liv kann es nicht verstehen, warum seine Mutter sich mehr um den verschwundenen Großvater als um ihn sorgt. Doch die ebenfalls raubeinige Liv verbindet viel mit ihrem Großvater und ihre Recherchen führen sie nach Island, wohin 1949 mehrere tausend deutsche Frauen als Gastarbeiterinnen auswanderten.

Die Autorin erzählt parallel die Suche Livs und wie Inga in Island inzwischen immer öfter von Erinnerungen heimgesucht wird. Diese veranlassen sie, ihren Enkel auf die Suche nach Tönges zu schicken. Doch statt des erhofften Wiedersehens mit dem geliebten Bruder hat sie dem Unheil die Pforte geöffnet. *Rebecca Bellano*

***Alexandra Kui: „Wiedergänger"**, Hoffmann und Campe, Hamburg 2010, gebunden, 319 Seiten, 18 Euro*

Ruth Buntkirchen
Das gestohlene Jahrzehnt
Erinnerungen 1945- 1955
Zwischen Königsberg und Archangelsk- Schicksal Ostpreußen
»Genießt den Krieg! Der Frieden wird fürchterlich!« So hörten sie es oft, die Königsberger, in den letzten Wochen des Krieges von den deutschen Soldaten in der vom Feind eingeschlossenen Stadt.Ruth Buntkirchen und ihrer Familie gelang die Flucht vor der heranrückenden Front nicht mehr. Die Autorin wurde mit Schwester und Mutter zusammen interniert. Vom Vater, einem erfahrenen Lokführer, fehlte nach einer Zufallsbegegnung im Gefängnis Tapiau jede Spur. Nach Monaten in verschiedenen Lagern kamen sie frei und versuchten dann im Geburtsdorf der Mutter im Haus der geflüchteten Verwandten zu überleben. Die Not war groß. 1947 dann, total entkräftet und dem Tode näher als dem Leben, Verhaftung der Autorin und ihrer Mutter. Verurteilung und Transport in sowjetische Arbeitslager.Erst 1955 kam endlich die Stunde der Heimkehr — lange herbeigesehnt. Doch die ostpreußische Heimat war verloren. Von allen Nöten, Gefahren, Strapazen und Demütigungen berichtet dieses Buch, aber auch von gegenseitiger Hilfe und von einem kleinen Glück in allem Unglück.Ruth Buntkirchens Erinnerungen sind ein wertvolles, informatives und zugleich erschütterndes Zeugnis jener jetzt so fernen Zeit.
Geb., 289 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6962



€ 20,00



Erhardt Bödecker
Preußen - eine humane Bilanz
Geb., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6956, € 16,90



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Kart., 256 Seiten
Best.-Nr.: 4795, € 8,95

Arno Surminski Ausverkauf: Angebot nur gültig, so lange der Vorrat reicht!



Der Winter der Tiere
Erzählungen
Geb., 222 Seiten, Best.-Nr.: 1657
statt € 18,00 nur € 12,95

Gruschelke und Engelmannke
Geb., 244 Seiten
Best.-Nr.: 5990
statt € 16,95 nur € 12,95

Vaterland ohne Väter
Geb., 455 Seiten
Best.-Nr.: 3926
statt € 22,00 nur € 16,95



Michael Grandt
Der Staatsbankrott kommt!
Gebunden, 384 Seiten
Best.-Nr.: 6940, € 19,95



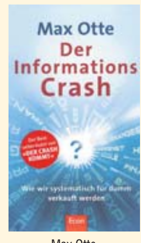
Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Bernhard Pollmann
Masuren und Ermland
Masuren ist ein Sehnsuchtsland. Große Seen, endlos scheinende Wälder und kleine Dörfer bestimmen das Bild dieser Landschaft im ehemaligen Ostpreußen. Der Autor und Fotograf Bernhard Pollmann zeichnet ein umfassendes und informatives Porträt, das die gegenwärtigen Veränderungen nicht außer Acht lässt. Durchgehend farbig, spricht dieser Band Auge und Geist gleichermaßen an.





Geb., 222 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 6964
€ 19,90



Max Otte
Der Informationscrash
Wir wir systematisch für dumm verkauft werden
Geb., 315 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6963, € 19,90



Nouriel Roubini/ Stephen Mihm
Das Ende der Weltwirtschaft und ihre Zukunft
Geb., 470 Seiten
Best.-Nr.: 6966, € 24,90



Sonderpreis
statt € 6,40 nur € 2,95
Waltraut Schülke
Geliebtes Ostpreußen
Erinnerungen an Kindheit und Jugend
Kart., 48 Seiten
Best.-Nr.: 5209



Ingo von Münch
Die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen 1944/45
Geb., 208 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6847, € 19,90



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Agnes Paul
Die bösen Augen
Sagen und Geschichten aus Ostpreußen
Märchen, Sagen und Geschichten, die man sich seit Urzeiten im alten Ostpreußen erzählte, hat Agnes Paul (1898–1968) zusammengetragen und aufgeschrieben, wunderbar romantische Märchen von armen und reichen, guten und bösen Leuten. Allerlei gefährliche Versuchungen harren der Menschen, dunkle Mächte suchen sie von ihrem geradlinigen Weg abzubringen, ihre Seelen und ihr Glück zu erhaschen. Immer aber obsiegt schließlich das Gute. So macht der fröhliche Taugenichts Fridolin dank des wundertätigen Ur-Elchs doch noch sein Glück, der arme Timofei überlistet den gefürchteten großen Wolf und die Hexe Baba-Juga, und die Liebe trägt den Sieg über die Macht der bösen Augen davon.
Kart., 93 Seiten
Best.-Nr.: 2087
statt € 7,00 nur noch € 3,95



NEU
Königin-Luise-Brosche
Das gekrönte „L“ von Eichenlaub eingefaßt.
Der Hintergrund ist emailliert.
Best.-Nr.: 6960
€ 8,95

Simon Sebag Montefiore
Der junge Stalin
Kart., 537 Seiten mit 3 Karten und 32 Fototafeln
Best.-Nr.: 6965, € 12,95

Zogen einst fünf wilde Schwäne
Endlich wieder lieferbar!
24 Lieder aus Ostpreußen
Die vorliegende CD mit einer Auswahl der schönsten ostpreußischen Lieder schließt eine schon lange vorhandene Lücke. Kunstlied- bzw. ionfiegewohnte Berufsmusiker, stellten ihre künstlerische Konzerterfahrung in den anspruchsvollen Dienst der Darstellung des vorliegenden Liedgutes, und zwar mit einer Hingabe, die in diesem Ausmaß überraschend und für den Wert der Musik wohl bezeichnend war.
Lieder: 1. Ännchen von Tharau, 2. Die Erde braucht Regen, 3. Sag, wohin fährst du, 4. Hab' ein Gärtlein, 5. Reiter, schmuck und fein, 6. Das Feld ist weiß, 7. Wir kommen herein, 8. Leute, steht auf, 9. Ach, Voader, leewste Voader, 10. Ging ein Weiblein Nüsse schütteln, 11. Es dunkelt schon in der Heide, 12. Abends treten Elche aus den Dünen, 13. Laßt uns all nach Hause gehen, 14, Zeit zu gehen ist's, 15. Zogen einst fünf wilde Schwäne, 16. An des Haffes anderem Strand, 17. 0 käm das Morgenrot herauf, 18. Et wär emoal twee Schwestre jung, 19. Es stand am Ran ein Hirtenkind, 20. Gehn will ich, 21. Land der dunklen Wälder, 22. Freiheit, die ich meine, 23. Der Vogel singt, 24. Eine Birke seh ich stehen



CD
Best.-Nr.: 6934
Hörproben finden Sie auch meiner Internetseite
€ 12,95

Manschettenknöpfe- Preußenadler



Sonderangebot des Monats*
Der Preußenadler auf weißem Hintergrund, silbern umrandet, Oberfläche emailliert, Durchmesser= 20mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton
Best.-Nr.: 6782
statt € 24,95 nur noch € 19,95
*nur gültig in den Monaten Juni/Juli

Eva Pultke- Sradnick
Ein Stück Bernstein in meiner Hand
Geschichten aus Ostpreußen
Zwischen Lebensfreude und Übermut, Wehmut und Trauer liegen die tieferen Schichten dieser Erzählungen aus vergangener Zeit, aus der Heimat Ostpreußen mit ihrem eigenwilligen Wortschatz und den sprichwörtlichen Eigenheiten ihrer Bewohner.
Kart., 112 Seiten
Best.-Nr.: 6968
statt € 7,40 nur noch € 3,95

statt früher € 15,90 nur noch € 7,95
HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
CD
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Vertellkes und nostalgischwehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen.Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. Und auch die Stimme Agnes Miegels, der Königsberger Dichterin, die von ihren Landsleuten den Ehrentitel „Mutter Ostpreußen“ erhielt, ist zu hören. Mit ihrem Gedicht „Es war ein Land“ gab sie dem Zauber der Erinnerung an das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“ den wohl schönsten lyrischen Ton.
So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte.
Aus dem Inhalt: Land der dunklen Wälder – Ostpreußenlied (Brust/Hannighofer), Bergedorfer Kammerchor, 1:50, Brief an den treulosen Heinrich / Sprecherin. Marion Lindt, 2:45, Goldaper Kirmestanz (Volksweise), 0:48, De Brautschau / Sprecher: Dr. Alfred Lau, 3:07, Anke von Tharaw (Silcher / Dach), Karl-Horst Schröder, Bariton, 2:11, u.v.m
Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Königin-Luise-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6957, € 5,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger



Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen



Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893



€ 13,90

Heimat-Anstecker



Ostpreußen-Provinz-Anstecker Best.-Nr.: 5889
Ostpreußen-Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6055
Königsberg-Anstecker Best.-Nr.: 6056
Westpreußen-Anstecker Best.-Nr.: 6504

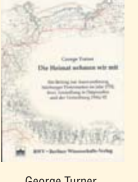


Sudetenland-Anstecker Best.-Nr.: 6880
Schlesien-Anstecker Best.-Nr.: 6778
Elchschaufel-Wappen-Anstecker Best.-Nr.: 6830
Elchschaufel-Anstecker Best.-Nr.: 6642





Preußenadler-Flaggen-Anstecker Best.-Nr.: 6722
Preußen-Anstecker Best.-Nr.: 6057
Pommern-Anstecker Best.-Nr.: 6928
Je Anstecker nur € 2,95



George Turner,
Die Heimat nehmen wir mit
Ein Beitrag zur Auswanderung Salzburger Protestanten im Jahr 1732, ihrer Ansiedlung in Ostpreußen und der Vertreibung 1944/45
2. Auflage, Kartoniert, 285 S.; m. SW- u. farb. Abb
Best.-Nr.: 6754, € 19,80

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Preußen-Schlüsselanhänger



Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen
26/10

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Kein Besuch in Buchenwald

Weimar – Die Stadt Weimar hat ihre Partnerschaft mit dem iranischen Schiras nur ein Jahr nach deren Begründung offiziell auf Eis gelegt. Grund: Die Iraner hatten sich bei ihrem ersten Besuch in Weimar geweigert, die KZ-Gedenkstätte Buchenwald zu besuchen. Schiras war die Heimat des iranischen Dichters Hafis (1326–1389), der Goethe zu dessen „West-Östlichem Diwan“ inspiriert hatte. *H.H.*

»Ghetto-Ungeist ist schuld«

Paris – Der bekannte französische Philosoph Alain Finkielkraut gibt dem Ungeist der Immigranten-Ghettos die Schuld am blamablen Auftritt seiner Nationalmannschaft bei der Fußball-WM. Ein Großteil der Spieler stammt aus diesem Milieu. Nicht mehr der Trainer, sondern „Bandenchefs“ führten das Team, schreibt Finkielkraut im „Focus“. In einer arroganten „Leck-mich-Attitüde“ forderten die Spieler „Respekt“, wollten selbst aber auf keinen Fall die Form wahren. Die Franzosen sollten sich das nicht mehr gefallen lassen, fordert Finkielkraut. *H.H.*

ZUR PERSON

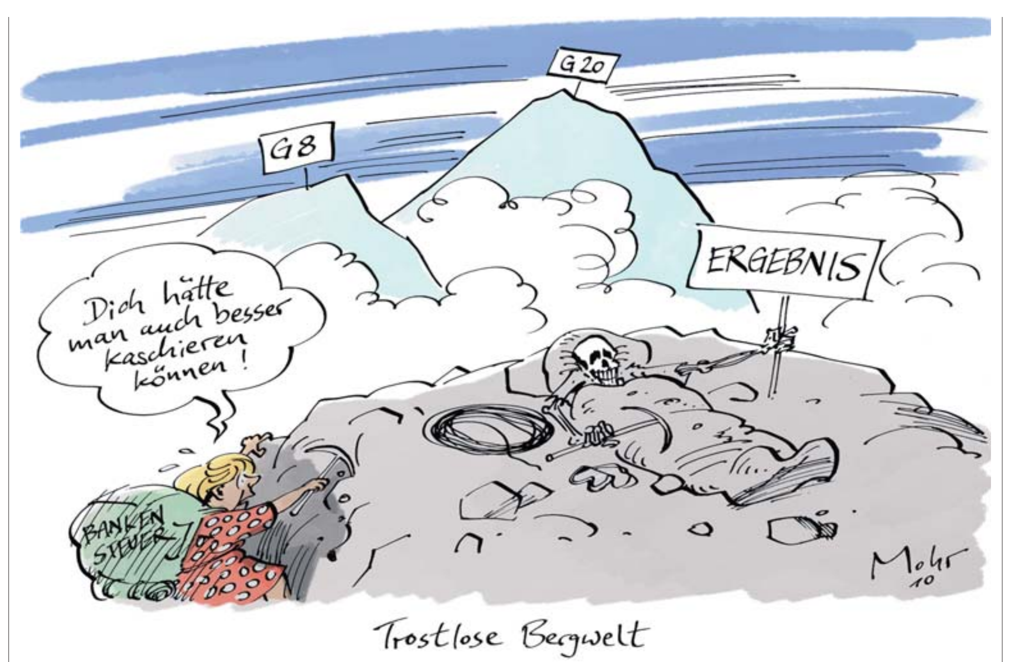
Litauischer Nationalheld tot

Als „aufrichtigen Menschen und vorausschauenden Politiker“ bezeichnete Staatschefin Dalia Grybauskaite den früheren litauischen Staatspräsidenten **Algirdas Mykolas Brazauskas**, der am vergangenen Sonnabend im Alter von 77 Jahren einem Krebsleiden erlag. Er gilt als eine der Symbolfiguren für die litauische Unabhängigkeit. Brazauskas begann seine politische Karriere nach einem Ingenieurstudium in der Kommunistischen Partei und hatte in der Regierung der Litauischen SSR verschiedene Posten inne. In den 80er Jahren war er auch für Energiefragen zuständig. Als in Litauen Proteste gegen den Ausbau des Kernkraftwerks Ignalina laut wurden, in dem Reaktorblöcke vom Typ des Unglücksreaktors von Tschernobyl verwendet wurden, erwarb Brazauskas sich den Ruf als Reformer und moskaukritischer Politiker.

1988 nahm er am Gründungskongress der Unabhängigkeitsbewegung „Sajudis“ teil. Ende 1989 setzte er mit einer Verfassungsänderung der führenden Rolle der KP ein Ende und Litauen erhielt als erste Sowjetrepublik ein Mehrparteiensystem. Die Annexion Litauens durch Stalin von August 1940 verurteilte er als „unrechtmäßige Besetzung“ und führte im Januar 1989 Litauisch wieder als Amtssprache ein. Während seiner Präsidentschaft schob er die EU- und Nato-Mitgliedschaft Litauens an. Von 2001 bis 2006 war Brazauskas litauischer Regierungschef, eine verlorene Vertrauensfrage brachte ihn zum Fall.



Der charismatische Politiker wird auch als Befürworter des „Gesetzes zur Wiederherstellung der Eigentumsrechte“ vom 18. Juni 1991 zitiert, das auch für Deutsche die Rückgabe enteigneter Vermögens an frühere Eigentümer oder deren gesetzliche Erben ermöglichte, wenn sie die litauische Staatsbürgerschaft annahmen. *MRK*



Zeichnung: Mohr

Zu spät

Warum die Menschheit bald untergeht, wie perfekt die Amerikaner das Mannschaftsspiel beherrschen, und wieso Eigennutz rassistisch ist / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Was plustern wir uns eigentlich so auf? Nehmen alles so furchtbar wichtig? Ist eh alles für die Katz, wie Frank Fenner herausgefunden hat. In hundert Jahren sei der Homo sapiens (das sind wir) ausgestorben, prophezeit der 95-jährige Wissenschaftler. Bevölkerungsexplosion und ungezügelter Konsum würden die Menschheit ausrotten, da sei nichts mehr zu machen.

Fenner kennt sich aus mit Ausrottungen. In den 50er Jahren ist der Australier erfolgreich gegen die Kaninchenplage in seiner Heimat zu Feld gezogen und war im Jahrzehnt drauf entscheidend an der Eliminierung der Pocken beteiligt. Der muss es also wissen. Das Wetter sei schon ganz anders, stellt der Mikrobiologe fest und sieht das als erstes Zeichen für die beginnende Schussfahrt.

Fenners Freund und Kollege Stephen Boyden ist noch nicht soweit. Irgendwas könnte man bestimmt noch machen, tröstet uns der Immunologe und holt das traurige Menschengeschlecht vorerst wieder von der roten Liste. Dafür müssten aber „revolutionäre Veränderungen“ eingeleitet werden für viel mehr „Nachhaltigkeit“.

Na, wenn das mal was wird. Dafür müssten ja wohl alle fest zusammenarbeiten. Ohne gutes Mannschaftsspiel geht gar nichts. Erst recht, wenn es um alles geht, wie wir jeden Abend bei der WM beobachten können. Da trifft es sich für die Überlebensaussichten unserer Art gut, dass gerade die einzige Supermacht des Planeten das Mannschaftsspiel meisterhaft beherrscht.

In den Vereinigten Staaten von Amerika geht alles Hand in Hand, selbst dort, wo wir es gar nicht vermuten, weil die Akteure in der Öffentlichkeit den allergrößten Wert auf ihre „Unabhängigkeit“ legen. Aber das ist mehr so eine Art Folklore in einem Land, dessen größter Feiertag immerhin der „Unabhängigkeitstag“ ist. Hinter den Kulissen zwinkert man sich zu, verteilt die Rollen und macht aus, wer als erster schießt.

Das waren diesmal die „Rating-Agenturen“, die, euphorisiert von griechischem Kadaverduft, die Bonitätswerte einer ganzen Reihe von Euro-Ländern in die Tonne traten. Darauf kamen die „Wirtschaftsexperten“ ins Match und geißelten vor allem die Deutschen, weil die ihren europäischen Brüdern nicht mit großzügigen Unterstützungsprogrammen zu Hilfe eilten. Die Europäer reagierten und stürzten sich in milliardenschwere Rettungsprogramme für ihre wackelnden Verwandten.

Dann traten die Experten aus der gegenüberliegenden Flanke hervor und zweifelten lauthals an der finanzpolitischen Stabilität Europas angesichts von so viel Schulden und neuen Verpflichtungen. Der Euro sackte vorübergehend unter die Marke von 1,20 US-Dollar.

Die Europäer, abermals angeführt von den Deutschen, sprangen abermals und verordneten sich nun allerlei Sparprogramme, um ihre überbordende Verschuldung in den Griff zu kriegen.

> Herkunft entscheidet, ob man seinen Judenhass öffentlich austoben darf oder nicht

Nun verlegte die US-Mannschaft nochmal ihre Angriffsziele keck in die gegenteilige Ecke: Indem es alle zum Sparen dränge, zerstöre Deutschland den Euro, ja sogar die EU, schrie US-Spekulant und Obama-Unterstützer George Soros. Obamas Finanzminister Timothy Geithner und Wirtschaftsberater Paul Krugman sekundierten und forderten von Berlin, die Knauserei sofort einzustellen und noch viel mehr Schulden zu machen, um die Konjunktur anzukurbeln.

Sie sehen: Wir sind Zeugen eines Meisterstücks von Koordination und Perfidie! Von wo sie uns als nächstes attackieren, ist leicht vorherzusagen: Sofern wir tatsächlich unsere Staatsfinanzen wieder halbwegs ins Lot bringen, werden Soros und Co. wie zuletzt weitertrommeln. Folgen wir aber deren jüngstem „Rat“ und gehen wieder zum massenhaften Geldausgeben über, haben die „Rating-Agenturen“ ihren nächsten Auftritt.

In Toronto konnte Barack Obama unserer Angela Merkel nun großzügig gestatten, weiter „sparen“ zu dürfen, wenn sie im Gegenzug ihre Finger von der Bankenregulierung lässt. Um die Deutsche in der entscheidenden Frage lahmzulegen, hat er ihr also etwas gegeben, das gar nicht unter seiner Kontrolle stand – die Hoheit über den deutschen Haushalt. Das nennt man Verhandlungsgeschick.

Ist aber durchaus möglich, dass sich die Berliner irgendwann rächen. Das kann Monate dauern – aber dann: Nachdem der US-Afghanistan-General McChrystal seine Vorgesetzten inklusive Präsident Obama öffentlich als Clowns und Idioten abgekanzelt hatte, wartete Deutschlands Verteidigungsminister zu Guttenberg keine Sekunde, um McChrystal auf das Allergemeinste zu loben. In höchsten Tönen erging er sich über die unbestreitbare Kompetenz des frechen US-Generals, um die Affäre für den düpierten US-Präsidenten noch ein bisschen schmerzhafter zu machen, als sie es ohnhin schon war. Das war die Revanche dafür, dass die Freunde im Pentagon ihre deutschen Verbündeten nach dem Kundus-Zwischenfall so hinterhältig in den Regen gestellt hatten.

So blöde sind wir nämlich auch wieder nicht – wenngleich bei weitem blöde genug, finden die Unionspolitiker Peter Trapp (für die CDU im Berliner Abgeordnetenhaus) und Markus Ferber (für die CSU im EU-Parlament). Thilo Sarrazin hatte unlängst erklärt, dass Deutschland auf „natürliche Weise verdummt“, weil vor allem Fachkräfte das Land verließen, während Geringqualifizierte herein strömten.

Trapp und Ferber haben das aufgegriffen mit dem Vorschlag, Zuwanderer künftig einem Intelligenztest zu unterziehen. Die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) schäumt, die beiden unterstellten Zuwanderern „pauschal Dummheit“. Ach so ist das: Nur wer für dumm gehalten wird, muss Tests machen. Diese Feststellung wird das Selbstbewusstsein praktisch aller Deutschen ins Mark treffen; am schlimmsten hat Böhmer die Studierten unter uns getroffen: Die müssen im ihrem Leben wohl die meisten Tests machen, sind nach der Böhmerschen Lesart demnach die Dümmsten im Land.

Die Grünen schnauben von „Nützlichkeitsrassismus“. Ein Wunder, dass niemand das Totschlagwort von der „Selektion“ in die Debatte geworfen hat. Das ging früher immer, weil's so gruselig nach KZ-Rampe klingt. Dass man diesmal den ultimativen Killer in der Tasche ließ, mag damit zusammenhängen, dass sich etwas herumgesprochen hat, was keiner gerne hört: Die „Selektion“ findet Berichten zufolge nämlich längst weit vor den deutschen Grenzen ab. In einer Fernsehreportage bekannten emigrierwillige Afrikaner freimütig, dass die Gutausgebildeten unter ihnen nach Amerika drängten, während die übrigen lieber nach Europa gingen. Ist das auch „Nützlichkeitsrassismus“?

Selbstverständlich nicht. Da muss man sensibel differenzieren. Dieser Tage schockte uns die Meldung, rund 30 Kinder und Jugendliche hätten in Hannover eine jüdische Tanzgruppe mit Steinwürfen und „Juden raus“-Brüllereien von der Bühne verjagt. Die Gruppe der Liberalen Jüdischen Gemeinde Hannover war im Rahmen des „Interkulturellen Tages“ aufgetreten. Die Angreifer, darunter auch Mädchen, waren durchweg orientalischer Herkunft und ließen sich von Protesten der Zuhörer nicht beeindrucken.

Statt die Polizei zu rufen, zogen sich die Tänzer einfach zurück, während herbeigeeilte Sozialarbeiter die Angreifer sachte „zur Mäßigung aufriefen“, wie die örtliche Presse berichtet. Ob auch so verständnisvoll mit den Judenhassern verfahren worden wäre, wenn sie blond gewesen wären? Wohl kaum, denn da haben die linken Kritiker der „Klassengesellschaft“ tatsächlich mal recht: Herkunft spielt in unserem Land eine ganz entscheidende Rolle. Aber nicht so sehr bei den Bildungschancen als vielmehr bei der Frage, ob man seinen antisemitischen Dreck straflos in aller Öffentlichkeit verspritzen darf oder nicht.

ZITATE

Der saarländische CDU-Bundestagsabgeordnete ***Alexander Funk****, der* ***gegen*** *das Gesetz zur* ***Euro-Rettung*** *gestimmt hat, erklärt im „Focus“ vom 21. Juni, warum er sich nicht von seiner Partei als* ***„Stimmvieh“ missbrauchen*** *lassen wollte:*

„Wir brauchen in unserer Partei wieder eine offene Debattenkultur. Oft werden umstrittene Entscheidungen ohne Diskussionen durchgesetzt, weil sie angeblich ‚alternativlos‘ sind. Ich halte das für vorgeschoben. ‚Alternativlos‘ ist für mich das Unwort des Jahres und ein politischer Offenbarungseid. Es gibt immer eine Alternative. Man muss nur ehrlich danach suchen. Und zwar gemeinsam.“

Bundespräsidentschaftskandidat ***Joachim Gauck*** *reagierte auf die Frage vom „Stern“ vom 24. Juni, ob er mit seinem rigorosen* ***Urteil über die DDR*** *als Unrechtsstaat die Deutschen versöhnen könne, ablehnend:*

„Außerdem entsteht Versöhnung nicht durch Verschleierung von Fakten und das Verschweigen von Wahrheit. Sie braucht bedingungslose Offenheit auf allen Seiten.“

Frank Mattern, ***Deutschland-Chef der Unternehmensberatung McKinsey*** *& Company, erklärt im „Handelsblatt“ vom 28. Juni, warum* ***Europa und die USA*** *nicht miteinander vergleichbar sind:*

„Wir sind in einer ganz anderen Situation. Das Wachstumspotenzial in der Eurozone ist begrenzt. Wir haben nicht dieses Ausmaß an Innovationskraft, nicht die junge und wachsende Bevölkerung. Ich kann nicht erkennen, wie wir aus der Staatsverschuldung mit eigener Kraft herauswachsen. Daher gibt es für Europa keine Alternative zur Schuldenkonsolidierung.“

Der weltweit bekannte Investmentprofi ***Marc Faber*** *stellt US-Präsident* ***Obama*** *gegenüber der „Wirtschaftswoche“ ein* ***miserables*** *Zeugnis aus:*

„Obama ist ein Ignorant, völlig leer. Der hat schon mehr Golf gespielt als jeder Präsident vor ihm in einer ganzen Amtszeit. Obama hat das in 18 Monaten geschafft. Der liest ab vom Teleprompter, weiß selber aber nichts ... Aber beim einfachen Volk hat er sich Stimmen gekauft, indem er große Transferzahlungen versprochen hat.“

Das Kernproblem

Kristallklar sprach McChrystal aus,
was wohl die meisten denken,
die Pentagon und Weißem Haus
nicht länger Glauben schenken.

Doch sei die Meinung noch so frei,
sie dann auch frei zu sagen,
das ist nicht immer einerlei,
sogar in unsern Tagen!

Es liegt halt nicht dem
graden Mann,
systemkonform zu heucheln –
was Wunder, dass ihn
irgendwann
die Schreibtischtäter meucheln.

Nur gibt's beim Kernproblem
vor Ort
halt trotzdem kein Entrinnen:
Denn hat man nichts verloren
dort,
wird niemals man gewinnen!

Pannonicus